

M

MENSCHEN
MACHEN **MEDIEN**

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 10 / 07 Jahrgang 56

ver di

RUNDFUNK FREIHEIT

**Punktsieg
durch
Verfassungsspruch**



inhalt

titelthema verfassungsspruch

- 8 **Punktsieg für die Rundfunkfreiheit**
Von Günter Herkel
- 9 **Rundfunkstaatsverträge – was wird wo geregelt**
- 10 **Alternativen in der Diskussion**
- 11 **Verfassungsbruch**
ver.di-Vize Frank Werneke fordert auch künftig einen Höchstgrad an Staatsferne
- 11 **Fachtagung: Rundfunkpolitik für die Zukunft**
- 12 **BBC beim Balanceakt**
Gebührendebatte in Großbritannien – ein Vergleich

aktuell

- 4 **Veranstaltungen und Personalien**
- 4 **Aufruf zum Aktionstag Journalismus**
- 4 **Bundesweiter Selbstständigentag der ver.di**
- 5 **Tarifflicht in Hessen**
- 5 **Verhandlungen abgesagt**

porträt

- 6 **Idealistin mit Blick aufs Wesentliche**
Anneliese Fikentscher und die Arbeiterfotografie im 80. Jahr

kolumne

- 7 **Neujustierung von Qualität und Quote**
Karlsruhe gibt der Diskussion um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine gute Wendung

gewerkschaftskongress

- 13 **Blickpunkt Medien**
Disput über das Informationsangebot von ver.di im Internet

journalismus

- 14 **Alle kriminell?**
Proteste gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung der Koalition
- 15 **Terror wegen Texten im Netz**
Journalisten erneut im Visier des Staatsschutzes

- 16 **Dem Boulevard hinterher**
Frauen und Männer bei der medialen Popularisierung
- 17 **Mit den Augen der Anderen**
Deutsch-polnische Journalistinnen auf Recherchetour
- 18 **Das Publikum ernster nehmen**
In einer Spiralbewegung wird gute von schlechter Publizistik verdrängt
- 19 **Perspektiven und Visionen**
Beratung in Berlin-Wannsee über die zukünftige Tarifpolitik
- 20 **„Zweiter Korb“ vom Bundesrat gebilligt**
Urheberrechtsgesetz tritt am 1. Januar in Kraft
- 20 **„Sie packen's nicht“**
Blick auf den regionalen Finanz- und Wirtschaftsjournalismus

film

- 22 **Ins Gerede gekommen**
Synchronbranche im Umbruch: Preiskrieg und Honorardumping
- 22 **Buchrezension: Zwischen Leidenschaft und Lohnarbeit. ... Film und Fernsehen**



Foto: Christian von Polentz / transit

15.000 Menschen protestierten gegen die Vorratsdatenspeicherung Ende September (Seite 14)

23 Filmrezension: „Gefesselte Worte“

print

- 24 **Die Ruhe vor dem Sturm?**
Unsichere Zeiten für Tageszeitungen in Mecklenburg-Vorpommern
- 26 **Jugendschutz verletzt**
Deutscher Presserat spricht im September sieben Rügen aus
- 26 **Schon entdeckt? Switchboard**

Rechercheschutz

kommentiert &

Von Christiane Schulzki-Haddouti | Die Pressefreiheit in etlichen europäischen Staaten wird immer stärker strapaziert – meist unter der Vorgabe, die öffentliche Sicherheit zu schützen und Terrorismus zu bekämpfen. Gerichte verhängen Geld- und Freiheitsstrafen gegen Journalisten, Staatsanwälte lassen Journalisten überwachen, Redaktionen durchsuchen und Quellenmaterial beschlagnahmen. Gleichzeitig wird der Schutz von sogenannten Whistleblowern abgebaut.

Gegen diese Entwicklung stemmt sich nun der Europarat, in dem 47 europäische Länder vertreten sind. Er hat Anfang Oktober „Richtlinien zum Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit in Krisenzeiten“ verabschiedet, die eine Abkehr von staatlichen Repressalien gegen die Presse verlangen. Diese wenden sich auch gegen die Länder, die „Untersuchungsverfahren gegen Journalisten führen, weil diese Informationen im öffentlichen Interesse erhalten oder veröffentlicht haben.“ Wer denkt da nicht an die jüngsten Ermittlungen der deutschen Justiz gegen 17 Journalisten wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat? Rückhalt bietet die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Sie schließt im Artikel 10 der Europäischen Menschenrechte über die „Freiheit der Meinungsäußerung“ auch den Schutz der journalistischen Recherche ein. So hatte der Gerichtshof die Schweiz verurteilt, weil das Bundesgericht die Meinungsfreiheit verletzt hatte. Unter anderem hatte

ein Reporter im Zusammenhang mit einem Postraub von einer Angestellten der Zürcher Staatsanwaltschaft Informationen über Vorstrafen von Verdächtigten erhalten. Wegen Anstiftung zur Verletzung des Amtsgeheimnisses erhielt er eine Geldstrafe. Der Europarat verlangt nun von all seinen Mitgliedern, die nationalen Gesetze so zu gestalten, dass sie die Pressefreiheit tatsächlich gewährleisten. Künftig solle niemand mehr in journalistische Quellen herumstöbern können, erklärt Thomas Hammarberg, Kommissar für Menschenrechte im Europarat. Er fordert: „Nicht einmal Richter sollten Journalisten zwingen können, ihre vertrauliche Quellen zu enthüllen.“ In den Richtlinien des Europarats heißt es dazu aber erst einmal nur: „Die Mitgliedstaaten sollen das Recht der Journalisten schützen, ihre Informationsquellen nicht offenbaren zu müssen – sowohl in der Praxis, als auch per Gesetz. Sie sollten Journalisten nicht dazu zwingen, Informationen oder Material wie Notizen, Fotografien und Videoaufnahmen herauszugeben.“ Außerdem dürften investigative Journalisten nicht mit Freiheitsstrafen, unangemessenen Geldstrafen, Berufsverboten, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen eingeschüchert werden. Ein gutes Zeichen. Doch bis die Richtlinien tatsächlich die Rechtsprechung in den Mitgliedstaaten erreichte, das dürfte noch Jahre dauern. Schließlich könnte jetzt auch das Europaparlament ein Wörtchen in Sachen Pressefreiheit mitreden wollen.

editorial

rundfunk

- 27 **Einigung zu hohem Preis**
Tarifvertrag für RBB endlich unter Dach und Fach
- 28 **Jung und aus Erfahrung gut**
30 Jahre Herbsttreffen der Medienfrauen von ARD, ZDF, ORF

internationales

- 29 **Schüsse auf Zivilisten**
Demonstrationen in Birma: freie Berichterstattung unerwünscht
- 30 **US-Zeitungen in Verlustzonen**
Rückgang des Anzeigengeschäfts kostet Journalistenjobs
- 31 **Ermordet und nicht vergessen**
Mord an Anna Politkowskaja – weitere Ermittlungen gefordert
- 32 **Tariferhöhung und Mindestlohn**
Kompromiss in Fragen Urheberrecht

rubriken

- 33 **Service / Seminare**
- 36 **Impressum**
- 36 **Leute / Preise**

Die Lebens- und Arbeitswelt „einfacher Menschen“ ins öffentliche Bild und Bewusstsein setzen! Das war und ist Ziel des Verbandes Arbeiterfotografie, der in diesem Jahr sein 80jähriges Bestehen feiert. Seine Dokumentationen der sozialen Wirklichkeit sind derzeit in einer Reihe von Ausstellungen zu sehen. Mit engagierten Fotos kann die Diskussion über „Frieden, Menschenwürde und Gerechtigkeit“ angeregt werden, ist sich eine langjährige Arbeiterfotografie sicher. (S. 6)

Den Anstoß für eine tiefere medienpolitische Debatte in ver.di und durch ver.di in der Gesellschaft gab der Fachbereich Medien, Kunst und Industrie mit einem umfangreichen Antrag auf dem ver.di-Bundeskongress in Leipzig. (S. 13) Die Delegierten stimmten damit zugleich der Forderung zu, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch künftig zu sichern und weiterzuentwickeln. Rückendeckung gab es dazu bereits im Vorfeld des Kongresses durch das jüngste Rundfunkurteil des Bundes-

verfassungsgerichts. Die Karlsruher Richter sprachen klare Worte. Sie stärkten die Rundfunkfreiheit und wiesen jene Politiker in die Schranken, die da meinten das Grundgesetz nicht ganz so ernst nehmen zu müssen und mal eben unbegründet über die Gebührenschaube in die Programmhöhe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingreifen zu können. Dennoch: Einen Freibrief stellte das hohe Gericht für niemanden aus. Der Gesetzgeber ist aufgefordert den Rundfunkauftrag konkreter zu definieren und die Öffentlich-rechtlichen haben einiges zu tun, diesen zu erfüllen, und zwar unabhängig von der Quote. (S. 7, 8 – 12)

Die „Rundfunkpolitik für die Zukunft“ steht am 23. November (S. 11) auch im Fokus einer ver.di-Fachtagung in Berlin. Sie bietet die Möglichkeit, sich an der Diskussion über die aktuellen Fragen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im multimedialen Zeitalter zu beteiligen. Beim Journalistentag am Tag darauf erfolgt ein nahtloser Übergang in

der Debatte um einen hochwertigen Journalismus, um Qualitätsmedien in Deutschland. Betrachtet wird der „Journalismus – Beruf im Spannungsfeld zwischen Produktivität und Qualität“ (S.40). Gemeinsam mit hochkarätigen Referenten richtet sich der Blick in „neue Redaktionswelten“, die geprägt sind durch Newsdesk, Newsrooms, Newspools; die Arbeit von Festen und Freien in einer „Content-Industrie“.

Tragen Arbeitsbedingungen, betriebliche Strukturen und tariflicher Rahmen diesen neuen Markttrends bereits Rechnung? Auch diese Frage wird am 24. November berührt. Indes haben freie Journalisten und Redakteure aus der dju-Tarifkommission über Perspektiven und Strategien einer künftigen Tarifpolitik in Berlin beraten. (S.19) Ein Problem: Verleger-Tariffucht von Mannheim über Frankfurt am Main (S. 5) bis in den Norden (S. 24 / 25) ist ein sich offenbar verbreitender Virus.

*Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin*

aufgespießt

Von Karin Wenk | Laut neuem Passgesetz, das bereits von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterschrieben ist und am 1. November in Kraft treten soll, werden Künstler- und Ordensnamen im Personalausweis abgeschafft. Die Begründung erscheint zunächst verblüffend: Den Behörden soll die Arbeit erleichtert werden! Nun ja eine löbliche Unterfangen, nur zu welchem Preis und zu wessen Nachteil? Es galt nachzufragen, in der Pressestelle des Bundesinnenministeriums: Ist die Abschaffung des Künstlernamens tatsächlich vorgesehen, in Zeiten, in denen über die Sicherheit heißer diskutiert wird denn je und in denen man allen Ernstes über Registrierung von Konvertiten nachdenkt? Und was wird aus den vielen Journalistinnen, die nach der Heirat unter ihrem Mädchennamen arbeiten und deren Mädchennamen als Künstlername im Ausweis eingetragen ist? Außerdem wird es folgende Situation geben: Eine Journalistin führt unter ihrem Mädchen-, also Arbeitsnamen Interviews. Aber zu einem persönlichen Interview wird sie unter diesem Namen nicht bei Ministerien und Behörden reingelassen, weil der Arbeitsname in keinem offiziellen Dokument steht. Oder bei Hörerreisen muss eine Kollegin dann den Ehenamen bekannt geben, da sie unter ihrem Künstlernamen nicht mehr reisen darf? Dabei hat der Künstlername auch den Zweck das Privatleben der Redakteurin in gewisser Weise aus der Öffentlichkeit herauszuhalten. Auch gibt es

Künstlernamen gestrichen

eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren einen Künstlernamen für ihre Arbeit benutzen oder einen anderen Namen als Arbeitsnamen, weil sie dies für ihre Recherchearbeit als sicherer erachten, zum Beispiel auf dem Gebiet des Rechtsextremismus.

Derartige Regelungen schränken die tägliche Arbeit vieler Journalistinnen und Journalisten sowie vieler anderer Menschen, die seit Jahren nicht mehr unter ihrem bürgerlichen Namen in Erscheinung treten, in hohem Maße und aus nicht nachvollziehbaren Gründen ein. Das ist ein Skandal! Die Pressereferentin des Innenministeriums wusste von der Abschaffung der Künstlernamen nichts, hat sich jedoch beim zuständigen Referatsleiter erkundigt. Daraufhin bedankte sie sich mit einem Rückruf: „Das ist alles bei dem Gesetz gar nicht bedacht und berücksichtigt worden. Vielen Dank für diesen Hinweis. Unter Einbezug dessen wird man darüber noch mal nachdenken.“

ver.di als Vertretung von Künstlern und Publizistinnen in Deutschland wird sich nunmehr an das Bundesinnenministerium wenden, um dieses Nachdenken zu fördern und gegen diese Regelung intervenieren.

http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Gesetze/Entwurf_Passgesetz,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Entwurf_Passgesetz.pdf

Veranstaltungen und Personalien

Kunst- und Kulturbeauftragte | Der ver.di-Bundeskongress wählte in Leipzig Regine Möbius, stellvertretende Vorsitzende des Verbandes Deutscher Schriftsteller, zur Kunst- und Kulturbeauftragten der Gewerkschaft.

Medienfachgruppe NRW | Die neu gegründete Fachgruppe Medien in ver.di NRW hat Birgitt Euting (Köln) zu ihrer Sprecherin gewählt. Die Journalistin, Drehbuchautorin und Schauspielerin vertritt in der Fachgruppe die Filmschaffenden vom Filmverband West (FVW). Als ihr Stellvertreter wurde Dr. Frank Biermann (Münster, freier Autor und Journalist) vom geschäftsführenden dju-Vorstand NRW gewählt.

Landesmedientag der dju | „Öffentlich-rechtliche Presse – Warum denn nicht?“ – der Landesmedientag der dju Hessen beschäftigt sich am 10. November mit dem Recht auf Grundversorgung mit kritischen Informationen. Wenn Umorganisation und Einsparung journalistische Standards gefährden, wird die politische Öffentlichkeit im Markt getroffen, fürchtet der Philosoph Jürgen Habermas. „Keine Demokratie kann sich ein Marktversagen

auf diesem Sektor leisten.“ Wenn Fernsehen nur noch „ein Toaster mit Bildern“, Radio nur noch ein Ohrgeräusch und Zeitung bloß ein blättriges Wortgeklingel – wo informieren sich politisch interessierte Bürger? Zehn Wochen vor der hessischen Landtagswahl stellt die dju die Medienpolitik der hessischen Parteien auf den Prüfstand. VertreterInnen von FDP, SPD, CDU, Grünen und Linken diskutieren von 13 bis 16 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, 60329 Frankfurt am Main, unter der Leitung von Uli Röhm (ZDF).

Medientreff in Wiesbaden | Seit einiger Zeit knüpft ver.di Wiesbaden an die Tradition der regelmäßigen Treffen von Medienschaffenden an. Die Treffen finden jeweils am letzten Montag des Monats (29. Oktober, 26. November) ab 19.30 Uhr im Wiesbadener Ratskeller „König von Bayern“ am Marktplatz statt. Eingeladen sind sachkundige Gäste, die in ein interessantes und aktuelles Thema einführen. Es folgt eine Diskussion über Medienpolitik, Politik und Gesellschaft, Gewerkschaftliches und Betriebliches. Zugesagt hat für Oktober Otto Jäckel, Fachanwalt für Arbeitsrecht.

2. bundesweiter Selbstständigentag der ver.di

1. Dezember in Köln

Einen ganzen Tag voller Veranstaltungen nur für Selbstständige bietet ver.di am Samstag, den 1. Dezember in Köln. Nach einer Einstiegsdiskussion zum Thema „Aufschwung? Auch für Selbstständige?“ geht es weiter mit zahlreichen Workshops zu Themen der täglichen Arbeit – zum Beispiel: Akquise – Existenzgründung – Hartz und die Selbstständigen Gesetze – Kooperation unter Selbstständigen – Honorardumping verhindern – Zeitmanagement. Auf einem Info-Markt präsentieren sich für Selbstständige interessante Institutionen.

Und am Abend geht's weiter – auch für diejenigen, die sich den Tag nicht freischaukeln konnten – mit Feiern und Vernetzen.

Das gesamte Programm und Infos zur Anmeldung unter:
<http://selbststaendig.verdi.de>

Aufruf zum Aktionstag Journalismus

5. November 2007 europaweit

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di ruft alle Kolleginnen und Kollegen in deutschen Zeitungen und Zeitschriften, in privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern und in anderen Medien auf, gemeinsam mit den Berufsangehörigen in ganz Europa ein weltweit sichtbares Zeichen für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und unabhängigen Journalismus, gegen Einschüchterung und Zensur zu setzen. Wir bitten alle, als gemeinsames Zeichen der Solidarität mit den Berufsangehörigen, die weltweit staatlicher Verfolgung und Repression ausgesetzt sind und zum öffentlichem Gedenken an die Gefolterten und Ermordeten unserer Berufsgruppe

am 5. November in der Zeit von 11.45 bis 11.55 Uhr
die Arbeit ruhen zu lassen.

<http://dju.verdi.de>

Messe für Freie | Der ver.di Betriebsverband ZDF veranstaltet am 29. November ab 10 Uhr in der Meistermannhalle – auf dem Gelände des ZDF – eine Messe für Freie. Zahlreiche Institutionen vom ACE über mediafon bis hin zum ver.di-Mitgliederservice und der VG Wort werden dabei sein.

Jugendpresse im neuen Büro | Die Jugendpresse Deutschland ist in ein neues Büro in Berlin-Mitte gezogen. Adresse: Jugendpresse Deutschland e.V., Wöhlerstraße 18, 10115 Berlin.

Journalistentag Baden-Württemberg | „Qualität kann nur aus uns selbst herauskommen“ ist das Thema des 18. Journalistentages der dju in ver.di Baden-Württemberg am 10. November in Stuttgart. „Wie können wir unsere Vorstellungen von Werten der Pressefreiheit, den Wert des Journalismus und dessen Wertigkeit im gegenwärtigen Gefüge überhaupt zur Geltung bringen, wenn die Eigentümer der Medien zurzeit einen Parforceritt zwischen Rationalisierung und Rendite pflegen?“ Das wird eine der zu diskutierenden Fragen sein. Das Programm wird in den nächsten Tagen ins Netz gestellt und geht den Kolleginnen und Kollegen und den Redaktionen zu. <http://medien-kunst-industrie.bawue.verdi.de>

Tarifkonferenz | Am 6. Dezember gibt die dju in Baden-Württemberg mit einer Tarifkonferenz in Stuttgart den Start-

schuss für die Tarifrunde 2008 für RedakteurInnen an Tageszeitungen. Die TarifkommissionsvertreterInnen der dju haben sich auf der bundesweiten Klausur (siehe S. 19) intensiv vorbereitet. Auf dem Programm steht das Thema Mobilisierungsfähigkeit. Unsere Kampfkraft einschätzen, die Mitgliederwerbung dabei wieder in den Mittelpunkt stellen. Die Tarifpolitik für die Zukunft entwickeln und dabei erste Modelle diskutieren. Stichwort: das eigene Profil schärfen! Ausführliches Programm drei Wochen vorher. Anmeldungen an: Heike.Diesing@verdi.de

Freien-Tag Baden-Württemberg | „Zwischen prekärer Beschäftigung und geplanter, erfolgreicher Selbstständigkeit – Markt der Möglichkeiten – Begegnen – informieren – Kompetenz erlangen – Solidarität erleben! Freien-Tag in Baden-Württemberg am 8. Dezember im Telekom-Zentrum in Vaihingen, Universitätsstr. 34, 70569 Stuttgart (S-Bahn-Haltestelle: Universität) Beginn: 10.30 Uhr, Ende: 16.30 Uhr. Die TeilnehmerInnen müssen sich verbindlich bis 30. November schriftlich anmelden. E-Mail: Heike.Diesing@verdi.de

Mitglieder nehmen kostenlos an der Veranstaltung teil. Fahrtkosten und Honoraranspruch werden nicht erstattet. Nichtmitglieder zahlen einen Kostenbeitrag von 40 Euro einschließlich Büffet und Getränke. <http://medien-kunst-industrie.bawue.verdi.de>

Tarifflicht in Hessen

FRANKFURT AM MAIN. „Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Hessen kritisiert die am 2. Oktober bekannt gewordene Tarifflicht der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA,Kassel)“, heißt es in einer dju-Pressemitteilung. Der Verlag der Zeitung bleibe zwar Mitglied im Arbeitgeberverband der hessischen Zeitungsverleger, wechsle aber zum 1. Januar 2008 in die so genannte OT-Mitgliedschaft (OT = Ohne Tarifbindung).

Die nordhessische Zeitung ist nach der Offenbach-Post und der Hersfelder Zeitung bereits die dritte Zeitung der Ippen-Gruppe in Hessen, die sich zu Lasten der Beschäftigten der tariflichen Bindung entziehen will. Unmittelbar betroffen von der Entscheidung des Verlegers Dirk Ippen sind rund 160 Redakteurinnen und Redakteure, Volontärinnen und Volontäre.

Es sei zu erwarten, dass der Verlag nunmehr versuchen werde, bei Neueinstellungen untertarifliche Bedingungen zu vereinbaren, sagte Manfred Moos von ver.di Hessen. Dies versuche die Ippen-Gruppe auch in Offenbach und Bad Hersfeld. Moos kündigte an, dass die Gewerkschaft der Tarifflicht der größten hessischen Regionalzeitung nicht tatenlos zusehen werde. „Wir werden mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen darüber reden, wie wir durch einen Haustarif die Tarifsicherheit wieder herstellen können.“ Dabei werde man auch die rund 350 Verlagsangestellten einbeziehen, die bereits seit längerem vom Tarif abgekoppelt sind. Dem Hessischen Zeitungsverlegerverband warf Moos vor, mit der 2004 eröffneten Möglichkeit der OT-Mitgliedschaft „zum Totengräber des Flächentarifs“ zu werden.

Die Ippen-Gruppe gilt als die Nummer vier auf dem deutschen Zeitungsmarkt. Die HNA erscheint täglich mit rund 235.000 Exemplaren. ■

Verhandlungen abgesagt

MANNHEIM. Das renommierte Mannheimer Verlagshaus Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus (BIFAB) habe Ende September überraschend die Verhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di über den Abschluss eines Haustarifvertrages abgesagt, heißt es in einer Pressemitteilung von ver.di.

Zum 31.12.2006 sei der durch seine Marken Brockhaus, Duden und Meyers bekannte Verlag aus dem baden-württembergischen Arbeitgeberverband (Börsenverein des Deutschen Buchhandels) ausgetreten mit dem Ziel, am Verlagsstandort Mannheim deutlich verschlechterte Arbeitsbedingungen für die rund 250 Beschäftigten durchzusetzen.

Obwohl der Verlag 2006 eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Geschäftsjahre seiner langen Geschichte erlebt habe (5,7 Millionen Euro Jahresüberschuss bei einem Umsatz von 80,3 Millionen Euro), sehe sich der Vorstand durch die besonderen Herausforderungen im Zeitalter des Internets veranlasst, seiner Belegschaft eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 40 Stunden zuzumuten; eine allgemeine Gehaltserhöhung solle bis 2010 ausgesetzt werden. ver.di hatte sich bereits im April dieses Jahres zu Haustarifverhandlungen bereit erklärt. Die Geschäftsleitung des Verlages hat ihre Absage damit begründet, dass sie nicht dazu bereit sei, über eine Standort- und Beschäftigungssicherung sowie Entgeltanpassungen zu verhandeln. „Offensichtlich will der BIFAB-Vorstand einen Tarifabschluss zu seinen Bedingungen – also ein Diktat. Das werden sich die Beschäftigten nicht gefallen lassen“, sagte Rudi Munz von ver.di Baden-Württemberg. ■

Idealistin mit Blick aufs Wesentliche



Foto: Fred Jittmann

Anneliese Fikentscher und die Arbeiterfotografie im 80. Jahr

Von Ulla Lessmann | Arbeiterfotografie meint zweierlei: Erstens Arbeiter, heutzutage auch Arbeiterinnen, als Fotografen/innen. Zweitens Fotos, die Arbeiter/innen, die Arbeitswelt und die soziale Wirklichkeit dokumentieren. Vor 80 Jahren ging es dem sozialistischen Verleger Willi Münzberg und seinen Mitstreitern in Erfurt bei der Gründung der Arbeiterfotografie als Kulturorganisation der Arbeiterbewegung darum, Lebens- und Arbeitswelt „einfacher Menschen“ ins öffentliche Bild und Bewusstsein zu setzen. Daran hat sich seit der Wiederbelebung des Bundesverbands Arbeiterfotografie 1978 wenig geändert: die Verheerungen, die kapitalistischen Wirtschaften beim Menschen und in der Natur anrichtet, Kriege und Friedensbewegung, soziale und bürgerschaftliche Aufbrüche sind die Bildmotive, nach wie vor sind auch politischer Austausch sowie die Kunst der Fotografie ein Anliegen der in regionalen Gruppen arbeitenden Verbandsmitglieder. In Köln lebt und arbeitet mit Anneliese Fikentscher, zweite Vorsitzende des Bundesverbandes, eine der aktivsten Arbeiterfotografinnen. Sie wohnt als geborene Kölnerin mit ihrem Lebensgefährten, auch er ein Arbeiterfotograf, im eigenen Jahrhundertwendehaus „mit bröckelnder Fassade“ im alten Arbeiterviertel Nippes. Im Erdgeschoss befindet sich seit 1990 die Galerie der Arbeiterfotografie.

Weder Anneliese Fikentschers fotografische noch ihre geistige Politisierung geschahen im Elternhaus, obwohl „der Vater ein richtiger Arbeiter“ war, treuer SPD-Wähler und Gewerkschafter mit festem Weltbild: Die Kinder müssen was Anständiges lernen, aber nicht lange zur Schule gehen, und erst als Erwachsene erfuhr die Tochter, „dass es nette Kommunisten gibt“. Immerhin ließ sich der Vater auf eine Friedensdemonstration Anfang der 80er Jahre mitnehmen, auf der wiederum Anneliese sich wunderte, „wie viele Polizisten da waren“: Die Unschuld der im Jahre 1953 für „68“ zu spät Geborenen. Nach der Haupt-

schule, einer Lehre als Rechtsanwaltsgehilfin und der Geburt ihres Sohnes 1975 holte sie als alleinerziehende Mutter die Fachhochschulreife nach und studierte Fotoingenieurin, „das Technische hat mich interessiert, nicht so sehr, welche Blende man nehmen muß“. Aber kreativ sein wollte sie schon und suchte Bildinhalte, die ihrem wachsenden Engagement in Friedensbewegung und Gewerkschaft entsprachen. Es kam zu ersten Begegnungen mit der Arbeiterfotografie, an der FH organisierte sie in den 80ern zum 1. Mai ihre erste Ausstellung. Inzwischen arbeitet sie seit vielen Jahren als Kamerafrau beim WDR. Digitale Bildbearbeitung hat sie früh gereizt, sie trauert „keine Sekunde“ alten Zeiten nach, „das fand ich nie romantisch, in der Dunkelheit in stinkender Brühe zu wühlen“. Viel schöner findet sie es „bei Tageslicht am PC“ zu sitzen und „technisch unheimlich viele Möglichkeiten, quasi ein eigenes Farblabor“ zu haben.

■ Ein lebendiges Stück Himmel

„Arbeiterfotografie ist eine Waffe der Zeit. Sie entnimmt ihre Motive der sozialen Gegenwart, berichtet über den politischen Kampf und sucht ihn durch die anklagende Aufzeichnung der furchtbaren Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie zu steigern“, schrieb Hermann Leupold, in den 30er Jahren Präsident der Arbeiterfotografen. Ein Satz, den

Fikentscher genauso sagen würde. Sie bezeichnet sich als „Idealistin“: „Frieden, Menschenwürde, Gerechtigkeit sind meine Themen, ich bin überzeugt, dass man die mit Fotos in die Diskussion bringen kann.“ Eines ihrer Lieblingsfotos (von Karin Richert), zeigt das Grafitti „Respekt!“, als Postkarte wirbt das Motiv um Sponsoren für den Verein. Seit Beginn des Krieges gegen Afghanistan führt Fikentscher in ihrer eher leisen, aber hartnäckigen und konsequenten Art, ein fotografisches „Kriegstagebuch“ mit täglich zwei Motiven: Einem „leblosen“ Gebäudeteil, „als etwas von Menschen Geschaffenes“ und einem lebendigen Stück Himmel, eine künstlerisch feine, fast philosophische Arbeit.

Der Idee der Arbeiterfotografie folgend hat sie mit anderen den Widerstand Kölner Bürgerinnen und Bürger gegen den Abriss eines intakten Wohnviertels durch die Stadt dokumentiert. „Gesichter einer Stadt“ sieht man auf der Fotoserie aus einem Roma-Lager, sie wird zur „interkulturellen Woche“ ausgestellt. Dass auf dem Tisch in der Galerie Abrecht Müllers Bestseller „Machtwahn“ liegt, ist kein Zufall, das Buch will Fikentscher jetzt lesen, nachdem sie gerade Hesses „Glasperlenspiel“ durch hat. Sie liest abseits von Moden und „sehr überlegt“, nur Fotobücher immer.

Das einzelne Foto ist immer noch wichtig mit seiner künstlerischen und politischen Aussage, gleichbedeutend aber sind der modernen Arbeiterfotografie thematische Ausstellungen, ein ungewöhnlich stark frequentierter Internetauftritt, Plakataktionen und zunehmend medienkritische Veranstaltungen und Texte. Zweimal jährlich erscheint unter Fikentschers Verantwortung das auch international geschätzte Fachmagazin „Arbeiterfotografie – Forum für engagierte Fotografie“ mit aktuellen und historischen Fotoreportagen, Fotografen/innenporträts, kritischen Essays und Rezensionen, ein Nachfolger des Verbandsorgans „Der Arbeiterfotograf“.



Parallel zur Veranstaltung: „80 Jahre Arbeiterfotografie – 80 Jahre Gegenwind“ vom 25. bis zum 28. Oktober in Erfurt werden eine Reihe von Ausstellungen eröffnet, die teilweise bis Dezember zu sehen sind! Das Programm unter: www.arbeiterfotografie.com

Neujustierung von Qualität und Quote

Karlsruhe gibt der Diskussion um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine gute Wendung

Von Martin Dieckmann | Manche große Stücke enden damit, einige beginnen mit einem Paukenschlag. Das Karlsruher Rundfunkurteil enthält gleich mehrere solcher Paukenschläge, mal laut, mal leise. Und sie markieren gleichermaßen Schlusspunkt wie Auftakt rundfunk- und medienpolitischer Konflikte.

In unerwarteter Klarheit hat das Gericht den Vorrang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gerade unter den veränderten technischen und Marktbedingungen bestätigt. Dies sogar einstimmig. Deutliche Signale gehen damit an die Rundfunk- und Medienpolitik: Medienmärkte schaffen allenfalls Vielfalt der Verbreitungswege, nicht aber von sich aus inhaltliche Vielfalt. Das Marktversagen ist strukturell gegeben, ihm muss also strukturell vorgegriffen werden. So weit der Paukenschlag, den man bis weit nach Brüssel – wo man in der EU-Kommission exakt entgegengesetzt denkt – gehört haben wird.

Ein vorläufiger Schlusspunkt wurde erreicht im Streit darüber, wie weit Ministerpräsidenten und (ihnen nur folgend!) Länderparlamente in die Rundfunkfinanzierung eingreifen dürfen. Sie dürfen es, ja, sagt das Gericht, unter Umständen müssen sie es auch – aber nur, wenn sie sich an die auch bislang geltenden Gründe halten. Nicht mehr, nicht weniger. Nachträglich schwer abgestraft wurden damit aber vor allem Peer Steinbrück (SPD), Georg Milbradt (CDU) und Edmund Stoiber (CSU), deren „SMS“-Initiative 2003 den Stein überhaupt erst ins Rollen gebracht hatte. Künftige Abweichungen von den Empfehlungen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) müssen so gut begründet sein, dass sich jeder Politiker ab jetzt davor hüten wird, derartig hochmütig mit der Rundfunkfreiheit zu spielen, wie es noch vor vier Jahren in aller Öffentlichkeit geübt wurde.

Also – die Politik in die Schranken verwiesen, dafür alle Freiheiten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Nein, genau dies ist nicht die Bedeutung des Urteils. Vielmehr stellt es das richtige Verhältnis von Medienpolitik und Rundfunk-



Foto: Christian von Polenz / transt

Martin Dieckmann, medienpolitischer Referent von ver.di

freiheit wieder her. Die jeweiligen Akteure werden auf ihre Plätze und damit ihre eigentlichen Aufgaben verwiesen: Der Gesetzgeber hat sich primär um die Bestimmung des Rundfunkauftrags zu kümmern, die Rundfunkanstalten haben im Rahmen ihrer Programmautonomie diesen Rundfunkauftrag aber auch zu erfüllen – und dies unabhängig von der Quote, wie das Gericht mehr als einmal betont. Anders gesagt, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem „Funktionsauftrag“ gerecht werden soll, muss er freies Geleit auf allen Plattformen und durch alle Kanäle haben. Aber dies nur für seinen gesellschaftlichen Auftrag!

■ Kein Ersatzgesetzgeber

Das ist nun wiederum ein eher leiser Paukenschlag zum Auftakt der anstehenden gesetzlichen Fest- und Fortschreibung des Rundfunkauftrages – insbesondere in Bezug auf neue Mediendienste und Plattformen. Hier geht es um die originären Aufgaben des Gesetzgebers. Mit dem 11.

Rundfunkänderungsstaatsvertrag beginnt diese Arbeit. Die Brüsseler Vorgaben beziehungsweise der Kompromiss mit der EU-Kommission haben dem Markt ein zu großes Gewicht eingeräumt. Dieses Ungleichgewicht kann nun dank Karlsruhe wieder besser ausgeglichen werden. Wie viel Gewicht dabei dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk am Ende zukommt, ist freilich von ihm selber abhängig: „Public Service Value“ zu bieten, ist seine Pflicht. Insofern hat Karlsruhe, sowohl für den herkömmlichen Rundfunk als auch für die neuen Rundfunkdienste zumindest implizit zur Neujustierung von Qualität und Quote aufgefordert. Es liegt an den Rundfunkanstalten und an uns, dass dies auch so geschieht.

Aber, was wird aus dem privatwirtschaftlichen Rundfunk? Gerade jene, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegen die Dauerattacken von Seiten etwa des VPRT verteidigen, sollten nicht vorschnell frohlocken. Denn es gibt auch auf privatwirtschaftlicher Seite jetzt durchaus frohlockende Gesichter: die der Billigwarenvverkäufer, die schon lange den Ausverkauf von Qualitätspublizistik betreiben. „Aha“, so wird das Signal aus Karlsruhe dort verstanden: „Wir machen dann mal weiter so, und Sat.1 war erst der Anfang!“ Das Gegenteil muss zur Regel werden: Auch wenn hierzu der Paukenschlag noch nicht erklungen ist – die Zeit für eine Diskussion über „Public Service Value“ für den gesamten Rundfunk in der neuen Multimediawelt ist längst angebrochen. Das Karlsruher Urteil steht dem nicht im Wege.

Bleibt am Ende die Frage: Heißt „nach Karlsruhe“ nicht auch „vor Karlsruhe“? Das Gericht hat wohl weislich die Rolle eines Ersatzgesetzgebers zurückgewiesen. Eine demokratische Medienordnung muss in der Gesellschaft geschaffen und gestaltet werden. Dazu bedarf es eines Mindestmaßes an Kooperation zur Konsens- und Kompromissbildung – und das bezieht alle ein: Bürgerinnen und Bürger, Rundfunkveranstalter, Verleger und Medienschaffende. Kein Gericht kann diese Einigung ersetzen, das Bundesverfassungsgericht aber hat uns alle dazu verpflichtet. Und das ist gut so. ■

Punktsieg für die Rundfunkfreiheit

Das Bundesverfassungsgericht verurteilte den letzten Gebührengriff der Politik – forciert durch die Privatfunklobby – klar als Verfassungsbruch und plädierte zweifelsfrei für die Programmhoheit der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Dennoch ist das Urteil kein Blankoscheck für ARD, ZDF und Deutschlandradio, sich ungebremst auf dem digitalen Markt zu tummeln. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, den Rundfunkauftrag konkreter zu definieren.

Von Günter Herkel

Einige konnten es gar nicht fassen: „TV-Zuschauern drohen höhere Gebühren“ titelte der Tagesspiegel auf Seite 1, und der Kommentar wartete auf mit der rhetorischen Frage „Glotzer, wollt ihr ewig zahlen?“. Die Frankfurter Rundschau machte auf mit der Schlagzeile „Teures Fernsehen“, Spiegel Online urteilte enttäuscht: „Sieg für den Staatsfunk“. Die Medienredaktionen selbst der Qualitätsblätter machten in vorauseilendem Gehorsam im Interesse ihrer Verleger Stimmung gegen die nun zu befürchtende ungebremste Expansion der öffentlich-rechtlichen Anstalten in der digitalen Welt. Die tendenziösen Reaktionen auf das Gebührenurteil des Bundesverfassungsgerichts kaschierten nur schlecht die Verblüffung und Verärgerung mancher über einen Richterspruch, der sich geradezu als Hymne auf die Rundfunkfreiheit und die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Demokratie lesen lässt. Und zwar auch unter den seit dem letzten Gebührenurteil von 1994 eingetretenen medientechnischen und -ökonomischen Veränderungen.

Das Urteil ist zunächst eine klare Abfuhr für diejenigen Medienpolitiker, die seit 2003 versucht hatten, die damals angelaufene Gebührenrunde mit einer von ihnen gewünschten „Strukturreform“ zu koppeln. Es sei nochmals daran erinnert, was die parteiübergreifende „SMS-Dreierbände“ – Steinbrück, Milbradt und Stoiber – seinerzeit unter Strukturreform ver-

stand: Personalkürzungen, Verminderung von Programmen, Zusammenlegung von Arte und 3sat und manches andere mehr. Klare Eingriffe in die Programmhoheit der öffentlich-rechtlichen Anstalten. In der Substanz konnten die meisten dieser Zumutungen zwar abgewehrt werden, aber der entrichtete Preis war hoch. Beim folgenden Länderkompromiss über den 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde erstmals von der Empfehlung der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) abgewichen. Statt moderater 1,09 Euro Gebührenerhöhung mochten die Länder nur 88 Cent zusätzlich bewilligen. Dies alles vorgeblich aus Sorge um die Nöte des krisengebeutelten Bürgers. ver.di-Vize-Chef Frank Werneke hatte damals die Intendanten von ARD und ZDF aufgefordert, „wegen der sonst drohenden dauerhaften Beschädigung des Verfahrens“ eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einzureichen. Denn die Politik, das konnte man schon im Gebührenurteil von 1994 nachlesen, darf die Gebühr nicht als Knebel zur Einflussnahme auf Rundfunkfreiheit und Programmautonomie instrumentalisieren.

■ „Klatsche“ für Privatfunklobby

Eine Position, die von Karlsruhe jetzt machtvoll bekräftigt wurde. Das vergangene Gebührenverfahren war verfassungswidrig. Das Urteil ist somit nicht nur ein

Sieg für die Kläger ARD, ZDF und Deutschlandradio. Es stärkt auch die Autorität der KEF, deren Existenzberechtigung mancherorts schon in Zweifel gezogen worden war. Zwar muss der Gesetzgeber nicht jeden KEF-Vorschlag einfach abnicken. Eine Korrektur, so die Karlsruher Richter, sei durchaus möglich, etwa im Hinblick auf unzumutbare Belastungen des Gebührenzahlers. Entscheidend aber sei, dass der Gesetzgeber sein Handeln begründen müsse. Dies sei im verhandelten Verfahren jedoch nur unzureichend geschehen.

Das Urteil wird infolgedessen positive Auswirkungen auf die kommende Gebührenrunde haben. „Aufkommender Übermut“, was den nächsten Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag angeht, dürfte nach dem Karlsruher Spruch „deutlich abgekühlt“ sein, bemerkte Martin Stadelmeier, Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei. Was nichts an der Tatsache ändert, dass auch sein Dienstherr Kurt Beck als Mitinitiator des verfassungswidrigen Eingriffs formell zu den Verlierern des Verfahrens zählt.

Gleich eine „doppelte Klatsche“ (Stadelmeier) bedeutet das Urteil für die Privatfunklobby, speziell für den Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) und seinen Präsidenten Jürgen Doetz, der seit Jahren hierzulande und vor der Brüsseler EU-Kommission einen Kreuzzug gegen die „digitale Expansionsstrategie“ von ARD und ZDF führt. Deren Programmangebot, so urteilten jetzt die Karlsruher



Foto: Hartmut Schwarzbach / argus

Laut Bundesverfassungsgericht muss die Finanzierung digitaler Angebote „entwicklungsoffen und entsprechend bedarfsgerecht“ gestaltet werden. Eine indirekte Absage auch an zeitweilige Bestrebungen der EU, die deutsche Rundfunkgebühr in wettbewerbsrechtlicher Betrachtung als „unerlaubte Beihilfe“ zu brandmarken.

Die quantitative Ausweitung des Medienangebots im digitalen Zeitalter führt nicht automatisch zu einer größeren Meinungsvielfalt. Auch dies eine Erkenntnis des Gerichts, aus der sich Konsequenzen für das Funktionieren des dualen Rundfunksystems ableiten. „Insbesondere die Werbefinanzierung stärkt den Trend zur Massenattraktivität und zur Standardisierung des Angebots.“ Pech für den Privatsender, dass ausgerechnet im Umfeld der Urteilsdebatte die Vorgänge um die Senderfamilie ProSiebenSat.1 ausreichend Anschauungsunterricht für die Gültigkeit dieser These lieferten. Die Ergebnisse des voran schreitenden „Prozesses horizontaler und vertikaler Verflechtung auf den Medienmärkten“, zuletzt durch den Einstieg internationaler Finanzinvestoren, sind an der jüngeren Entwicklung etwa bei Sat.1 ablesbar: Massenentlassungen, Kürzung von Informationsprogrammen, Dominanz anspruchsloser Serienware. Nach Auffassung des Gerichts beschränkt sich die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht darauf, solcherlei „Marktversagen“ der Privaten zu kompensieren. Vielmehr müsse der Gesetzgeber die strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade angesichts der von den Marktprozessen ausgehenden Gefahren für die Medienvielfalt der öffentlich-rechtliche Rundfunk – unter anderem durch ein sau-

beres Gebührenverfahren – seinen „klassischen Funktionsauftrag“ erfüllen könne.

■ Begrenzter Gestaltungsspielraum

Das Urteil läuft nicht, wie mancherorts missverstanden, auf einen Blankoscheck für die öffentlich-rechtlichen Anstalten hinaus. Es zieht nur klare Grenzen bei der Arbeitsteilung zwischen Anstalten und Politik. Der Gesetzgeber – in diesem Fall die Länder – haben die Rahmenkompetenz, allerdings innerhalb konkreter, dynamisch weiter entwickelter rundfunkstaatsvertraglicher Bestimmungen, nicht durch Interventionen im Gebührenverfahren. Den Anstalten wiederum obliegt es, den gesetzlich definierten Rundfunkauftrag zu erfüllen.

Doch wie konkret könnte dieser Auftrag aussehen? Einige Kommentatoren zeigten sich nach dem Urteil enttäuscht vom mangelnden Definitionsmut der Karlsruher Richter. epd-Medien-Chefredakteur Volker Lilienthal etwa vermisst Hilfestellungen für die Politik, „wie eine verfassungskonforme Auftragsdefinition aussehen könnte“. Zudem sei der Gestaltungsspielraum der Politik ohnehin begrenzt. Tatsächlich gestatten die Karlsruher Richter den Ländern, „in abstrakter Weise“ die Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu bestimmen. Die konkreten publizistischen Konsequenzen, die sich daraus für die Programme ergeben, müssten die Anstalten nach Auffassung des Gerichts selbst ziehen. Doch auch innerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems gibt es Zweifel, wie man Begriffe wie „Grundversorgung“, „Rundfunkauftrag“ oder gar „public value“ konkretisieren

Richter, müsse „auch für neue Inhalte, Formate und Genres sowie für neue Verbreitungsformen offen bleiben“. Mithin dürfe der öffentlich-rechtliche Rundfunk „nicht auf den gegenwärtigen Entwicklungsstand in programmlicher, finanzieller und technischer Hinsicht beschränkt“ werden. Die Hoffnung der Privaten, ARD und ZDF von einer substantiellen Teilhabe an der digitalen Welt auszuschließen, ging nicht in Erfüllung. Im Gegenteil:

▶ Rundfunkstaatsverträge – was wird wo geregelt?

Änderungen der Staatsverträge – des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages sowie des Rundfunkgebührenstaatsvertrages – werden in sogenannten Rundfunkänderungsstaatsverträgen der Länder festgelegt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um drei Staatsverträge:

- Staatsferne heißt nicht, dass der Staat nichts zu sagen hat. Im Gegenteil, der Gesetzgeber (das Parlament) hat den Rundfunkauftrag festzulegen. Dies geschieht durch den Rundfunkstaatsvertrag. Nur im Rahmen dieses Auftrages sind die Rundfunkanstalten in der Gestaltung ihrer Programme frei (Programmautonomie). Wie bereits 1994 hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber auf seine eigentliche Rolle verwiesen. Aufgrund der Einigung mit der EU-Kommission wird es zu erheblichen Präzisierungen

des Rundfunkauftrages (vor allem bei neuen Mediendiensten) kommen. Konkretisierende Bestimmungen des Rundfunkauftrages sind mit dem 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu erwarten. (Derzeit wird über den 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag verhandelt.)

- Die GEZ-Gebühr und das Gebührensystem selber haben damit erst einmal nichts zu tun. Es ist im Rundfunkgebührenstaatsvertrag geregelt. Während das Rundfunkfinanzierungssystem die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – möglichst „staatsfrei“ – ebenso regelt wie die Verteilung der Einnahmen, schreibt der Rundfunkgebührenstaatsvertrag die Einziehung der Gebühren und auch die Gebührenbefreiung fest. Alternativen zum bisherigen Gebührensystem sind derzeit in der Diskussion. Sofern es zu einer Einigung kommt, ist vor 2012 nicht mit einer Umsetzung zu rechnen

- Im nun entschiedenen Verfassungsstreit ging es um das Rundfunkfinanzierungssystem. Dieses ist geregelt im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag. Hierzu gehört das dreistufige Verfahren der Gebührenfestsetzung: Auf der ersten Stufe melden die Rundfunkanstalten den Finanzierungsbedarf an, auf der zweiten Stufe prüft die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (KEF) diese Bedarfsmeldung nach Kriterien der „Wirtschaftlichkeit“ und „Sparsamkeit“ und gibt schließlich in einem umfangreichen Bericht eine Empfehlung ab. Darüber beschließen dann, auf der dritten Stufe, die Ministerpräsidenten, die Parlamente müssen zustimmen. Nur aufgrund guter Gründe (so Fragen des „Informationszugangs“ und der „angemessenen sozialen Belastung der Gebührenzahler“) dürfen die Parlamente von der KEF-Empfehlung abweichen. M.D. ■

kann. „Was bitte ist der ‚Funktionsauftrag‘ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“, fragt Deutschlandradio-Intendant Ernst Elitz. „Kultur, Information, Beförderung der gesellschaftlichen Diskussion, Volksmusik, Telenovelas, Krimireihen, Musik rund um die Uhr, Sport, Teilhabe aller am gesellschaftlichen und kulturellen Geschehen?“ Und gibt selbst die Antwort: „All das mag zutreffen. Aber die Politik muss da genauer definieren, wenn sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von den kommerziellen Anbietern abgrenzen will.“

Dass eine solche Abgrenzung nötig ist, hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig bejaht. Mehr noch: Es hat ausdrücklich vor den möglichen Folgen einer Kommerzialisierung der Öffentlich-Rechtlichen durch Werbung und Sponsoring gewarnt, nämlich der „Rücksichtnahme auf die Interessen der Werbewirtschaft, zunehmende Ausrichtung des Programms auf Massenattraktivität sowie Erosion der Identifizierbarkeit“. Ob die Politik diese Aufgabe jetzt in Angriff nimmt, bleibt abzuwarten. Bisher hat sie sich vor einer präziseren Definition je-

denfalls gedrückt. Auch Lilienthal hält es für eine „schöne, aber eben auch naive, praxisferne Vorstellung, dass die Anstalten autonom entscheiden, was ihre verfassungsrechtliche Funktion ‚aus publizistischer Sicht erfordert‘“. Es wäre schade, wenn die Öffentlich-Rechtlichen allzu siegestrunken zum „business as usual“ übergängen. Ein Indiz dafür, dass auch sie die Zeichen der Zeit erkannt haben, ist die Bereitschaft von ARD und ZDF, sich noch vor Inkrafttreten des 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrags freiwillig einem „Public Value Test“ für neue oder veränderte Programmangebote zu unterziehen. Wie der im Einzelnen aussehen könnte, ist eine der medienpolitisch spannenden Fragen der nächsten Monate.

■ Chancen der Probephase nutzen

Die Öffentlich-Rechtlichen sind gut beraten, die Chancen zu nutzen, die diese Erprobungsphase bietet. Eine „unbegrenzte Expansion“ von ARD, ZDF und Deutschlandradio werde es im Internet jedenfalls nicht geben, mahnt vorsorglich Martin Stadelmeier, Chef der rheinland-pfälzi-

schen Staatskanzlei. Schon, um einem Dauerclinch mit dem VPRT vorzubeugen. Allerdings werde auch der Gesetzgeber nicht so unklug sein, bereits in der Probephase „einen Wald von Verbotsschildern zu errichten“. Interessant dürfte auch sein, wie die durchaus vorhandenen Widersprüche unter den Öffentlich-Rechtlichen selbst gelöst werden. Deutschlandradio-Chef Ernst Elitz hat bereits durchblicken lassen, dass er etwa ARD-Plänen für bundesweite, digitale Hörfunkkanäle für die Sparten Wissen, Kinder, Integration und Information äußerst reserviert gegenüber steht. Dies laufe auf eine Veränderung des Status quo hinaus, „und das in einer medienpolitisch sensiblen Situation“. Schließlich begreift sich Deutschlandradio im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen öffentlich-rechtlichen Arbeitsteilung als allein zuständig für nationalen Hörfunk. Elitz plädiert auch für eine saubere Klärung des Begriffs „Public Value“. Und zwar durch den Gesetzgeber. Denn: „Die Definition solcher Begriffe kann nicht einem rhetorischen Wettbewerb oder allein der Selbstdefinition der Betroffenen überlassen bleiben.“ ■



Foto: Keystone

Das bisherige Gebührenfestsetzungsverfahren wurde vom Verfassungsgericht zwar eindrucksvoll bestätigt. Zugleich gibt das Urteil aber einige Hinweise auf denkbare Alternativen.

Unter anderem hält das Gericht auch eine einfache Mehrheit der Länder (anstelle der bislang zwingenden Einstimmigkeit) für unbedenklich. Auch kann es sich eine Delegation der Gebührenfestsetzung per „Verordnung“ vorstellen. Bei dieser Variante entfielen die langwierige

Abstimmung in 16 Länderparlamenten, die KEF-Empfehlung würde entsprechend aufgewertet. Wie schon in seinem 94er Urteil nennt das Gericht als weitere Alternative eine stärkere Indexierung der Rundfunkgebühr. Auch die KEF arbeitet schon jetzt mit Indices, indem sie die Gebührenerhöhung an prognostizierten Preissteigerungsraten orientiert. Ein erweitertes Indexierungsverfahren könnte künftig in periodischen, auch jährlichen Abständen zu einer „automatischen“ Anpassung der Rundfunkgebühr führen. Ob die Länderpolitiker so souverän sind, ihre bisherigen Machtbefugnisse freiwillig zu delegieren, erscheint nach den bisherigen Erfahrungen eher zweifelhaft.

Noch im Oktober wollen sich die Ministerpräsidenten der Länder mit zwei Berichten der Rundfunkkommission beschäftigen: einen über die aufgelisteten neuen Verfahrensmodelle, einen zweiten über Möglichkeiten einer „gründlichen

Bereinigung des gerätebezogenen Modells“ (Stadelmeier). Zu den bekannten Varianten zählen eine haushaltsbezogene Abgabe (jeder Haushalt ist gebührenpflichtig) und eine nach dem Muster einer Kopfsteuer ermittelte Pauschale (jeder Erwachsene mit eigenem Einkommen ist gebührenpflichtig). Beide letztgenannten Modelle entkoppeln die Gebührenerhebung von einer Prüfung der Geräte, machen folglich deren Kontrolle überflüssig. Nebeneffekt: die Verwaltung wird vereinfacht. Allerdings werden dann auch solche Personen zahlungspflichtig, die bislang – aus welchen Gründen auch immer – TV- und Radioabstinenz praktizieren. Was eine Gebührenbefreiung in Härtefällen nicht ausschließt.

Was immer die Länder auch diskutieren mögen – eines steht fest: Bis zur übernächsten Gebührenperiode ab 2013 wird sich am bisherigen Verfahren nichts ändern. **kel ■**

Verfassungsbruch

ver.di-Vize Frank Werneke fordert auch künftig einen Höchstgrad an Staatsferne

M | Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Politik ihre medienpolitischen Ziele nicht durch eine Intervention in den Prozess der Gebührenfindung durchsetzen kann. Kehrt mit diesem Urteil jetzt Ruhe an der medienpolitischen Front ein?

FRANK WERNEKE | Ganz und gar nicht, aber das Gericht hat deutlich gemacht, wo die Medienpolitik ihren Platz hat: in der gesetzgeberischen Aufgabe, den Rundfunkauftrag zu definieren, aber nicht hinterücks über die Gebührenfestsetzung. Die Finanzierung muss Bestand und Entwicklungsfähigkeit garantieren, sie darf nicht missbraucht werden zur politischen Einflussnahme. So war es zuletzt der Fall, das war der Verfassungsbruch – und das Urteil kommt damit einer Abstrafung der damaligen Interventionen von Steinbrück, Milbradt und Stoiber gleich. Insofern wurden beide Seiten durch das Urteil gestärkt – die Rundfunkanstalten einerseits, der Gesetzgeber, also die Landesparlamente andererseits.

M | Inwieweit ist eine Präzisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrags nötig? Könnte die demnächst fällige Einführung eines obligatorischen Public Value Tests für neue Angebote nicht zu einer Einschränkung der Entwicklungschancen von ARD, ZDF und Deutschlandradio führen?



Foto: Christian von Polentz / transit

WERNEKE | Das Gericht hat sowohl die Rolle des Gesetzgebers als auch des Rundfunkauftrags hervorgehoben. Daher stärkt das Rundfunkurteil auch diejenigen, die einen kritischen Blick auf das Verhältnis von Qualität und Quote haben. Jetzt muss der EU-Kompromiss in neue Verfahren zur Ausgestaltung des Rundfunkauftrags eingearbeitet werden – wobei gerade hier das Karlsruher Urteil hilfreich ist. Es setzt der Wettbewerbslogik der EU deutlich Grenzen. Karlsruhe hat klar die Entwicklungsfähigkeit im Bereich neuer

Dienste und Formate verlangt – allerdings nicht für jede Spielerei, sondern in Bezug auf den Auftrag, den der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu erfüllen hat.

M | Das Gericht hat Alternativen zum gegenwärtigen Gebührenverfahren – zum Beispiel eine mögliche Indexierung – nur angedeutet. Unter welchen Prämissen könnte sich ver.di eine Reform der Rundfunkfinanzierung vorstellen?

WERNEKE | Eine Reform des Rundfunkfinanzierungsverfahrens – das ja nichts mit dem Gebührensystem, also der GEZ-Gebühr, zu tun hat – braucht einen Höchstgrad an sogenannter Staatsferne. Man könnte dies etwa über den reinen Verordnungsweg, den das Gericht für möglich hält, gewährleisten. Diese Alternative hatte ja auch ver.di in der mündlichen Verhandlung mit vorgeschlagen. So eng aber, wie das Gericht jetzt das bisherige Verfahren ausgelegt hat, wurde es für gut befunden. Von der Gebührenempfehlung der KEF können die Parlamente jetzt nur noch abweichen, wenn sie dies auch wirklich nachvollziehbar begründen. Und der Hinweis des Gerichtes, die Einbindung der Parlamente würde die Akzeptanz der Gebührenfestsetzung stärken, ist sehr ernst zu nehmen.

Das Gespräch führte Günter Herkel ■



Hinweise zur Fachtagung

Tagungsort: ver.di Bundesverwaltung, Raum Aida + Othello, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
Anschlussveranstaltung am gleichen Tagungsort
Journalismus – Beruf im Spannungsfeld zwischen Produktivität und Qualität
 Sonnabend, 24. November 2007 von 10.30 bis 16.30 Uhr
Übernachtungsmöglichkeiten / Reisekosten / Verpflegung:
 ver.di übernimmt keine Übernachtungskosten, kann bei Bedarf aber Übernachtungsmöglichkeiten im nahegelegenen IBIS-Hotel organisieren. Die Hotelkosten rechnen Sie bitte direkt mit dem Hotel ab. Reisekosten werden nicht übernommen. Bei Bedarf kann ein Antrag auf Zuschuss zu den Reisekosten gestellt werden. ver.di übernimmt die Verpflegungskosten und lädt zu einem Mittagimbiss ein.
Schriftliche Anmeldung erbeten:
 ver.di Bundesverwaltung – Fachbereich Medien, Kunst und Industrie – z.Hd. Daniela Humpert, 10112 Berlin
 E-Mail: rundfunktagung@verdi-medien.de
 Telefon: (030) 69 56-23 25, Fax: (030) 69 56-36 55
 www.verdi.de – www.rundfunkfreiheit.de

Themenschwerpunkte

10.30 Uhr: Beginn
Begrüßung Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft
 11.00 Uhr: Vortrag und Diskussion
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kleinsteuber, Universität Hamburg über die Zukunft des Dualen Systems, im Multimediazeitalter
 12.30 Uhr: Mittagspause
 13.30 Uhr: Vortrag und Diskussion
Prof. Dr. Dieter Dörr, Universität Mainz über aktuelle Regelungsfragen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: u.a. Rolle der EU, Probleme des Finanzierungssystems auch und gerade nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes
 15.00 Uhr: Vortrag und Diskussion
Jan-Marc Eumann, Vorsitzender SPD-Medienkommission über die Zukunft der Gremien- und Medienaufsicht. Ist die Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen gewährleistet – auch im Kontext der „Gesamtrundfunkveranstaltung“?
 Diskussion mit ver.di-Vertretern aus Gremien der Rundfunk- und Medienaufsicht
 17.00 Uhr: Schlusswort, **Frank Werneke**

BBC beim Balanceakt

Gebührendebatte in Großbritannien – ein Vergleich



Foto: Vera Linß

Wie in Deutschland den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wirft die private Konkurrenz auch in Großbritannien der BBC vor, durch eine allzu expansive Digitalstrategie den Wettbewerb zu verzerren (unser Foto: BBC-Newsroom in London). Der Erfolg der mächtigen BBC sowohl bei den traditionellen Medien Hörfunk und Fernsehen als auch mit neuen Multimedia-Diensten fiel zusammen mit einer Rezession der Werbeeinnahmen, die naturgemäß vor allem die Privaten traf. Als ab 2003 die Debatte um die neuen deutschen Medienstaatsverträgen vergleichbare – Royal Charter begann, sah sich die BBC zu Zugeständnissen gezwungen.

„Wir wollten uns als guter kooperativer Player in der Medienindustrie profilieren, damit im Sinne einer größeren Balance alle eine faire Chance bekommen, und nicht nur die gebührenfinanzierte BBC“, bekennt Matteo Maggiore, BBC-Verantwortlicher für EU-Angelegenheiten und Internationale Politik. So löste zum Jahresbeginn der zwölköpfige BBC Trust das Führungsorgan Board of Governors ab. Der Trust-Vorsitzende – die Mitglieder werden von der Regierung für fünf Jahre ernannt – ist zugleich Vorsitzender der BBC. Das Executive Board sorgt für die praktische Umsetzung der vom Trust vorgegebenen Unternehmensziele.

Auch auf der Insel haben sich die Verhandlungen über die Höhe der Rundfunkgebühr – in Großbritannien heißt sie Licence Fee – mit der Zunahme der innenpolitischen Kontroversen in ein Politikum verwandelt. Dass das Prinzip einer Gebührenfinanzierung vorerst erhalten blieb, verdankt die BBC ausgerechnet der letzten Labour-Regierung unter Tony Blair. Also einer Regierung, die seinerzeit mit dem

Public Broadcaster in heftigem Clinch wegen der Berichterstattung über den Irak-Krieg stand. Trotz starken konservativen Gegenwinds gelang es Medienministerin Tessa Jowell 2005, den Versuch der Tories, die BBC stärker an die staatliche Leine zu legen, abzuwehren.

Zu den „Reform“-vorschlägen der Konservativen gehörte nicht nur der Plan, einen Teil der Gebührengelder auch anderen Sendern zukommen zu lassen. Seit einiger Zeit gibt es in diesen Kreisen Überlegungen, die Gebühren durch Abonnements, Sponsorengelder und Werbung zu ersetzen. Mit der Royal Charter bleibt die Gebührenfinanzierung der BBC mindestens bis zum Jahr 2016 erhalten. Schon jetzt beginnt allerdings – auch da gibt es deutliche Parallelen zu Deutschland – eine Debatte über alternative Finanzierungsmodelle.

■ Freiwillige Selbstbeschränkung

Gänzlich ungeschoren kam die BBC indes nicht davon. Bereits im Herbst 2005 hatte sich die Senderleitung, um Planungssicherheit zu erhalten, für eine regelmäßige Gebührenerhöhung von 2,3 Prozent über der Inflationsrate stark gemacht. Nach Protesten der konservativen Opposition und dem Nationalen Industrieverband revidierte die BBC-Spitze ihren Vorschlag um einen halben Prozentpunkt. Das im Frühjahr dieses Jahres schließlich vom Parlament beschlossene neue, für sieben Jahre gültige Licence-Fee-Agreement lässt nicht nur jede Bindung an die Inflationsrate vermissen. Zugleich wird die BBC dazu verdonnert, die sozialen Kosten der Digitalisierung – den so genannten digital switchover – selbst aus dem Gebührengeld zu tragen. Dazu gehört etwa

die Erstattung der Dekoderkosten für den Empfang digitaler terrestrischer Fernsehens an sozial schwache Haushalte. Jeder Haushalt mit einem TV-Gerät ist verpflichtet die Licence Fee zu erwerben. Sie wird im Auftrag der BBC über einen Dienstleister, die kommerzielle Firma Capita Business Limited, eingeholt und liegt derzeit bei knapp 200 Euro pro Jahr je Haushalt. Das entspricht in etwa der Höhe der deutschen Rundfunkgebühr. Wobei diese Kosten in Großbritannien allein für TV bezahlt werden. Das Radio ist kostenlos empfangbar.

Zum Prinzip der freiwilligen Selbstbeschränkung der BBC gehört auch die Akzeptanz eines „Public Value Tests“ für alle neuen oder stark veränderten Services. Dabei wird jeder Service nach Kriterien wie Reichweite, Qualität und Wirkung auf den Wert abgeklopft, den das neue Angebot für den Gebührenzahler hat. Der erste Test beschäftigte sich mit dem Ende Juli von der BBC präsentierten sogenannten i-Player. Dabei handelt es sich um ein Computer-Programm, das die Zuschauer in die Lage versetzt, einen großen Teil der BBC-Sendungen der vergangenen sieben Tage auf ihrem PC herunter zu laden. Ein Service, der in manchem an die vom ZDF bereits angebotene, von der ARD projektierte „Mediathek“ erinnert.

Der Test dauerte etwa sechs Monate. Er bestand zum einen aus der Überprüfung des Managementvorschlags durch den BBC Trust, zum anderen aus einer Marktanalyse durch das Office of Communications, kurz: Ofcom. Das Ofcom ist seit dem Communications Act 2003 für die bislang zersplitterte Regulierung im Bereich der elektronischen Kommunikation Großbritanniens zuständig. „Wir haben die Aufgabe, sicher zu stellen, dass die BBC nicht allzu sehr im kommerziellen Bereich wildert“, sagt Ofcom-Vorstandsmitglied Ian Hargreaves.

Infolgedessen musste die BBC nach entsprechenden Eingaben der privaten Konkurrenz einige Kompromisse eingehen. Ursprünglich wollte der Sender seinen Zuschauern komplette Serienstaffeln für bis zu 13 Wochen zum Download anbieten. Das Ofcom vertrat die Ansicht, eine so weit gehende Regelung zeitsouveräner Abrufdienste könnte der BBC gegenüber der privaten Konkurrenz erhebliche Wettbewerbsvorteile verschaffen und empfahl, das entsprechende Zeitfenster auf 30 Tage zu begrenzen. Auch musste die BBC starke Abstriche beim Download-Angebot für Spielfilme und Sportsendungen machen. Man darf gespannt sein, ob das britische Modell des „Public Value Tests“ auch bei den kommenden Staatsvertragsverhandlungen in Deutschland Pate stehen wird.

Günter Herkel ■

Blickpunkt Medien

Disput über das Informationsangebot von ver.di im Internet

Zwei Anträge zur Medienfreiheit und Medienpolitik sowie 14 weitere zu ver.di-Medien standen beim Bundeskongress in Leipzig auf der Tagesordnung. Dabei unterstützten die Delegierten die Forderungen des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie nach einer Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und einer Intensivierung der medienpolitischen Diskussion.

Schon in seiner Rede zum Geschäftsbericht hatte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske die Presse- und Meinungsfreiheit angesprochen, als er sich gegen einen „Überwachungsstaat“ aussprach: „Deshalb haben wir unsere ver.di-Kolleginnen und -Kollegen von der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union unterstützt, als sie gegen die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen 17 Journalisten protestierten. Und deshalb haben wir auch die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rundfunkfinanzierung begrüßt. Sie stärkt das Grundrecht der Rundfunkfreiheit und die Rolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.“ In seiner späteren Grundsatzrede kamen allerdings weder Kunst und Medien, noch Freiberufler und Selbstständige vor. Er konzentrierte sich auf Kritik an solchen berufsständischen Verbänden wie dem Marburger Bund der Krankenhausärzte, der Pilotenvereinigung „Cockpit“ oder der GDL der Lokführer, die die Solidarität mit ihren Kollegen aufgekündigt hätten.

Ulrich Möhler aus dem Saarland erläuterte den Antrag des Fachbereichs 8 zur Stärkung der Medienfreiheit. Es gehe um die Regulierung der Medienmärkte, die Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: „Wir müssen feststellen, dass mächtige Verlags-

konzerne multimediale Märkte geschaffen haben, dass inzwischen Netzbetreiber und finanzstarke Investoren zunehmend die Medienmärkte zu beherrschen versuchen. „Unabhängige Programmanbieter werden an den Rand gedrängt.“ Nicht zuletzt durch die Herabsetzung der Gebühreneempfehlung sei es zu Personalabbau und Outsourcing sowie zur Programmverflachung und Boulevardisierung auch in den Rundfunkanstalten gekommen. „Das ist Medienpolitik durch Daumenschrauben an der Finanzierung und der Wettbewerbspolitik. Das können wir uns nicht länger bieten lassen“, sagte Möhler unter dem Beifall der Delegierten, die den Antrag mit großer Mehrheit annahm. Der Fachbereichsantrag zur intensiveren medienpolitischen Debatte in ver.di, durch ver.di und zusammen mit anderen gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Partnern erhielt sogar das einstimmige Ja der tausend Delegierten.

■ Widerspruch zur Publik-Kritik

„Publik“ und der Internet-Auftritt von ver.di waren die wichtigsten Themen der Debatte über die eigenen Medien. In der Mitgliederzeitschrift „Publik“ würden Senioren und Erwerbslose vernachlässigt, fachbereichsübergreifende Themen wie Ladenschluss oder Sozialpolitik nicht in ihrer gewerkschaftlichen Bedeutung dargestellt und die inneren Vorgänge von ver.di zu wenig dokumentiert. Das Format sei auf A 4 zu verkleinern, die Inhalte seien „auf das Wesentliche zu reduzieren“ und „Homestories“ sollten keinen Platz mehr finden, da die Mitglieder dies nicht von ihrer Gewerkschaftszeitung erwarteten, meinten einige Delegierte. Widerspruch



Glückwünsche für Frank Werneke zur Wahl als stellv. ver.di-Vorsitzender

gab es hier von Frank Bsirske: „Wir müssen eine unterhaltsame Zeitung bieten, die, professionell aufbereitet, etwas herüberbringen will. Das Letzte, was wir uns leisten können, ist eine Zeitung, die anödet.“ Die lande gleich im Papierkorb. „Wir wollen kein Amtsblatt, das im Format reduziert ist.“ Nach Beschluss der Delegierten wird sich nun der Bundesvorstand mit der Kritik an Publik beschäftigen.

Beim Blick auf den Internet-Auftritt ver.dis standen sich zwei Grundpositionen gegenüber: eine strenge Beschränkung der Informationen nur für Mitglieder oder ein weitgehend freier Informationszugang für alle Interessierten. Für die Fachgruppe Medien und die dju forderten Kersten Artus, Wulf Beleites (beide Hamburg) und Ulrich Möhler den Antrag abzulehnen und das Angebot von Tarifverträgen und ähnlichen Infos nicht auf Mitglieder zu beschränken, da sich die noch ungebundenen Kolleginnen und Kollegen dann die Informationen bei Konkurrenzverbänden wie dem Deutschen Journalisten-Verband holen und eher dort eintreten würden. Manfred Becker aus dem Fachbereich 9 (Telekommunikation) verwies darauf, dass sein Fachbereich generell für den barrierefreien Zugang im Internet kämpfe und eine Abschottung der ver.di-Seiten die falsche Botschaft sei. Dafür sei der Internet-Auftritt als Werbemittel zu wichtig.

Medien-Fachbereichsleiter Frank Werneke sprach sich für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission aus, die Forderung an den Bundesvorstand weiterzuleiten. „Der Antrag beschreibt genau den Trend, den wir gehen wollen.“ Es gebe aber „Einzelfallentscheidungen“ bei Konkurrenzorganisationen, wo man von dieser Linie abweichen können müsse. Dennoch gelte: „Mitglied sein muss einen Unterschied machen. Das gilt auch für die elektronischen Informationsangebote“ und verwies auf das neue Mitgliedernetz für ehrenamtliche Gewerkschafter. Die Delegierten leiteten den Antrag als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand weiter. **Susanne Stracke-Neumann ■**



Fotos: Christiane Eißler / transit Leipzig

Alle kriminell?

Proteste gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung der Koalition



Foto: Christian von Polenz / Transit

„Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen.“ So lässt sich auf den Punkt bringen, was die Bundesregierung aktuell mit dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung plant. Um Straftaten – also auch terroristische Gefahren – besser bekämpfen zu können, sollen ab dem 1. Januar 2008 sämtliche Kommunikationsdaten aller Bundesbürger für ein halbes Jahr gespeichert werden. Dieses Vorhaben stößt auf breite Ablehnung in der Bevölkerung.

Ende September demonstrierten in Berlin unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ (Foto oben) rund 15.000 Menschen gegen die Vorratsdatenspeicherung. Auch die Journalistenverbände gehören zu den Gegnern des Gesetzes. Sie befürchten einen tiefen Einschnitt in das demokratische Grundrecht der Pressefreiheit. „Wir lehnen diese generelle Überwachung und Speicherung ab, weil diese Daten beispielsweise für Ermittlungen wegen Geheimnisverrats gegen Journalisten benutzt werden können. Wir mussten in letzter Zeit mehrmals die Erfahrung machen, dass Durchsuchungen bei Journalisten und in Redaktionen, dass die Verletzung des Redaktionsgeheimnisses und des Zeugnisverweigerungsrechts von Journalisten leichtfertig als Vehikel zur Erleichterung der Arbeit von Polizei und Staatsanwälten genutzt werden sollten“, so dju-Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen bei der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor. „ver.di fordert von der Bundesregierung ei-

nen sofortigen Verzicht auf neue Gesetzesvorhaben im Bereich der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.“ ver.di wende sich nachdrücklich gegen die Vorratsdatenspeicherung des Telekommunikationsverhaltens der gesamten Bevölkerung, gegen verdeckte Online-Durchsuchungen von Computern sowie die Personenkennzeichnung durch die einheitliche Steuer-Identifikationsnummer.

■ Wer, wann, wie lange mit wem?

„Mit der Vorratsdatenspeicherung wird gespeichert, wer wann wie lange mit wem kommuniziert hat. Beim Handy noch zusätzlich, wo er sich dabei aufgehalten hat und zwar von Millionen Bundesbürgern. Das ist der Punkt, wo wir sagen, das ist unverhältnismäßig. Sind wir denn alle kriminell“, fragt Ricardo Cristof Remmert-Fontes vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, der seit fast zwei Jahren den Protest gegen die Pläne der Bundesregierung sammelt. Mehr als 50 Organisa-

tionen sind inzwischen im Boot, um die Vorratsdatenspeicherung vielleicht doch noch abwenden zu können.

Mit dem Gesetz setzt die Bundesregierung eine EU-Richtlinie in nationales Recht um. Das Ziel besteht darin, die Kommunikationsnetzwerke von Kriminellen offen zu legen – um den Preis, dass jeder Bürger das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verliert, wie die FDP-Politikerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger auf einer Fachtagung zur Vorratsdatenspeicherung am 17. September im Haus der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin kritisierte. Ein Kernpunkt dieser Selbstbestimmung sei, „dass nicht grundlos personenbezogene Daten erfasst werden dürfen. Das passiere jedoch mit der geplanten Vorratsdatenspeicherung.“

■ Keine Anonymität mehr

Einen besonderen Einschnitt würde das Gesetz für die Medien bringen. Investigative Recherchen wären dann nahezu unmöglich, da man potentiellen Quellen keine Anonymität mehr zusichern könnte. Gerät ein Journalist in ein Ermittlungsverfahren, würden seine gesamten Verbindungsdaten – ob per Telefon oder Mail – offen gelegt werden. „Dann werden die Ermittler unter Umständen feststellen, dass ich drei Anrufe von einem Abteilungsleiter im BKA gehabt habe und drei Anrufe von einem Abteilungsleiter in einem anderen Amt. Keiner weiß, ob der Beamte mir ein Geheimnis verraten hat.“ Aber der Kontakt den ich eigentlich mit einem Pressesprecher haben sollte, sei erkennbar, beschreibt Stephan Wels, Leiter der ARD-Sendung „Panorama“ das Szenario. Die Gefahr, dass Informanten zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn sie mit dem ermittelten Fall nichts zu tun haben, dürfte so groß sein, dass sie sich perspektivisch zurückziehen.

Der Journalist Detlef Drewes, der seit 2004 in Brüssel als Korrespondent für verschiedene deutsche Zeitungen arbeitet, hat diese Erfahrung schon gemacht, denn in Belgien gilt bereits die Vorratsdatenspeicherung. Drewes recherchierte dort zu Themen wie Kinderpornographie und Rechtsextremismus – eine investigative Arbeit, die er heute nicht mehr machen kann. „Ich habe, seitdem ich in Brüssel ar-

▶ Verfassungsbeschwerde gegen Vorratsdatenspeicherung

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung bereitet eine Verfassungsbeschwerde gegen die von CDU/CSU und SPD geplante Protokollierung der Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzung. Mehr als 5000 schriftliche Vollmachten liegen den Anwälten bereits vor, Zehntausende unterstützen den Aufruf zu dieser Klage mit ihrer Unterschrift. Sie wird sofort nach Erlass des Gesetzes eingereicht. www.vorratsdatenspeicherung.de

beite, mehrere Informanten in der rechtsextremistischen Partei in Flandern gehabt“, sagt Drewes. „Einer dieser Informanten hat mich regelmäßig über alle Querverbindungen zu rechtsextremistischen Parteien in Deutschland versorgt, was zu einer Reihe von enthüllenden Artikeln geführt hat. Als ich kürzlich mal wieder mit diesem Menschen Kontakt aufnehmen wollte, hat er mich angewiesen, ihn nie wieder anzurufen. Seitdem die Vorratsdatenspeicherung in Kraft sei, wür-

de er mir keine weiteren Informationen mehr geben.“

■ Keine Vertraulichkeit

Tiefgehende Konsequenzen dürfte die Vorratsdatenspeicherung jedoch auch für Berufsgruppen wie Ärzte und Pfarrer oder für solche Nothilfeinrichtungen haben, an die sich Menschen anonym wenden. Auch hier kann keine Vertraulichkeit mehr sichergestellt werden. „Wenn ich

mir vorstelle, dass allein beim Kinderschutzzentrum in Ulm pro Jahr etwa 400 Fälle von sexueller innerfamiliärer Gewalt gemeldet werden, die niemals zur Polizei kommen“, so Drewes, „und wenn ich mich dann frage, wie das mit der Vorratsdatenspeicherung sein wird, die keine Ausnahmen für solche Beratungszentren vorsieht, dann wird mir ziemlich übel. Das geplante Gesetz schlägt eine breite Schneise in alles das, was wir an sozialem Hilfenetz aufgebaut haben.“ Vera Linß ■



Terror wegen Texten im Netz

Journalisten erneut im Visier des Staatsschutzes

angezündet zu haben. Seither sitzen die Beschuldigten unter der Anklage der „Bildung einer terroristischen Organisation“ (Strafrechtsparagraf 129a) in Untersuchungshaft in Berlin-Moabit. Vier weitere Hausdurchsuchungen fanden statt. Dabei wurde der Soziologe Andrej H. festgenommen. Gegen ihn und drei weitere Autoren und Wissenschaftler werden ebenfalls 129a-Verfahren geführt. Kurz nach dieser vierten Festnahme wurden die ersten unglaublichen Details öffentlich.

So sind die Fahnder durch eine Stichwortsuche im Internet auf einen journalistischen Text aus dem Jahr 1998 in der Zeitschrift telegraph gestoßen. Der Autor machte sich in den Augen der Staatsschützer dadurch verdächtig, dass er in einem Text über den Kosovo-Krieg Begriffe verwandt hatte, die auch in Schreiben der „mg“ vorkamen. Neun Worte werden von den Ermittlungsbehörden aufgelistet, darunter Begriffe wie „drakonisch“, „marxistisch-leninistisch“, „politische Praxis“ oder „Reproduktion“.

■ Intellektuell in der Lage

In einem zweiten Schritt überprüfte das Bundeskriminalamt (BKA) die Redaktion der ostdeutschen Zeitschrift telegraph und fand auch bei anderen Autoren einzelne Begriffe oder Themen, die sich in den umfangreichen Texten der „militanten gruppe“ wiederfinden. Andrej H. verwendete etwa den Begriff „Gentrifizierung“ und schrieb über die Friedensbewegung. Einem weiteren Redaktionsmitglied wird zur Last gelegt, in der Tageszeitung junge

welt im Juni 2005 über einen Kongress im Kreuzberger Szenetreff Mehringhof berichtet zu haben. Dabei ging es um die RAF-nahe „Bewegung 2. Juni“. Auch ein Autor der Tageszeitung taz taucht in den Ermittlungsakten auf. Sein Vergehen: Er hatte über die inkriminierte Gruppe berichtet.

Aus einer Recherche in öffentlich zugänglichen Texten entstand so der Vorwurf, die Autoren würden nicht nur journalistische und wissenschaftliche Texte verfassen, sondern seien gar die Urheber der Texte der militanten Gruppe. Dazu, argumentiert das BKA weiter, stünden ihm „als Mitarbeiter eines Forschungszentrums Bibliotheken zur Verfügung, die er unauffällig nutzen kann, um die zur Erstellung der Texte der militanten Gruppe erforderlichen Recherchen durchzuführen“. Die Kriminologen des BKA hoben allen Ernstes hervor, dass der Beschuldigte dazu schließlich auch intellektuell in der Lage sei. „Etablieren sich diese Ermittlungsmethoden“, sagte ein Beschuldigter, „werden Menschen, die viel publizieren und recherchieren, immer zuerst und überproportional häufig ins Visier des BKA geraten“.

Die Betroffenen wollen nun mit Hilfe der Gewerkschaft ver.di und Journalistenverbänden gegen Staatsanwaltschaft und Staatsschutz vorgehen. Es dürfe nicht sein, dass man allein durch die Beschäftigung mit einem Thema ins Visier der Antiterrorfahnder gerate, zumal die Betroffenen über Monate massiv überwacht wurden und Andrej H. gut drei Wochen inhaftiert war. Auch die betroffenen Medien prüfen Schritte gegen die verantwortlichen Behörden. Harald Neuber ■

Grundgesetz Artikel 2: Allgemeine Handlungsfreiheit; Freiheit der Person; Recht auf Leben

Die Verhaftung eines Berliner Soziologen hat in den vergangenen Wochen für Aufsehen gesorgt. Andrej H. war Ende Juli als mutmaßliches Mitglied einer linksextremistischen Organisation mit dem Namen „militante gruppe“ (mg) inhaftiert worden. Dutzende Wissenschaftler aus aller Welt haben seither die Freilassung ihres deutschen Kollegen gefordert, darunter renommierte Forscher wie Richard Sennett, Peter Marcuse und Mike Davis. Anfang Oktober weitete sich der Skandal nun aus. Im Rahmen der Ermittlungen geriet mindestens ein unbeteiligter Journalist ins Visier der Antiterrorfahnder. Gegen die übrigen Angeklagten wurde ein mehr als fragwürdiges Indiz vorgebracht: Sie alle hätten in den vergangenen Jahren in den gleichen Medien und zu den gleichen Themen publiziert.

Die Vorgeschichte: Am 31. Juli waren in Brandenburg drei Terrorverdächtige in einer Blitzaktion festgenommen worden. Axel H., Florian L. und Oliver R. wird der Versuch vorgeworfen, als „mg“-Aktivisten Fahrzeuge der Bundeswehr auf einem Betriebsgelände der MAN AG nahe Berlins

Dem Boulevard hinterher

Frauen und Männer bei der medialen Popularisierung

Die französische Präsidentschaftskandidatin Segolène Royal präsentierte sich im Bikini, die deutsche Frauenrechtlerin Alice Schwarzer wirbt für „Bild“. Geht mit dieser Boulevardisierung ein Verfall des „seriösen“ Journalismus einher oder entstehen neue Chancen politischer Teilhabe? Medienforscher/innen und Journalistinnen diskutierten Ende September in Berlin über Möglichkeiten, dem demokratischen Diskurs in den Medien neue Impulse zu geben.

„Der politische Journalismus rennt dem Boulevard hinterher, damit Politik überhaupt noch einen Platz in der modernen Mediengesellschaft hat“, so Tissy Bruns vom Berliner Tagesspiegel. Politik müsse sich durch die Integrität ihrer Protagonistinnen legitimieren, denn die alte „Lagerzuordnung“ sei „zusammengebrochen“ und Glaubwürdigkeit lasse sich nur noch „an Personen ablesen“. Wie wichtig deshalb die „private Hinterbühne“ von Politiker/innen ist, bestätigt eine Studie zur Politikverdrossenheit von Jugendlichen. Jungen warfen den Volksvertreter/innen Machtmissbrauch vor, Mädchen vermissen Alltagsnähe, referierten die Medienwissenschaftlerinnen Katrin Döveling und Dagmar Hoffmann. Beide Geschlechter wünschten sich von den Politiker/innen mehr Authentizität und „ehrliches Engagement“ für ihre Belange.

Personalisierung, Emotionalisierung und mehr Alltagsnähe in der Themenwahl politischer Berichterstattung können die Distanz zwischen Volk und Regierenden verringern und dazu beitragen, bisher vernachlässigte Bevölkerungsgruppen für gesellschaftspolitische Probleme zu interessieren – ebenso wie eine plakativere Sprache. „Journalismus soll verstehbar sein, um so viele Menschen wie möglich abzuholen“, forderte die „bekennende

Boulevardjournalistin“ Eva Kohlrusch. „Promis, so die „Bunte“-Kolumnistin und Vorsitzende des Journalistinnenbundes, „werden benutzt als Projektionsfläche für eigene Themen“ und bieten Identifikationsmöglichkeiten.

Um die Wählerbindung zu erhöhen, gewähren Politiker/innen Einblicke in ihr Privatleben. Das birgt aber unkalkulierbare Risiken. Ex-Kanzler Gerhard Schröder habe sich – so Bruns – „dem Boulevard ausgeliefert“: Mit Zigarre im Brionianzug punktete er zwar als Staatsmann, wirkte so als Hartz-IV-Reformer aber fragwürdig. Minister Horst Seehofer, der sich als Familienmensch inszenierte, stolperte politisch über eine Geliebte. Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen schirmt ihre Privatsphäre ab und erlaubt nur begrenzte Einblicke (Foto mit Ehemann am Ostseestrand). Dass diese Dosierung für Politikerinnen vorteilhaft ist, belegten Genderforscherinnen wie Liesbet van Zoonen und Margreth Lünenborg. Personalisierung wirke für Politikerinnen eher statusmindernd. So erscheine eine Familie für sie „problematisch“: Sie „leidet“. Der Status eines Politikers werde dagegen durch eine Familie erhöht: Sie „unterstützt“ ihn. Die unterschiedliche Wirkung des gleichen Phänomens hänge mit Geschlechterbezogenen Erwartungen zusammen. Die Akzeptanz von Frauen sei immer noch an ihre „Mütterlichkeit“ geknüpft, so van Zoonen.

Öffentliches und privates Leben verschwimmen im politischen Journalismus. Mit ihrem Slogan „Das Private ist politisch“ erkannte die Frauenbewegung bereits in den siebziger Jahren, wie private Lebensverhältnisse gesellschaftliche Normen und politische Öffentlichkeit prägen und damit auch die Medienberichterstattung beeinflussen. So hat sich zum Bei-



Foto: Mathias Thurm

Merkwürdig!

spiel auch die mediale Einstellung zur Homosexualität von Politikern geändert: „Wird Wowi der 1. schwule Kanzler?“ fragte die vor allem von Männern gelesene Bild im September 2006. Eine mehrdeutige Schlagzeile bekam Angela Merkel mit „Es ist ein Mädchen“ nach ihrer Wahl zur Kanzlerin in der tageszeitung (taz), deren Leserschaft immerhin zur Hälfte weiblich ist. Das sei der „erfolgreichste Titel“, erklärte Redakteurin Ulrike Herrmann, die den Weg der Boulevardisierung des linksalternativen Blattes nachzeichnete.

Die politische Realität wird – nicht zuletzt durch die Globalisierung – unübersichtlicher und die Medienberichterstattung vieldeutiger. Politische Fronten verschwimmen, wenn die Feministin Schwarzer für die von ihr einst heftig kritisierte Bild-Zeitung posiert. Geschlechterrollen von Politikerinnen werden vielfältiger, wenn Segolène Royal in Frankreich ihre Weiblichkeit inszeniert, Hillary Clinton sich in den USA aber „aseptisch als Mainstream-Politikerin“ präsentiert. Die Genrevermischung z.B. im Polit-Talk löst die konstruierten Gegensätze zwischen männlich besetzter Information und weiblich konnotierter Unterhaltung auf.

Die mediale Popularisierung von Politik wirkt ambivalent: Sie öffnet die Medien für neue Akteure und Akteurinnen aus der Zivilgesellschaft, für alltagsnähere Themen und plakativere Vermittlungsformen. Doch diese Boulevardisierung wurde nicht nur politisch durch die Frauenbewegung vorangetrieben, sondern auch durch ökonomische Interessen privater Fernsehanbieter und das hat nach Ansicht der Salzburger Professorin Elisabeth Klaus auch negative Folgen: „Lifestyle statt politischer Debatte“ und „Vermarktung statt Ermächtigung“.

Bärbel Röben ■

▶ Vorträge als Sammelband

Die Tagung „Politik auf dem Boulevard? – Die Rolle von Männern und Frauen bei der Popularisierung von Politik durch die Medien“ wurde von der Fachgruppe Medien, Öffentlichkeit und Geschlecht der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) in Kooperation mit der Freien Universität Berlin veranstaltet. Organisatorin Margreth Lünenborg will 2008 eine Auswahl der 15 Vorträge in einem Sammelband veröffentlichen. www.dgpk.de

Mit den Augen der Anderen

Deutsch-polnische Journalistinnen auf Recherchetour

Je eine deutsche und eine polnische Journalistin haben beim Tandemprojekt „Blicke über die Oder – Rzut oka za Odre“ des Journalistinnenbundes gemeinsam recherchiert und publiziert. Entstanden ist ein grenzüberschreitendes Netzwerk.

„Ulrike Meitzner hat gepackt wie der Deutsche bei Thomas Mann: Unter dem Schein der Ordnung eines marineblauen Rucksacks verbirgt sich das Chaos, der logistische Reinfall. Der untere Teil des Rucksacks hängt schlaff herunter, während sich der mittlere Teil ausbeult vor Dutzenden von Kleidchen (von den gerade hippen Designerinnen aus Berlins Mini-Schneidereien), er fließt über vor Unterhosen, Socken und flachen Schühchen, die sie Ballerinas nennt.“ So beginnt das Tagebuch der polnischen Journalistin Natalia Gańko über die gemeinsame Reise mit Ulrike Meitzner nach Polen. Ulrike ist 33 Jahre alt und noch nie zuvor in der Heimat ihrer Oma, Tanten und Mutter gewesen. 1945 mussten die Frauen der Familie das Gut bei Bromberg, heute Bydgoszcz verlassen und kamen in das Lager von Potulice, ein ehemaliges KZ, in dem zuvor Polinnen und Polen interniert waren.

Auf dem alten deutschen Friedhof von Wlen



Foto: Katrin Lechler

Ulrike und Natalia kannten sich bis dahin nicht. Als Stipendiatinnen des deutsch-polnischen Journalistinnen-Projekts „Blicke über die Oder – Rzut oka za Odre“ wurden sie ein Tandem, das zunächst nur eins verband: Das Interesse für die Vertreibungen und Schicksale von Deutschen und Polen in der Nachkriegszeit. Sie stürzten sich in ihre Themen unter der Auflage, gemeinsam zu recherchieren und zu publizieren – und zwar zu einer frei gewählten Fragestellung und unter Wahrung einer geschlechtergerechten Perspektive. Außerdem sollten die Tandempartnerinnen ihre Zusammenarbeit dokumentieren.

Die Recherche nach innen und nach außen war für alle Beteiligten neu: „Ich habe zum ersten Mal eine Deutsche von nahem gesehen und gemerkt, dass ich durch Filme und Literatur voller Stereotypen über Deutsche bin“, erzählt Natalia Gańko. Leicht amüsiert stellte die 32-Jährige fest, dass sie viel besser als ihre deutsche Kollegin für die Reise gepackt hatte. Mit der gleichen Spannung beobachtete Ulrike Meitzner die Polin: „Wird es uns gelingen, eine universal-menschliche Perspektive einzunehmen?“ Schließlich ist die deutsch-polnische Geschichte des 20. Jahrhunderts eine nach wie vor unverheilte Wunde. Beispiel dafür ist der deutsch-polnische Verein für Versöhnung in der ehemaligen Lagerstadt Potulice. Er brach in diesem Jahr auseinander, weil jede Gruppe das alleinige Recht auf Leiden für sich beanspruchte.

Schüsse in den Hinterkopf, ertränkte Kinder und Vergewaltigungen – um die Erzählungen ihrer Gesprächspartner und -partnerinnen zu verarbeiten, entwickelten die Journalistinnen ihre eigene Sprache: sie schützten sich selbst mit sarkastischen, nur für sie verständlichen Sprüchen auf Englisch. Aus dem Zufallspaar ist ein Rechercheteam geworden. Ulrike hilft Natalia, die Briefe von deutschen Vertriebenen zu entschlüsseln, die eine Nachbarin auf ihrem Dachboden gefunden hat. Natalia hat Ulrike, die kein Wort Polnisch kann, auf ihrer Reise nach Potulice unterstützt und deren Besuch zu einer Reportage verarbeitet. Noch in diesem Jahr wollen sie das Thema Vertreibung um ein

„Blicke über die Oder“

Das Projekt wurde vom Journalistinnenbund durchgeführt und von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit gefördert, Kooperationspartnerin war die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Informationen: www.journalistinnen.de

Land erweitern und in die Ukraine reisen.

Nicht immer war die Zusammenarbeit der fünf deutsch-polnischen Tandempaare so inspirierend wie bei Ulrike Meitzner und Natalia Gańko. Missverständnisse waren an der Tagesordnung – trotz guter Sprachkenntnisse. Erschwert wurde die inhaltliche Arbeit auch durch unterschiedliche Arbeitsmethoden und mitunter ein anderes journalistisches Selbstverständnis.

Was alle deutsch-polnischen Tandems gelernt haben, ist ein differenzierterer Blick auf das Nachbarland. „Es gibt Menschen, die wirklich keine Perspektive haben“, ist Nicola Schuldt-Baumgardt klar geworden, als sie sich mit Agnieszka Hreczuk auf die Suche nach Unternehmerinnen in im ländlichen Raum machte. Beata Bielecka wiederum hat Erkenntnisse über ihr eigenes Land gewonnen. Sie hat sich mit Margarete Wohlan mit der Frage beschäftigt, ob Geburtsprämien, Mutterschaftsurlaub und Erziehungsgeld tatsächlich eine Auswirkung auf den Kinderwunsch haben. Nicht nur die materielle Situation entscheidet über den Kinderwunsch: Die neuen Reisemöglichkeiten und ein größeres Verantwortungsgefühl seien ebenso wichtige Faktoren geworden, meinen beide Journalistinnen.

Wie sinnvoll eine enge Zusammenarbeit zwischen Kollegen und Kolleginnen angrenzender Länder sein kann, zeigt das Abschlussseminar des Tandem-Projekts im September. Auf Vorschlag einer Stipendiatin fand es im niederschlesischen Wleń statt. Die Unterkunft war ein Herrenhaus mit Schlossruine, das ein Flame gekauft und renoviert hatte. Er steht beispielhaft für das erwachende Interesse an einer Kulturlandschaft, die wie keine andere in Europa vor Schlössern und Herrenhäusern nur so strotzt. Vor der berausenden Kulisse des Riesengebirges wurden die entstandenen Filme, Hörfunk- und Printbeiträge lebhaft diskutiert und Ideen für weitere Projekte und Publikationen entwickelt.

Und noch eines haben die Stipendiatinnen aus der Tandemarbeit mitgenommen: Sie fühlen sich sicherer in der Sprache der Kollegin oder haben sich fest vorgenommen, Deutsch oder Polnisch zu lernen.

Katrin Lechler ■

Das Publikum ernster nehmen

In einer Spiralbewegung wird gute von schlechter Publizistik verdrängt

Das Verhältnis von Medien und Publikum sowie Formen der Publikumsbeteiligung standen im Zentrum des vierten Herbstforums der „Initiative Qualität im Journalismus“ am 8. Oktober in Berlin

Gibt es eine „Qualitätspartnerschaft“ zwischen Medien und Publikum? Stephan Ruß-Mohl, Kommunikationswissenschaftler am European Journalism Observatory in Lugano, sieht das Verhältnis eher skeptisch. „Das Publikum traue den Medienschaffenden immer weniger über den Weg“, so Ruß-Mohl. Die Zahlungsbereitschaft für bestimmte Produkte des Qualitätsjournalismus schwinde. Für diese Misere seien die Journalisten teilweise selbst schuld: Sie grenzten sich zu wenig ab von mangelnder Qualität in der Branche, hätten der „Gratismentalität“ wenig entgegen zu setzen. Geiz sei aber alles andere als „geil“. Ergebnis: Der Qualitätswettbewerb funktioniere nur schlecht, in einer Spiralbewegung werde gute von schlechter Publizistik verdrängt. Schlussfolgerung des Wissenschaftlers: Journalisten sollten ihr Verhältnis zu den Adressaten ihrer Arbeit überdenken, das Publikum ernster nehmen.



Dr. Barbara Thomaß

Ansätze dazu sind neuerdings reichlich vorhanden, speziell in den verschiedenen Modellen des „Bürgerjournalismus“. Die Möglichkeiten und Grenzen einer gezielter Einbindung von Leserinnen und Lesern in die Medienproduktion werden freilich durchaus kontrovers beurteilt. Für Nicolaus Fest, stellvertretender Bild-Chefredakteur, werden „Leserreporter“ den Journalismus „dramatisch verändern“. Egal, wer ein Foto für Bild schieße, entscheidend sei die Qualität. Leserreporter

könnten künftig gerade in Krisengebieten eine wichtige Quelle sein, weil die Profis vor Ort „embedded“ auftreten oder anderen Restriktionen unterliegen würden. Medienanwalt Christian Schertz widersprach. Bild fordere seine fotohandybewaffneten Leser ja nicht auf, Missstände etwa in Tschetschenien zu dokumentieren. Tatsächlich gehe es wie eh und je darum, durch Abschließen von Promis die „Schadenfreude und Sensationsgier des Publikums zu befriedigen, jetzt auch unter Einbeziehung des Publikums“. Dies erzeuge eine Art von massenhafter „Blockwart-Mentalität“. Dpa-Chefredakteur Wilm Herlyn forderte die Einhaltung berufsethischer Standards auch von Laienfotografen. So untersage dpa etwa Frontalfotos von Trauernden bei Begräbnissen.

■ Mehr Mut zum Experiment

Barbara Thomaß, Kommunikationswissenschaftlerin an der Ruhr-Uni Bochum, sah Chancen für eine Bereicherung von Lokalmedien durch engagierte Laienpublizisten. Es müssten jedoch adäquate Verarbeitungsformen gefunden werden, damit solche Beiträge professionellen Standards genügen. Heiterkeit erntet Bild-Mann Fest, als er die branchenweit kritisierten gefakten Presseausweise für Leserreporter mit dem Hinweis auf ähnliche Aktivitäten „einiger Schülerzeitungen“ verteidigte. Michael Maier vom Berliner Online-Vorzeigeprojekt „Readers Edition“ erwartet von Bürgerjournalisten vor allem Nachrichten und Geschichten jenseits des publizistischen Mainstreams, etwa zu ökologischen Themen. Zugleich diagnostizierte er einen wachsenden Vertrauensverlust in die etablierten Medien. „Die junge Generation vertraut mehr ihrer eigenen peer group“. Medien-Online-Journalist Matthias Spielkamp verortet den spannendsten Bürgerjournalismus in Weblogs. Wie in den etablierten Medien gebe es auch hier Licht und Schatten, gelegentlich aber höchste Qualität.

Wie erwirbt man Medienkompetenz? Was sind kompetente Medien? Angesichts einer im digitalen Zeitalter schier unüberschaubaren Informationsflut, so konstatierte der Münsteraner Kommunikations-



Prof. Dr. Stephan Ruß-Mohl, European Journalism Observatory, Lugano

wissenschaftler Christoph Neuberger, könne es keine flächendeckende Medien- und Informationskompetenz mehr geben. Umso wichtiger sei dafür eine hohe „Selektionskompetenz“. Im Internet könne zwar jeder zum Kommunikator werden. „Aber nicht jeder wird dadurch gleich zum Journalist. Jochen Wegner, Chefredakteur „Focus Online“ berichtete, die in seinem Blatt eingerichtete Kommentarfunktion werden monatlich von bis zu 60.000 Lesern genutzt. Die gleichfalls eingerichtete Video-Foto-Plattform habe dagegen nur „mittelmäßigen Erfolg“ erzielt: Es kamen keine Scoops, aber immerhin „die großartigste Urlaubs-Fotografie, auf Top-Niveau“. Das User-Netz funktioniere als nützliche „Feedback-Plattform“. Für Julius Endert, Chefredakteur von „handelsblatt.com“, ist der Erwerb und die Vermittlung von Medienkompetenz ein Prozess auf Gegenseitigkeit zwischen Blatt und Lesern. Er plädierte für „mehr Mut zum Experiment“ bei der Einbindung des Publikums, per Video, Audio und Spiele. Lokal-TV-Veranstalter Andre Zalbertus vom Kölner center.tv vermeldete nicht ohne Selbstironie die Abbildung von „102 der insgesamt 105 Kölner Karnevalsvereine“ im Programm. Für Julitta Münch, WDR-Moderatorin von „Hallo, Ü-Wagen“ offenbart das aus Normalbürgern zusammengesetzte Live-Publikum ihrer Sendung eine „erstaunlich hohe Kompetenz“, wenn man es denn ernst nimmt. Eine Potenz, die es zu nutzen gelte.

Ein weiteres Panel drehte sich um die unterschiedlichen Spielarten des „Bewerbdemanagement“, also die Verarbeitung von Publikumskritik durch Presse, Ombudsmänner und Rundfunkräte. Gemeinsamer Nenner der Diskutanten: wünschenswert wäre ein „prophylaktischer“ Umgang mit Kritik, eine Art vorbeugende Qualitätssicherung. Wie jeder Markenartikelhersteller müssten auch die Medienproduzenten Kritik an ihrem Produkt sehr ernst nehmen, forderte Ernst Elitz, Intendant des „Deutschlandradio“. Wo dies versäumt werde, „verliert die Marke ihren Charakter“.

Günter Herkel ■

Perspektiven und Visionen

Beratung in Berlin-Wannsee über die zukünftige dju-Tarifpolitik

Über die zukünftige Tarifpolitik der Deutschen Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) in ver.di berieten Anfang September freie Journalisten und Redakteure aus der dju-Tarifkommission in Berlin-Wannsee. Neben dem Focus auf die kommende Tarifrunde 2008 in Verlagen und Redaktionen, die möglicherweise auch den Manteltarifvertrag berührt, waren vor allem Visionen für eine offensive und nachhaltige Strategie gefragt.

Ausgehend vom Ist-Zustand, der geprägt ist durch zu viele Verlage ohne Tarifbindung, von Umstrukturierungen, die mit Outsourcing und Leiharbeit ebenso einhergehen wie mit einer Umwandlung zahlreicher Berufsbilder sowie durch einen zu geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Unternehmen, gelang es in der Konferenz durchaus den Blick nach vorn zu richten. Dabei wurde sehr intensiv über eine Initiative für eine gerechtere Entlohnung diskutiert. Neue Formen der Entgeltsystematik, die „Junge“ und „Alte“ gleichermaßen einbeziehen, wurden angedacht und kontrovers diskutiert. Weiterbildung/Qualifizierung und journalistische Verantwortung sollten in Verhand-

lungen und Verträgen einen höheren Stellenwert erhalten. Es gilt, die Freien bzw. ihre Arbeitsbedingungen viel konkreter und umfassender einzubeziehen. Ein Votum gab es für gemeinsame Tarifverträge von Angestellten und Redakteuren in Verlagen – dort wo möglich. Viel diskutiert: Sind Haustarifverträge immer ein Contra zum Flächentarif, untergraben sie ihn oder dienen sie im Zweifel der Stärkung desselben? Ziel ist natürlich, die Inhalte des „Mantels“ zu verteidigen und das Einkommensniveau abzusichern!

Können wir einfach so im alten Stiefel weitermachen? Das war schon eine grundlegende Frage, die überwiegend mit Nein beantwortet wurde. Dafür notwendig ist jedoch, sich auf die eigene, durchaus vorhandene Stärke zu besinnen. Die Aufzählung dieser Stärken war dann auch gar nicht so schwierig: So hat die dju in zahlreichen Redaktionen nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Mitglieder in den Betriebsräten eine akzeptable Meinungsmacht. Sie verfügt über sehr viel Kompetenz in berufs- und tarifpolitischen Fragen, ist unbequem für die Arbeitgeber, verlässlich und glaubwürdig für die Kollegen. Und sie hat

mit ver.di im Rücken nicht nur gefüllte Streikkassen, sondern auch die organisatorische Power, Tarifaueinandersetzungen zu initiieren und durchzustehen. Solidarität wirklich leben kann man in ver.di, in der alle Berufsgruppen der Medienbranche vereint sind. Das gehört ebenfalls zu den Alleinstellungsmerkmalen der dju im Verbund der millionenstarken Dienstleistungsgewerkschaft, die vielfältig an der gesellschaftlichen Gestaltung teilnimmt. Mit diesen Stärken im Gepäck sollte es künftig gelingen, noch mehr Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren, sich mit der dju gemeinsam für die ureigensten Interessen einzusetzen. Dabei geht es um bessere Arbeitsbedingungen für einen Qualitätsjournalismus, der diesen Namen wieder in allen Bereichen verdient. Arbeiten bis zum Umfallen oder den Wertverlust der Arbeit, weil über Leiharbeit gleiche Arbeit für einen Dumpinglohn entrichtet wird, kann nicht der Maßstab sein!

Das heißt auch: Die dju muss – ausgestattet mit diesem Bewusstsein – wieder mehr Gesicht zeigen in den Unternehmen und darüber hinaus! Es gilt das Profil zu schärfen über eine gute Öffentlichkeitsarbeit und eine gute Tarifpolitik. Jeder einzelne dju-ler ist da gefragt, kann aktiv Gespräche führen. Die Teilnehmer der Klausur sind jedenfalls mit vielen konkreten Vorhaben wie der Wiederbelebung von dju-Treffpunkten, Patenschaften für Volontäre oder der Gründung von ver.di-Betriebsgruppen an ihre Arbeitsplätze zurückgefahren. Eine Arbeitsgruppe wird sich noch in diesem Jahr mit der Weiterentwicklung tarifpolitischer Konzepte beschäftigen. **Karin Wenk ■**

Anzeige

„Zweiter Korb“ vom Bundesrat gebilligt

Urheberrechtsgesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft

Der Bundesrat hat am 21. September dem „Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ zugestimmt (siehe M 8–9/2007). Damit kann der sogenannte „Zweite Korb“ voraussichtlich zum 1. Januar 2008 in Kraft treten.

Im Zuge der vierjährigen Auseinandersetzung um die Urheberrechtsnovelle konnten die Kreativen das Schlimmste bei der Neugestaltung der Kopiergerätevergütung verhindern – nicht zuletzt durch den stetigen Einsatz von ver.di und der dort organisierten Urheber. So wurde die geplante „Bagatellklausel“ gestrichen, die Vergütungsansprüche für alle Geräte ausschließen sollte, die unter zehn Prozent für urheberrechtlich relevante Vervielfältigungen genutzt werden. Auch die Beschränkung der Vergütungshöhe auf maximal fünf Prozent des Gerätepreises entfiel wieder.

Allerdings steht im Urheberrechtsgesetz (UrhG) nun, dass die Urhebervergütung „in einem wirtschaftlich angemessenen Verhältnis zum Preisniveau des Geräts

oder des Speichermediums stehen“ muss. Bei stetigem Preisverfall der Geräte führt dies effektiv zu einer schleichenden Entzweiung der Kreativen. Außerdem werden die Pauschalvergütungen nicht mehr vom Gesetzgeber festgelegt, sondern sollen künftig zwischen Geräteherstellern und Verwertungsgesellschaften verhandelt und vereinbart werden. Der im Gesetzgebungsverfahren unterlegene Verband der Geräteindustrie BITKOM hat an Tag des Bundesratsbeschlusses erneut die „Maximalforderungen“ der Verwertungsgesellschaften abgelehnt und verkündet, „in den kommenden Verhandlungen müssen wir dringend realistischere Tarife finden“. Erst im August hatten die PC-Importeure einen Einigungsvorschlag der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt über eine Vergütung von 15 Euro pro PC für die Vervielfältigung audiovisueller Werke zurückgewiesen und eine Klage durch alle Instanzen angekündigt. Beim Bundesgerichtshof stehen bereits höchstrichterliche Entscheidungen über Kopiervergütungen für PCs, Drucker und Multifunktionsge-

räte an. Dabei geht es allein für die Vergangenheit um eine dreistellige Millio-nensumme.

Mit der Urheberrechtsreform wird gleichzeitig die Schutzvorschrift des §31 Abs. 4 UrhG gestrichen. Sie hat bisher verhindert, dass Urheber zu einem Buyout auch für solche Nutzungen ihrer Werke gezwungen werden konnten, die bei Vertragsabschluss noch gar nicht bekannt oder gebräuchlich waren – wie vor 1995 das Internet. Diese Verschlechterung der Verhandlungsposition für die Kreativen soll sogar rückwirkend ab 1966 gelten. Zwar gibt es ein Widerrufsrecht, doch ob dies in der Praxis greift, ist fraglich. Außerdem hat man dieses Recht den Filmurhebern vorenthalten.

Wie der Bundestag hat auch der Bundesrat einen baldigen Dritten Korb der Urheberrechtsreform gefordert. Hier soll es insbesondere um die Kabelweitersendung – ein wichtiger Punkt für die Urheber beim Rundfunk – und das Urheberrecht im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Bildung gehen. lii ■

„Sie packen's nicht“

Blick auf den regionalen Finanz- und Wirtschaftsjournalismus

Mit interessanten Ergebnissen wartet die gerade erschienene Untersuchung „Wirtschafts- und Finanzjournalismus in Deutschland“ des Instituts für Verbraucherjournalismus (IfV) an der Hochschule Calw und Professor Michael Haller vom Lehrstuhl für Journalismus der Universität Leipzig auf. Erstmals sollte erkundet werden, was Leser vom Wirtschafts- und Finanzteil ihrer Regionalzeitung erwarten und wie diese Erwartungen erfüllt werden. Finanziert wurde die Untersuchung von der Gothaer Versicherung.

Die Commerzbank rechnet fürs nächste Jahr wegen des „volatileren Umfelds mit einem Anstieg der Risikovorsorge auf bis zu 700 Millionen Euro“. Alles klar? Der

Satz stammt aus einem dpa-Artikel in einer Regionalzeitung. Weder wird erklärt, was ein volatileres Umfeld sein mag, noch geht aus dem Text hervor, warum den geeigneten Leser dies interessieren könnte. Es war halt irgendwo Pressekonferenz, von der wird berichtet und zwar aus Sicht des Unternehmens. Ein Beispiel von vielen, wie die jüngste Studie belegt.

Schon vorherige Untersuchungen zeigten: Knapp die Hälfte der männlichen und rund ein Drittel der weiblichen Berufstätigen wollen sich täglich über Vorgänge aus der Wirtschafts- und Finanzwelt informieren, die allermeisten nutzen dazu die regionale Tageszeitung. Sie ist weiterhin (oder noch) die wichtigste und

➤ Bezug der Studie

Institut für Verbraucherjournalistik,
Badstraße 27, 75365 Calw

glaubwürdigste Informationsquelle. Von ihr wird erwartet, dass sie unabhängig und zuverlässig berichtet, Orientierung bietet, Hintergründe erklärt und einordnet.

Soweit die Erwartung. „Aber ein bis zwei Drittel – je nach Fragestellung – äußern sich skeptisch zum Informationsgewinn, den sie aus der Lektüre ihrer Zeitung ziehen“, sagt Haller. Woher mag das kommen? Um die Praxis zu ergründen,

nahm das Team um Haller die Berichterstattung zu Finanz- und Wirtschaftsthemen unter die Lupe, analysierte die Aus- und Fortbildungssituation und befragte die Chefs der Wirtschaftsressorts von 50 repräsentativ ausgewählten Regionalzeitungen (mit Vollredaktionen).

Zunächst fehlt Kompetenz. In jeder dritten Redaktion sitzt kein fachlich ausgebildeter Redakteur. In den anderen haben meist die Ressortleiter ein wirtschaftliches Studium oder eine entsprechende Ausbildung absolviert. Weiterbildungsangebote, die es nach Aussagen der Redaktionen gibt, werden nicht angenommen. Dass Kompetenz fehlt, ist den Ressortleitern übrigens bewusst. Gerne würden die meisten sofort einen fachkompetenten Redakteur einstellen – wenn sie das Geld dafür hätten.

Hier liegt ein weiteres Kernproblem: Die Wirtschafts- und Finanzressorts sind noch schwächer besetzt als andere, im Schnitt betreut ein Redakteur eine Seite. Seit 2001 wurde hier 15 Prozent des Personals eingespart, das zu bewältigende Volumen blieb jedoch gleich oder erhöhte sich, weil viele dieser Ressorts inzwischen

auch Beilagen und Serviceteile liefern müssen.

Noch ein Problem: Fachjargon. „Wer zu viele Fachwörter gebraucht, ist aber nicht an seinem Leser interessiert. Er will sich vielmehr mit den Fachleuten gemein machen“, schlussfolgert Haller. Allerdings scheint eine Reihe von Ressortchefs auch nicht die Notwendigkeit zu sehen, die Themen allgemein verständlich aufzubereiten. Denn auf die Frage, für wen sie denn schrieben, gab es überraschende Antworten. Haller: „Überwiegend herrscht die Meinung, man mache den Finanz- und Wirtschaftsteil für Akteure und Betroffene von Wirtschaftsprozessen.“ Wobei unter „Betroffene“ nicht die breite Masse der Leser verstanden wird. „Nach unserem Verständnis und der Erwartung der Leser müssten die Redaktionen doch versuchen, ihre Themen für möglichst alle Leser interessant aufzubereiten“, meint Haller. Er vermutet, dass so manchem Ressortleiter dies durchaus bewusst sei. „Aber sie wissen, dass sie es nicht packen.“

Zu der teils unverständlichen Sprache kommt das Selbstverständnis vieler Redaktionen. Sie meinen noch immer, der Chro-

nistenpflicht genüge tun zu müssen. Anstatt eigene Themen zu setzen, wird die Perspektive der Veranstalter übernommen. Die des Lesers bleibt außen vor. Diese Auffassung von Zeitungsmachen aus den 50er und 60er Jahren ist für Haller nicht mehr zeitgemäß. Er verweist auf die heutige geänderte Mediennutzung: Im Durchschnitt nutze ein Erwachsener vier Medien am Tag (Radio, Fernsehen, Tageszeitung, Internet). „Die News bekommt er also sowieso, dafür benötigt er nicht mehr die Tageszeitung.“ Zeitungsmacher müssten sich da „nicht wundern, dass sie jährlich zwei bis vier Prozent Reichweite verlieren.“

Um die – auch in den Ressorts – erkannten Kompetenzschwächen rät Haller den Tageszeitungen, entsprechend ausgebildete Journalisten einzukaufen: „Auch freie Mitarbeiter.“ Und Wirtschaftsjournalisten müssten sich viel stärker überlegen, wie sie eigene Themen finden und umsetzen. Denn im Ressort Wirtschaft und Finanzen stecken Chancen für die Regionalzeitungen. Haller: „Ihnen bietet sich hier die Möglichkeit, sich bei einem wichtigen Teil ihrer Leserschaft unentbehrlich zu machen.“ *Gesa von Leesen* ■

Anzeige

Ins Gerede gekommen

Synchronbranche im Umbruch: Preiskrieg und Honorardumping

Weil deutsche Kinobesucher und TV-Zuschauer keine Untertitel mögen, haben hiesige Synchronfirmen im Laufe der Jahrzehnte einen enormen Qualitätsstandard entwickelt. Derzeit steckt die Branche allerdings in einem Umbruch: Weil gerade die Fernsehsender an allen Ecken und Enden sparen, ist es unter den Synchronproduzenten zum Preiskrieg gekommen.

Synchronisation, hat ein Hollywood-Regisseur angeblich mal gesagt, „ist die Rache der Deutschen an den Alliierten“. Tatsächlich gibt es kaum ein Land in der Welt, das Importe für Kino und Fernsehen so hartnäckig und konsequent ins Deutsche überträgt. Wie hoch Qualitätsniveau heutzutage ist, zeigt sich, wenn man sich beispielsweise große Western aus den Fünfzigerjahren anhört: John Wayne reitet durch

die Weite des Monument Valley, doch die Dialoge klingen, als befände er sich in einer Besenkammer. Die Feinheiten einer guten Synchronisation sind für den Laien mittlerweile kaum vernehmbar. Natürlich würde es Filmfreunden sofort auffallen, wenn Robert Redford nicht mehr mit der Stimme von Rolf Schult sprechen oder ein anderer als Christian Brückner seine Stimme Robert DeNiro leihen würde. Ansonsten aber muss man schon Experte sein, um Unterschiede wahrzunehmen.

■ „Hauptsache Deutsch“

Das allerdings ändert sich gerade. Die Kosten für eine Synchronisation sind in den letzten fünf Jahren um bis zu 25 Prozent gefallen. Um überhaupt noch profitabel arbeiten zu können, wird an den Pro-

duktionsbedingungen und am Personal gespart. Dass dies auf Dauer nicht ohne Folgen für die Qualität bleiben kann, steht außer Frage. Jeder weiß, dass die Qualität einer „Synchro“ letztlich darunter leidet. Sorgen wiederum bereitet dies offenbar nur den Produzenten. Auf Seiten der Auftraggeber, etwa der Fernsehsender, sieht man keinen Handlungsbedarf. Die Frage, ob eine aufwändigere Synchronisierung auch nur einen Zuschauer mehr bringe, wird im Sinne der Sparsamkeit beantwortet. In Kreisen der Synchronschauspieler kursiert ein von den Sendern energisch demontierter Ausspruch, mit dem ein Synchronvertreter angeblich die Qualitätsdiskussion rund um eine TV-Serie beendet hat: „Hauptsache Deutsch“.

Einer der prominentesten Kritiker dieser Entwicklung ist Axel Malzacher,

► Buchrezension: Zwischen Leidenschaft und Lohnarbeit. ... Film und Fernsehen

Der Preis des „wilden“ Lebens



**Kira Marrs:
Zwischen
Leidenschaft und
Lohnarbeit.**

Ein arbeitssoziologischer Blick hinter die Kulissen von Film und Fernsehen.

**Edition Sigma,
Berlin 2007.**

**ISBN
978-3-89404-549-4,
204 Seiten,
16,90 Euro.**

Die Medienwirtschaft gilt als Prototyp einer künftigen Erwerbswelt. Projekte statt betriebsförmiger Organisation, „freie“ Mitarbeit statt fester Stellen, Identifikation statt einseitiger Orientierung am Verdienst: Mit solchen Stichworten charakterisieren Wissenschaftler ein Berufsfeld, das in jüngster Zeit in den Blick der Forschung gerückt ist. Der Begriff „Medien“ fasst dabei eine vielfältige Mischung zusammen, die von der Druckindustrie über Verlage, Sender oder Internetfirmen bis zur Werbebranche reicht.

Die besondere öffentliche Aufmerksamkeit gilt Film und Fernsehen. Hinter den Scheinwerfern, die Stars und Sternchen effektiv beleuchten, bleiben die wenig glamourösen Arbeitsbedingungen der „Medienproletarier“ weitgehend im Dunkeln. Kira Marrs schaut soziologisch hinter die glänzenden Kulissen. Ihre empirische Basis bilden rund 30 mehrstündige Interviews, die sie zum Beispiel mit Requisiteurinnen, Aufnahmeleitern, Kameraleuten, Tontechnikern oder Cutterinnen geführt hat. Marrs Studie basiert auf einem Verbundprojekt zur Dienstleistungsarbeit, zu dem das Münchner Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) eine Analyse der „Audiovisuellen Dienstleistungen“ beisteuerte. Wie funktionieren Leistungssteuerung und Kontrolle jenseits der Norm? Die Autorin diagnostiziert Fremdbestimmung, hohe Belastungen und erhebliche Unsicherheit. Das passt nicht zu den gängigen Vorstellungen von „moderner“ Netzwerkökonomie – und auch nicht zur Selbstdefinition der Betroffenen. In den Interviews sprechen sie davon, dass sie mit Herzblut und Leidenschaft dabei sind, ihr Hobby zum Beruf machen konnten, ihren Job lieben. „Das ist wie Schokolade essen, du kannst nicht aufhören“, sagt ein Maskenbildner.

Bittere Schokolade aus der nüchternen Perspektive der Wissenschaftlerin: Marrs konstatiert Willkür, überlange Arbeitszeiten und eine „vorindustrielle“ persönliche Kontrolle – wenn etwa Drehtage erst nach 14 Stunden zu Ende gehen, weil das Wetter „am Set“ nicht mitspielt oder der Regisseur schlechte Laune hat. Ein Kameraassistent vergleicht die autoritären Strukturen des Filmgeschäfts „mit der Bundeswehr“, ein Produzent stellt fest: „Da wird nicht diskutiert. Widerspruch heißt einfach einen anderen Job machen.“ Individuelle Fehler können schwer wiegende Folgen haben: „Fehlt auch nur ein Detail wie eine Haarnadel, um das ständig aufgehende Fenster zu schließen, oder die im Drehbuch vorgeschriebenen grünen Kontaktlinsen für den blauäugigen Schauspieler, kann unter Umständen die Arbeit von Hunderten von Personen zum Stillstand gebracht werden.“

Das Prinzip von Befehl und Gehorsam, glaubt Marrs, sei weiterhin bestimmend und stehe „nicht zur Disposition“. Es gehe „gerade nicht darum, das Streben der Beschäftigten nach Autonomie zum Motor der Kapitalverwertung zu machen“. Die ISF-Forscherin beschreibt die audiovisuellen Medien als eine „neue Ökonomie der Unsicherheit“, die in scharfem Kontrast stehe zu den Illusionen von Selbstbestimmung. Für den Wunsch nach Abwechslung und „wildem“ Leben, für ihre Rebellion gegen die Lohnarbeit zahlen die „Fillmschaffenden“ nach Ansicht der Autorin einen hohen Preis. Sie müssen sich einem rigiden „Kommandosystem“ unterwerfen, geraten in eine „unauflösbare Zwickmühle, in der ihre eigenen Bedürfnisse nach der Verwirklichung von Subjektivität enteignet sind – und dazu benutzt werden, ihre Position als Beschäftigte zu schwächen“.

Thomas Gesterkamp ■

aktueller Träger des Preises für die beste Synchronregie. Der frühere Schauspieler arbeitet seit Anfang der Neunziger im Synchronbereich, zunächst als Sprecher, später auch als Autor und Regisseur. Aus seiner Sicht beginnt das Dilemma bereits bei den Gagen: Vor 15 Jahren, erinnert er sich, „bekam man als Sprecher 7 Mark pro ‚Take‘; heute sind es 3,50 Euro“. Ein „Take“ ist die Maßeinheit der Branche und dauert rund zehn Sekunden. Ein Manfred Lehmann, abonniert auf Gérard Depardieu und Bruce Willis, wird sich kaum mit einem Taschengeld abspesen lassen. Die Synchronschauspieler aus der zweiten oder dritten Reihe aber haben kein Druckmittel in der Hand. Ihre Arbeit leidet vor allem darunter, dass auf Leseproben oder Wiederholungen verzichtet wird; der erste „Take“ muss sitzen.

■ Zuschauer mit Bauchgefühl für Qualität

ver.di hat bereits vor zwei Jahren auf diese Problematik hingewiesen und eine Gagenempfehlung für den Synchronbereich herausgegeben. (www.connexx-av.de)

Nur noch in wenigen Fällen ist ein Aufwand möglich, wie er beispielweise im Fall von „Syriana“ betrieben wurde. Für die Übertragung des Polit-Thrillers mit George Clooney hat Malzacher seinen Synchronpreis bekommen: „Der Film spielt zu großen Teilen im Iran, die Einheimischen reden Englisch mit starkem Akzent. Für die Synchronisierung habe ich also Menschen gesucht, die deutsch mit Farsi-Akzent sprechen. Das waren natürlich Laien, mit denen man keine zwanzig ‚Takes‘ in der Stunde machen kann. Aber so was ist längst die große Ausnahme“. Malzacher ist überzeugt, die Zuschauer wüssten eine gute Synchronisation zu würdigen. „Selbst wenn sie es nicht artikulieren können: Die Leute haben ein Bauchgefühl für so etwas“. Der qualitative Unterschied zwischen Kino und Fernsehen zeige sich allein schon in der Anzahl der „Takes“: Beim Kino seien es 15 bis 20 Stück pro Stunde, beim Fernsehen doppelt so viele. Der Synchronregisseur sieht seine ohnehin kaum wahrgenommene Zunft immer weiter ins Abseits gedrängt: „Früher wurden in der ‚Hörzu‘ bei den Schauspielern auch die Sprecher erwähnt oder standen wenig-

stens im Abspann. Heute gibt es gar keine Abspanne mehr“.

Beinahe gleichzeitig, aber unabhängig voneinander haben sich Sprecher und Produzenten im vergangenen Jahr organisiert. Auslöser waren allerdings weder Qualitätsdiskussion noch Gagenfrage, sondern sozialversicherungsrechtliche Fragen. Die Sprecher gründeten den Interessenverband der Synchronschauspieler (IVS), die Firmen den Bundesverband deutscher Synchronproduzenten (BVDS). Da es allen Beteiligten vorrangig um Qualitätssicherung geht, hat man sich auf ein gemeinsames Papier geeinigt. Es sieht unter anderem vor, dass ein „Take“ nicht länger als 6 bis 10 Sekunden dauern sollte, und legt die Anzahl der „Takes“ pro Stunde fest (Kino: nicht mehr als 30, Fernsehen: nicht mehr als 35).

Einige Punkte deuten an, dass eine derartige Qualitätssicherung offenbar überfällig ist. So sieht die Übereinkunft beispielsweise ausdrücklich vor, dass bei der Synchronarbeit auch ein Regisseur anwesend sein muss. Und natürlich ist völlig offen, wie sich die Auftraggeber verhalten werden. *Tilmann P. Gangloff* ■

► Filmrezension: „Gefesselte Worte“ von Sylvie Banuls und Bénédicte Banet

Aussprechen, was sonst keiner wagt

„In jeder Gesellschaft, sei sie demokratisch, diktatorisch oder totalitär, muss ein Journalist die Wahrheit verteidigen. Er muss da sein, wo keiner sein will, das aussprechen, was keiner auszusprechen wagt, schreiben und sprechen ohne Furcht und niemals vom Weg abweichen, auch wenn der Preis dafür Gefängnis, Irrenhaus oder Exil sein kann – oder alles zusammen!“ So formuliert Jesus Zuniga aus Kuba (Bild links) seinen journalistischen Anspruch. Er ist einer der Protagonisten des Dokumentarfilms „Gefesselte Worte“. Zuniga gehört zu 15 Bewohnern des „Hauses der Journalisten“ in Paris. Sie kommen aus Kamerun, Burundi, Kongo, Haiti, Irak, aus der Ukraine, Sierra Leone und Sri Lanka.

Von Journalistinnen und Journalisten, die in ihren Heimatländern Unterdrückung und Verfolgung, Verhaftungen, Gefängnis, Folter und Morddrohungen ausgesetzt waren, die sich diesem Schicksal nur durch Flucht entziehen konnten – erzählt dieser Film. Sie finden im „maison des journalistes“ ein Dach über dem Kopf, Kollegen, Kontakte, Zeit und Raum, um zur Besinnung zu kommen, um sich zurechtzufinden in einer fremden Umgebung, um eine andere Sprache zu lernen, um erste Schritte in ein neues Leben zu wagen – das nicht immer in dem so engagiert ausgeübten Beruf weitergehen kann. Für sechs Monate können sich hier jeweils 15 Exilanten aufhalten.

Sprachbarrieren, bürokratische Hürden, Desinteresse und Abwehr sind zu überwinden – dabei helfen Philippe Spinau, Leiter des Journalistenhauses, und Danielle Ohayon, Präsidentin des Vereins, Träger des Hauses, unterstützt aus privater Initiative. Bisher haben rund 120 Verfolgte bei ihnen Zuflucht gefunden. Sie sind da, sind Klagemauer, Stütze, Sicherheit für Menschen, die oft zutiefst verunsichert und verzweifelt sind – und einsam. Sie haben ihre Familien zurückgelassen, sie haben selbst Schreckliches erlebt, aber auch ihren Eltern, Ehepartnern und Kindern ist Schlimmes angetan worden. Der Gedanke, sie in dieser Situation zurückgelassen zu haben, ist oft bedrückender als das eigene heimatlose Schicksal.

In ihrem Land hatten sie eine Aufgabe – „In Kamerun war ich wie eine Nachtigall, ich habe gesungen,“ sagt Rémy, wortgewaltiger Radiomacher, der „die Korruption und alles, was im Lande so schief gelaufen ist“, angeprangert hat. „Ich bin zum Sprachrohr derjenigen geworden, die keine Stimme hatten“ Und nun kann in seinem Land niemand mehr seine Stimme hören und im Exil will es niemand. Das macht ihn oft bitter, zynisch, aggressiv und verzweifelt.

Und dass er das zeigen kann, das macht den Film so ehrlich und damit eindringlich: Er verklärt nicht. Wir lernen Menschen kennen mit Gefühl, Leidenschaft für ihren, für unseren Beruf, mit Mut – fassungslos über das Ausmaß der erlebten Barbarei, am „Abgrund der Sprachlosigkeit“, auf dem „Weg der Verzweiflung“ angesichts eines „Horizonts, der sich ihnen verschließt“. Sie haben nicht nur Bitten, sie haben auch Forderungen an uns – zur Veränderung, zum Engagement, zuallererst aber zum Zuhören. *Ulrike Maercks-Franzen* ■

Der WDR-Arte-Film „Gefesselte Worte“ kann in der Kurzfassung (58 Min.) oder der ursprünglichen Langfassung (90 Min.) auf DVD ab November für nichtkommerzielle dju-Veranstaltungen bei der dju-Bundesgeschäftsstelle ausgeliehen werden: 030-69 56 23 22, E-Mail: dju@verdi.de

Die Ruhe vor dem Sturm?

Unsichere Zeiten für Tageszeitungen in Mecklenburg-Vorpommern

Beim Nordkurier in Neubrandenburg herrscht gewaltige Unruhe, bei der Ostsee-Zeitung in Rostock kündigen sich einschneidende Veränderungen an. In Schwerin bei der Schweriner Volkszeitung ist man nahezu verstummt – zu sehr hat der dort seit 2005 erfolgte Personalabbau die Angst um den eigenen Arbeitsplatz geschürt.

Die Ruhe in der Landeshauptstadt ist symptomatisch für die aktuelle Situation in den drei Verlagshäusern Mecklenburg-Vorpommerns. Es passiert nichts mit wahrnehmbarer Außenwirkung und doch empfindet man dies als Ruhe vor dem Sturm, der sich gerade zusammenbraut. Die Anhörung in Mecklenburg-Vorpommerns Landtagsinnenausschuss am 16. November 2005 über die Situation und Perspektiven der Printmedien des Landes hat eine kritische Bestandsaufnahme erbracht. Es gab Anregungen zur Änderung des Landespressegesetzes, unter anderem für Redaktionsstatute. Doch in den vergangenen knapp zwei Jahren haben die Landespolitiker das Thema wieder auf Eis gelegt, nichts hat sich seitdem getan. Es ist daher höchste Zeit, Betriebsamkeit zu entwickeln, bevor unumkehrbare Unternehmensentscheidungen die Printlandschaft in dem Bundesland nachhaltig negativ verändern.

Vom Leser nicht bemerkt, gärt es momentan in Neubrandenburg am kräftigsten. In den Redaktionsstuben des Nordkuriers wird gezittert. Das Klima zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ist sehr angespannt. Für die Anzeigen- und Beilagenabteilung wurde zum 1. Januar 2006 eine neue Gesellschaft, die MV Medien-Service GmbH und Co. KG (MV MS) gegründet, ein erster Outsourcing-Schritt. Bei den Wahlen zum elfköpfigen Betriebsrat im Mai vergangenen Jahres wurde aber noch gemeinsam gewählt, auch mit der Belegschaft der gerade ausgegliederten, neu gegründeten Gesellschaft. Auch aus dieser wurden zwei Vertreterinnen das Vertrauen ausgesprochen. Anfangs ließ die Geschäftsführung, die die Wahlaufstellung und die Wahl nicht beanstandet hatte, die Arbeitnehmervertretung gemeinsam

wirken. Dann erschienen ab Frühjahr 2007 die beiden MV MS-Kolleginnen nicht mehr zu Betriebsratsitzungen – wie sich herausstellte, weil Druck vom Arbeitgeber ausgeübt wurde, der sich nunmehr als eigenständiger Betrieb sieht. Jetzt wartet Fritz Krüger, Betriebsratsvorsitzender beim Nordkurier, gleich auf zwei Entscheidungen des Arbeitsgerichts. Zum einen wird über die Behinderung des Betriebsrates geurteilt, zum anderen juristisch die Frage geklärt, ob es sich bei beiden Unternehmen weiterhin um einen gemeinsamen Betrieb handelt. Doch Krüger macht sich noch über andere Dinge seine



Ostsee-Zeitung

**Gesellschafter: Axel Springer AG (50 %)
Lübecker Nachrichten (50 %)
Mitarbeiter: 410 – Auflage: 176.652 *
Anzahl Lokalausgaben: 10**

* Druckauflage, Stand 2. Quartal 2007, Quelle: IVW

**inklusive Norddeutsche Neueste Nachrichten und Der Prignitzer



Gedanken. So hat die Kurierverlags GmbH und Co. KG, zu dem die Kieler Nachrichten, Augsburger Allgemeine und Schwäbische Zeitung gehören, beim Verband der Zeitungsverlage Norddeutschland (VZN) noch während der diesjährigen Gehaltstarifverhandlungen ihren Mitgliedsstatus geändert. Seit dem 15. Mai ist sie nur noch Verbandsanhängsel ohne Tarifbindung (OT).

■ Tarifbindung gefordert

Der stellvertretende VZN-Vorsitzende Manfred Christoffer, Geschäftsführer beim Neubrandenburger Verlag, hat trotzdem noch die Tarifgespräche weitergeführt, obwohl er sich ja wohl offenkundig um die Verbindlichkeit eines Abschlusses für sein Verlagshaus drücken wollte. Auf einer Betriebsversammlung im Juli wurde er aufgefordert, die Vollmitgliedschaft der Kurierverlags GmbH beim VZN wieder herzustellen. Eine Reaktion darauf blieb aus. Daher ist nun beim Nordkurier eine Unterschriftenaktion unter den 375 Beschäftigten mit eben dieser Forderung angelaufen. Es darf spekuliert werden, dass der Weg zur OT-Mitgliedschaft beim VZN bereits ein erster Schritt zur Umsetzung eines ganzen Maßnahmenkatalogs ist, der die Handschrift der Unternehmensberatung Schickler trägt, die sich in Neubrandenburg umgesehen hat. Auf der Internetseite der Hamburger Beratergruppe führt man als Referenzwerbung unumwunden „übergreifende Kostensenkungsprogramme“ als ein Leistungsangebot auf. „Der Outsourcingprozess dürfte sich fortsetzen“, befürchtet Michael Pfeifer, ver.di-Fachbereichssekretär. Nicht nur er kennt den Ruf, der Schickler vorausseilt. Nach der Gesellschafterversammlung am 30. Oktober werden alle Beteiligten schlauer sein. Diese kommt keine 48 Stunden, bevor der neue Geschäftsführer Lutz Schumacher in Neubrandenburg seinen ersten Arbeitstag hat, zusammen. Auch Schumacher eilt ein Leumund voraus, der in der Nordkurier-Redaktion die Alarmglocken schrillen lässt. Sein letzter Arbeitgeber war die Münstersche Zeitung, wo er im Auftrag von Verleger Lambert



Fotos: Robert Haberer

Lensing-Wolff die Geschäfte ordnete. Dazu gehörte auch, dass dort im Januar dieses Jahres in einem bundesweit bisher einmaligen Akt die gesamte Lokalredaktion ausgetauscht wurde. „In der neuen Redaktion hat niemand einen Vertrag, der länger als zwei Jahre befristet ist“, weiß Frank Biermann von der dju im Münsterland um die verlegerische Willkür und ungeschützt-befristete Anstellungsverhältnisse. „Aus Augsburg beispielsweise wissen wir, dass dort mit Leiharbeitern gearbeitet wird“, will Fritz Krüger Klarheit von den Gesellschaftern. Deshalb hat er diesen ein Schreiben zukommen lassen. „Mal sehen, ob die uns antworten“, ist der Betriebsratschef gespannt. Er erinnert sich noch an 2002, als erstmals Verschlinkungen in der Nordkurier-Redaktion greifen sollten, die Kündigungen aber alle nicht wirksam wurden, weil die Verlagsleitung geschlampt hatte und bei den Entlassungen die Sozialauswahl außen vor ließ. Dadurch konnten sich die betroffenen Redakteure wieder einklagen. Auf einer Betriebsversammlung im Juli wurde in Neubrandenburg ein einprozentiges Umsatzplus im gleichen Atemzug wie die „Notwendigkeit von Einschnitten“ verkündet. Wie diese konkret aussehen sollen, auf diese Frage erwartet die Belegschaft noch diesen Monat auf einer weiteren Betriebsversammlung eine Antwort.

Schleichende Vereinheitlichung

Bei der Ostsee-Zeitung in Rostock erfolgt seit kurzem die Umstellung auf das Redaktionssystem Hermes. Dieser Schritt ist Teil einer von der Geschäftsleitung angekündigten Vereinheitlichung der technischen Systeme zwischen der Ostsee-Zeitung und den Lübecker Nachrichten, die im kommenden Jahr abgeschlossen werden soll. Beide vom Springer-Verlag dominierten Blätter kooperieren bereits in geringem Umfang und haben mit Thomas Ehlers seit Ende 2006 ein und denselben Geschäftsführer, zuvor stellvertretender Geschäftsleiter bei der fusionserprobten Zeitungsguppe Berlin. In Medienkreisen

ist die Zusammenlegung der Mantelredaktion beschlossene Sache – nur noch eine Frage der Zeit. Ungeklärt ist lediglich, aus welcher Hansestadt diese dann produziert. „Inhaltliche Abstriche sind unabhängig vom Standort zu befürchten“, so Michael Pfeifer, der sich um das Profil, die Authentizität sorgt. „Qualität wird auf der Strecke bleiben“, ist er überzeugt. Betriebsbedingte Kündigungen sind beim Fusionsprozess gar nicht einmal nötig, weil bis 2013 ohnehin 40 Redakteure aus beiden Zeitungshäusern altersteilzeitbedingt aussteigen. Es gibt ferner Gedankenspiele, bei den Lübecker Nachrichten (LN) und der Ostsee-Zeitung (OZ) die Redaktionssekretariate aufzulösen. Ehlers spricht dabei lediglich von einer Umstrukturierung; erfahrungsgemäß bedeuten solche Floskeln aber eine Arbeitsverdichtung. Warnendes Beispiel für den OZ-Betriebsrat ist die Fusion von Welt und Berliner Morgenpost. „Die Redakteure drehen sich oft wie im Hamsterad“, beschreibt Petra Pulver vom Gesamtbetriebsrat der Konzernmutter Axel Springer deren Arbeit. Wie die schleichende Vereinheitlichung aussieht, das erfährt man in Rostock schon einmal in der Kantine, wo die Essensbezeichnung wie „Aktionsgericht“ und die Beschriftung der Speiseangebote aus der LN-Küchenzeile übernommen wurde.

Die dritte Tageszeitung des Landes, die Schweriner Volkszeitung (SVZ), leidet seit 2005 unter einem massiven Kahl Schlag des neuen Eigentümers, des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (s:hz). Das erklärte Ziel einer Reduzierung um 120 Stellen ist nahezu umgesetzt, selbst das Redaktionsarchiv fiel dem Rotstift zum Opfer. Teile des Mantels kommen mittlerweile aus Flensburg, wohin auch immer mehr Verlagstätigkeiten bis hin zur Honorarabrechnung verlagert werden. Die Drohung, die SVZ und ihre Anzeigenblätter im 2001 überdimensioniert errichteten und seitdem nie ausgelasteten s:hz-Druck-

zentrum Büdelsdorf zu produzieren, steht im Raum. Auf der jüngsten Betriebsversammlung im Vormonat versuchte SVZ-Geschäftsführer Bernd Bleitzhofer den Mitarbeitern ein optimistisches Bild zu vermitteln, aber seine Bilanz endete mit der Aussage, die wirtschaftliche Lage habe sich noch nicht entscheidend verbessert. Auflagenverluste und unbefriedigende Anzeigengeschäfte führte er für seine Aussage ins Feld. Bei den 270 Beschäftigten in Schwerin weiß man diese Worte zu bewerten und rechnet mit weiteren Einschnitten.

„Mediensteppe“ befürchtet

Und auch hier mahnt ver.di-Medienexperte Pfeifer: „Die in den Verlagshäusern auf Gewinnmaximierung gerichteten unternehmerischen Maßnahmen werden zu Qualitätsverlusten führen, die Akzeptanz in der Leserschaft und die Identifikation mit ‚ihrer‘ eigentlichen Heimatzeitung wird schwinden. Das führt zu Auflagenrückgängen. Die Abwärtsspirale bei den Printmedien schreitet voran, so lange, bis es keine Nennswerten mehr geben und Mecklenburg-Vorpommern zu einer ‚Mediensteppe‘ verkommen sein wird. Die in Mecklenburg-Vorpommern erzielten Gewinne werden anderweitig in neue Geschäfte gesteckt.“ Dieter Hanisch ■

Kampagne für Qualität und Vielfalt

Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen Partnern setzt sich ver.di für die Sicherung von Qualität und Vielfalt in den Medien Mecklenburg-Vorpommerns ein. Mehr zur Kampagne unter www.qualität-und-vielfalt-sichern.de

Weitere Infos: www.svz.verdi-mv.de
www.nordkurier.verdi-mv.de
www.ostsee-zeitung.verdi-mv.de



Nordkurier

Gesellschafter: Kieler Nachrichten, Augsburger Allgemeine und Schwäbische Zeitung (je 1/3)
Mitarbeiter: 365 – Auflage: 103.628 *
Anzahl Lokalausgaben: 13



Schweriner Volkszeitung

Gesellschafter: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag sh:z (100%)
Mitarbeiter: 270
Auflage: 116.194 *
Anzahl Lokalausgaben: 11 **

Jugendschutz verletzt

Deutscher Presserat spricht im September sieben Rügen aus

Die drei Beschwerdeausschüsse des deutschen Presserates behandelten in ihrer Septembersitzung 67 Beschwerden und sprachen sieben Rügen sowie 14 Missbilligungen und neun Hinweise aus. In 33 Fällen wurden die Beschwerden als unbegründet erachtet.

Ausgerechnet die Jugendzeitschrift Bravo Hip Hop hat nach Auffassung des Deutschen Presserates in grober Art und Weise gegen den Jugendschutz verstoßen und erhielt dafür eine Rüge. Die Zeitschrift hatte in einem Beitrag über den Rapper „King Orgasmus One“ Fotos von Pornoszenen veröffentlicht. Der Beschwerdeausschuss sah darin einen eklatanten Verstoß gegen die Ziffer 11 des Presskodex, der die Beachtung des Jugendschutzes verlangt.

Bild wurde für einen Artikel über Khalid al-Masri öffentlich gerügt. Unter der Überschrift „Warum lassen wir uns durch so einen terrorisieren?“ hatte die Zeitung über den Aufenthalt des Deutsch-Libanesen in einer Psychoklinik berichtet und ihn als „irre“ bezeichnet: Verletzung der journalistischen Ethik und des Persönlichkeitsrechtes des offenkundig kranken al-Masri (Ziffer 9 und 8.4 Pressekodex).

Auch mit Schleichwerbung musste sich der Presserat erneut und mehrfach befassen (Richtlinie 7). Das Gremium rügte einen Beitrag der Hamburger Morgenpost über Italien-Wochen bei Karstadt. Grundsätzlich dürfe über solche Aktionen als „Leserservice“ berichtet werden. Die Grenze zur Schleichwerbung sei jedoch überschritten, wenn dies in werblich anpreisender Sprache geschehe und einzelne

Produkte ohne nachvollziehbaren Grund hervorgehoben würden. Im gerügten Beitrag geschah das mit der Formulierung „Die besten Love-Stories werden durch tolle Gewinne wie einen „Amore-Urlaub“ in Rom oder ein exklusives Abendessen prämiert sowie den Hinweis auf die Prosecco-Marke „Ti Amo“. Zwei Rügen erhielt die Programmbeilage Prisma und eine die Neue Westfälische wegen Verletzung des Trennungsgrundsatzes.

Der Beschwerdeausschuss zum Redaktionsdatenschutz hat eine nicht-öffentliche Rüge gegen die Zeitung Sonntag aktuell ausgesprochen. Die Zeitung hatte über den Arbeitstag eines Sozialrichters berichtet und dabei den Namen einer klagenden Hartz IV-Empfängerin genannt. Das war ein Eingriff in ihr Privatleben. Außerdem teilte die Zeitung zahlreiche persönliche Daten mit: die Pflegebedürftigkeit der Frau, ihre schwierige soziale Situation, ihre privaten Probleme. Nichts davon war von öffentlichem Interesse. Der Bericht verletzte also insgesamt das Recht auf ihre informationelle Selbstbestimmung: schwerer Verstoß gegen die Ziffer 8. ■



Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Switchboard

Hinter diesem englischen Wort für Vermittlung oder Zentrale steckt die im Hamburger Verlag männerwege erscheinende Zeitschrift für Männer und Jungenarbeit. Dass der Name „gewöhnungsbedürftig“ ist, zeigt Post, die manchmal mit „Switchbott“, „Switsch Sport“ oder „Schwitzbord“ adressiert ist. Als „Vermittlungsstelle für das, was Männer heute bewegt und was sie selbst

Schon entdeckt?

bewegen“, verstehen die Herausgeber Alexander Bentheim und Andreas Haase ihr vierteljährliches Blatt. „Wir sind kein Herren- und kein Schwulensmagazin, auch kein Organ der Männerbewegung – wengleich wir mit ihr sympathisieren.“

Switchboard diskutiert zur Geschlechterdemokratie, greift Fragen nach dem Selbstverständnis von Männlichkeit auf. „Wir verfolgen praxisbezogene Impulse, dokumentieren die Entwicklung der Männer- und Jungenarbeit“, so Bentheim. Berichtet wird vom Wandel traditioneller Männerrollen, der Erziehung von Jungen, von Netzwerken, nationalen und internationalen Männertreffen. Wiederkehrende Rubriken sind Männergesundheit, in der Fachleute Leserfragen beantworten. Die Buschtrommel bietet Informationen zu Projekten für Männer. Festen Platz haben auch Rezensionen von Büchern, Theaterstücken und CD. Ein Veranstaltungskalender ergänzt das Serviceangebot.

Das Blatt ist die Fortsetzung eines Mitte der 80er Jahre in (West)Berlin erscheinenden Infodienstes im Lose-Blatt-Format. Nach dessen Ende griffen zwei Hamburger das Signal auf und beschlossen, regelmäßig über Männerfragen zu informieren. Im Februar 89 erschien die Nullnummer von Switchboard, das seitdem Gestalt, Inhalt und Ästhetik gewandelt hat. 1998 wurde mit Fotos, Gestaltung und Papier der Magazincharakter professionell ausgebaut – bis heute in schwarz/weiß. „Wir könnten statt 44 Seiten 80 machen, soviel Material ist da.“ Für die nächste Ausgabe liegt bereits

eine Vielzahl von Themen vor, so zu einem sächsischen Modellprojekt der Jungenarbeit, zur Vereinbarkeit von Vätern und Familie für kleine Unternehmen oder zu einem ver.di Väterprojekt.

„Ein dickeres Heft ist zeitlich nicht machbar“, sagt Bentheim. „Wir sind schon engagiert bis zur Selbstaufgabe.“ Der 48jährige Diplompädagoge arbeitet bis zu 20 Stunden pro Woche für Switchboard, verdient seine Brötchen als freiberuflicher Publizist und Fachberater. Die Autoren – auch Autorinnen sind dabei – beschäftigen sich in verschiedenen Facetten mit Männer- und Jungenarbeit, mit Forschung oder Genderproblematik. Das Überleben des „Nischenblattes“ mit 800er Auflage ist nicht einfach, es lebt von Abos, die die Zeitungsmacher per Hand versenden. Etwa ein Viertel aller Kunden sind Organisationen, Bildungs- und Beratungseinrichtungen, auf etwa 3000 schätzt Bentheim die Leserschaft. Es gibt keine Förderung. Synergien entstehen über die Agentur männerwege der beiden Herausgeber, die hier ihre Kompetenzen als Jungen- und Männerberater, Gendertrainer und Coach bündeln. So auch für die redaktionelle Betreuung des NRW Väterportals, der offiziellen Seite des nordrhein-westfälischen Familienministeriums zur Väterarbeit. Eine Kooperation mit der Schweizer männerzeitung wird vorbereitet. Wenn die funktioniert, könnte ein Blatt für Männer wechselweise alle sechs Wochen erscheinen, schaut Bentheim in die Zukunft.

www.maennerzeitung.de **Bettina Erdmann** ■

Einigung zu hohem Preis

Tarifvertrag für RBB endlich unter Dach und Fach

Der RBB ist die rote Laterne los: Während alle anderen ARD-Anstalten Abschlüsse bis zum Ende der laufenden Gebührenperiode längst getätigt hatten, konnte in der Hauptstadtregion erst Ende August eine Einigung erzielt werden. Für die ehemaligen SFB-Beschäftigten ist das Ergebnis mager, ehemalige ORB-Mitarbeiter können sich über bis fast vier Prozent mehr Gehalt freuen.

Konkret bringt der Abschluss den Beschäftigten zunächst im Januar 2008 eine Einmalzahlung von 350 bzw. 250 Euro – je nach Vergütungsgruppe. Den Auszubildenden winken 100 Euro. Ab Juli folgt dann eine lineare Erhöhung der Gehälter um 1,5 Prozent. Die Honorare für freie Mitarbeiter sollen entsprechend angepasst werden, gesonderte Vereinbarungen stehen jedoch noch aus. Bei einer Laufzeit von 33 Monaten bis zum 30. September 2009 liegt dieses Ergebnis knapp über dem Abschluss bei der Deutschen Welle und beim Deutschlandradio, aber am unteren Rand der ARD-Anstalten. „Das Ergebnis ist insgesamt bescheiden“, räumt Gerd Nies, Jurist und ver.di-Verhandlungsführer, ein. Aber es sei sehr wichtig, dass damit die Angleichung zwischen Ex-ORB- und Ex-SFB-Beschäftigten fast vollzogen werden konnte.

Der letzte größere Unterschied in der Vergütung lag beim Urlaubsgeld. Ab August 2008 wird es an beiden Standorten einheitlich für alle Vergütungsgruppen 500 Euro betragen. Für die Potsdamer, die bisher 300 Euro erhielten, bedeutet diese eine ordentliche Anhebung. In Berlin gab es bisher bis zu 900 Euro Urlaubsgeld, sie müssen also erhebliche Reduzierungen hinnehmen. Zur Kompensation wird die Vergütung in den unteren Gehaltsgruppen um 26 Euro, in den oberen um 17 Euro monatlich erhöht. Damit wird für die Berliner die Absenkung des Urlaubsgeldes weitgehend kompensiert. Da die Einarbeitung aber auch den Beschäftigten in Potsdam zugute kommt, erhalten diese drei Erhöhungsbestandteile – die lineare Erhöhung, die Einarbeitung der Festbeträge und die Erhöhung des Urlaubsgeldes. Das Ergebnis fällt also für die rund 60 Prozent der Beschäftigten in Berlin und die etwa 40 Prozent der Beschäftigten in Potsdam recht unterschiedlich aus. Für Mitarbeiter in Potsdam bedeutet es je nach Einstufung ein Plus von 3,3 bis 3,95 Prozent. In Berlin hingegen liegt das reale Ergebnis für alle Gruppen zwischen 1,3 und 1,4 Prozent. Das ist mager und gleicht Preissteigerungen nicht aus.

„Der Abschluss hat in Berlin durchaus Ärger ausgelöst. Viele Berliner Beschäftigte argumentieren, sie müssten damit den Preis für die Fusion bezahlen“, berichtet Nies. Auf einer Mitgliederversammlung habe sich jedoch gezeigt, dass ein Gutteil der Unzufriedenheit auf die Informationspolitik während der Verhandlungen zurückzuführen war. Daraus habe man im Vorstand gelernt und für die anstehenden Verhandlungen zum Manteltarif eine intensivere begleitende Information zugesagt.

Vereinbart wurde außerdem die Umsetzung der bereits 2004 angekündigten Abschaffung der Jubiläumsleistungen in fünf Schritten bis 2017 – alle zwei Jahre verringert sich der Anspruch um 20 Prozent. Dieser Preis war die Gegenleistung für die Vereinheitlichung der Gehaltsstrukturen. Ohne inhaltliche Festlegungen wurde schließlich eine Verhandlungsklausel zum Manteltarifvertrag vereinbart. Auszuhandeln sind einheitliche Regelungen, die sich sowohl an den betrieblichen Erfordernissen als auch an arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. *ucb* ■

Jung und aus Erfahrung gut

30 Jahre Herbsttreffen der Medienfrauen von ARD, ZDF, ORF



Fotos: hr / Bernburg

„Frauen auf Draht machen Druck“, „Gemeinsam bleiben wir lästig“ oder „ohne uns wird Euch Hören und Sehen vergehen“: Die Titel der ersten Jahre künden vom „Ende der Bescheidenheit“ gegenüber massiver Frauenbenachteiligung in Sendern und Programm. Heute, im Jahr 2007, sieht frau das moderater. „Junge Talente oder aus Erfahrung gut“ heißt das Motto, zu dem vom 5. bis 7. Oktober beim Hessischen Rundfunk (HR) in Frankfurt rund 250 Medienfrauen von ARD, ZDF und ORF, zusammenkamen, um den Dialog zwischen jungen, älteren und alten Kolleginnen selbstbewusst und zukunftsorientiert zu führen.

Dass der Fortschritt häufig immer noch als Schnecke daher kommt, zeigten die obligatorischen Berichte aus den Sendern. Leitungsfunktionen sind trotz manch erfreulicher Positionierungen von Frauen immer noch mehrheitlich männlich besetzt, die Einrichtung von Betriebskindergärten zieht sich hin. Antidiskriminierung, Gleichstellung oder gar Geschlechtergerechtigkeit sind weiterhin Aufgaben, um die gerungen werden muss.

Wie ungelöst das Problem, Beruf und Familie zu vereinbaren, heute im Rundfunk und anderswo immer noch ist, machte eine prominent besetzte Podiumsdiskussion zum Thema „Wie weiblich ist die Zukunft?“ deutlich. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth setzte sich vehement für eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Krippenplätzen ein, finanziert von Bund und Kommunen. Sie kritisierte die bayerische Elterngeld-Forderung. Die Managerin Regine Stachelhaus, wunderte sich, „warum in vielen europäi-

schen Ländern Frauen mit kleinen Kindern völlig problemlos ihrem Beruf nachgehen, nur hier nicht.“ Woran das liegen könnte, machten die anwesenden Herren in der Runde deutlich. Der eine erzählte, dass er „nur Töchter“ habe, der andere wusste „von gestörten Kindern, wo die Mutter nicht genügend zu Hause war“. Die Autorin Susanne Fröhlich empfahl den jungen Kolleginnen deshalb: „Augen auf bei der Partnerwahl!“ Vereinbarung von Beruf und Familie, so die Schlussfolgerung, muss nicht nur strukturell gelöst werden, sondern auch in den Köpfen.

■ „Saure Gurke“ kreierte

Highlight des Treffens war die „Festrede“. Ute Mies-Weber, Gleichstellungsbeauftragte der Deutschen Welle und eine der Frauen der ersten Stunde. Sie konnte in Wort und Bild belegen, wie viel dennoch in diesen 30 Jahren erreicht worden ist. In den Führungsetagen von ARD und ZDF gab es in den Anfangsjahren lediglich eine einzige Frau unter 130 Männern. Für die Programme, so die legendäre Küchenhoff-Studie von 1975, galt: „Männer handeln, Frauen kommen vor“. Eine Untersuchung über die Situation der Mitarbeiterinnen im WDR legte mit Daten und Fakten das Ausmaß der Frauenbenachteiligung offen. Gründe genug, dass Frauen in den Sendern sich zusammenschlossen und, unterstützt von der damaligen Mediengewerkschaft RFFU, Kontakte untereinander knüpften.

Das erste Herbsttreffen fand 1978 in Frankfurt statt, damals noch in einer Jugendherberge. Bereits 1979 beim Berliner Treffen arbeiteten die Medienfrauen an einem Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz. Mit der Empörung über das miese Frauenbild im Fernsehen wurde die „Saure Gurke“ kreierte, die nun alljährlich für ein prägnantes Beispiel frauenfeindlichen Fernsehens verliehen wird.

Die Forderung nach „Frauenförderung“ wurde zu einem Schwerpunktthema. Aber es dauerte, bis am 1. Dezember 1989 WDR-Intendant Nowotny den ersten Frauenförderplan unterzeichnete und die erste Gleichstellungsbeauftragte

hr-Frauenbeauftragte Petra Schäfer-Schubert (links) mit der Festrednerin und Gleichstellungsbeauftragten Ute Mies-Weber

berufen wurde. Ab 1883 wurden die neuen Medienentwicklungen thematisiert. Auch die aktuelle Politik beeinflusste die Treffen. „Frauen M(m)acht Europa“ war die Forderung in München 1993. Das Hinzukommen der neuen Sender MDR und ORF regte dazu an, in Leipzig 1996 das „grenzenlose Miteinander“ zu hinterfragen.

Die Treffen in zahlreichen workshops boten auch Möglichkeiten für Weiterbildung und Empowerment. Wie Netzwerken funktioniert oder „schlummernde Potentiale“ geweckt werden, waren Angebote, die hier ebenso ihren Platz hatten wie „die Situation von Migrantinnen“ oder die „Macht des Internets“.

Die mit Spannung erwartete Verleihung der „Sauren Gurke“ traf diesmal die ZDF-Produktion „Lafer! Lichter! Lecker.“ „Der Stammtisch mit seiner klaren Rollen-zuteilung hat ein neues Zuhause in der Küche gefunden“, urteilten die Jurorinnen. Ein „Weltspiegel“-Beitrag des BR, musste sich mit einem Trostpreis begnügen. Eine „Gurkenwarnung“ erhielt der NDR, falls er seine Sendung „Im Greisenland“ nicht für die „nächsten 30 Jahre (mindestens) im Archiv versenkt.“

Zum Schluss wurden zwei Resolutionen einstimmig verabschiedet: Wenn ARD-Programmdirektor Struve im kommenden Jahr nach 16 Jahren sein Amt abgibt, „wird es Zeit, dass eine Frau das Ruder übernimmt und die ARD auf einen klaren öffentlich-rechtlichen Kurs steuert.“

„Jung und aus Erfahrung gut“. Unter dem Motto fordern die Medienfrauen die Anstalten auf: „Trotz Stellenabbau muss es gesicherte Beschäftigungsverhältnisse für alle Altersgruppen geben, damit der generationenübergreifende Dialog stattfinden kann und die Jungen von den Errungenschaften der Alten profitieren können. Das kollektive Gedächtnis von ARD, ZDF und ORF muss bewahrt, gepflegt und genutzt werden, damit wir neues schaffen können!“

Christina Oberst-Hundt ■

www.medienfrauentreffen.de



Schüsse auf Zivilisten

Demonstrationen in Birma: freie Berichterstattung unerwünscht



Foto: Reuters / STR New

Der APF-Journalist Kenji Nagai liegt niedergeschossen in Yangons City auf der Straße, während die Demonstranten vor dem Militär fliehen.

Kenji Nagai hat sich nur wenige Tage in Birma aufgehalten. Er starb bei der Arbeit. Der japanische Journalist war ein erfahrener Reporter, der an vielen Krisenherden der Welt unterwegs war – in Afghanistan und Kambodscha, im Irak und in den palästinensischen Gebieten. Ende September reiste der 50-Jährige mit einem Touristenvisum nach Birma und begleitete mit seiner Videokamera die Demonstrationen der buddhistischen Mönche und Anhänger der Demokratiebewegung.

Was dort am 27. September geschieht, geht in bewegten Bildern um die Welt. Als die Sicherheitskräfte versuchen, die Protestkundgebungen gewaltsam aufzulösen, wird ein Mann umgerissen und schlägt auf dem Pflaster auf. Er kann nicht mehr aufstehen und ein Soldat richtet seine Waffe auf ihn. Wenig später ist Kenji Nagai tot. Die birmanischen Militärherrscher entschuldigen sich bei den Japanern für den Vorfall: Nagai sei von einem Querschläger getroffen worden. Die japanische Version seines Todes liest sich indes anders: Der Mitarbeiter der japanischen Foto- und Video-Agentur APF sei aus geringer Entfernung von einer Kugel in den Brustkorb getroffen worden, sagte ein Regierungssprecher in Tokio und verwies auf Anga-

ben eines Arztes der japanischen Botschaft in Rangun. Die Kugel sei durch das Herz gegangen und sei am Rücken wieder ausgetreten. Sollte sich das bei der angekündigten Autopsie in Japan bewahrheiten, wird die These eines Querschlägers nicht aufrechtzuerhalten sein. Vielmehr ist von der gezielten Ermordung eines Journalisten auszugehen.

„Nagais Tod ist ein Akt der Aggression. Das Militär hat auf unbewaffnete Zivilisten geschossen“, kritisiert Jacqueline Park, Asien-Direktorin des „Internationalen Journalistenverbandes“. Auch das „Komitee zum Schutz von Journalisten“ und die „Reporter ohne Grenzen (ROG)“ verlangen Aufklärung.

■ Internet-Cafés geschlossen

Das Vorgehen der Machthaber gegen Journalisten und Medien blieb skrupellos. Nicht der brutale Einsatz der Sicherheitskräfte, der zahlreichen friedlichen Demonstranten das Leben kostete, war das Problem für die Junta, sondern die Berichterstattung darüber. Deshalb wurden zunächst Internet-Cafés geschlossen und später der Zugang zum Netz völlig gesperrt. Auch die Mobilfunkverbindungen ins Ausland wurden gekappt. Wenn Jour-

nalisten und Menschenrechtler dennoch versuchten, Informationen und Bilder ins Ausland zu versenden, riskierten sie Repressionen. Bis Ende September wurden nach Angaben von ROG zehn Journalisten bei Übergriffen verletzt, mindestens fünf kamen in Gewahrsam. Einer von ihnen ist Min Zaw, ein Birmane, der als Korrespondent für die japanische Tageszeitung Tokyo Shimbun arbeitet und am 28. September in seinem Haus in Rangun festgenommen wurde.

Freie Berichterstattung ist unter der Militärherrschaft ohnehin undenkbar. Ausländischen Journalisten wird lediglich in Ausnahmefällen ein Visum erteilt. Seit dem Beginn der Demonstrationen im August gab es keine einzige Arbeiterlaubnis mehr. „Das Drama soll sich hinter verschlossenen Türen abspielen“, befürchtet ROG. Die birmanischen Medien wiederum sind behördlich kontrolliert. Ausnahmslos jeder Radio- und Fernsehsender gehört dem Staat. Mit ihnen wurde in den vergangenen Wochen die Propagandamaschine angeworfen, um die Proteste auf den Straßen von Rangun oder Mandalay als vom Ausland gesteuert zu diffamieren.

Private Zeitungen gibt es zwar; sie sind aber vollständiger Kontrolle ausgesetzt. Jede Ausgabe muss der 1962 eingeführten Zensurbehörde der Militärs vorgelegt werden. Themen wie Demokratie oder das Schicksal der seit Jahrzehnten inhaftierten Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin von 1991, Aung San Suu Kyi, sind Tabu. Über wirtschaftliche und soziale Spannungen in dem südostasiatischen Land kann genauso wenig berichtet werden wie über Delegationsreisen der Vereinten Nationen, auf denen für eine Öffnung des Landes plädiert wird. Auf der Rangliste zur Lage der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ steht Birma auf Platz 164. Nur in vier Ländern der Welt sieht es noch düsterer aus.

U Win Tin ist der bekannteste Journalist in Birma. Allerdings kann er seit 1989 nicht mehr publizieren, denn er sitzt seit 18 Jahren im Gefängnis. Zuletzt ist seine Haftstrafe verlängert worden, weil er in der Zelle Artikel verfasst und diese an Mitgefangene verteilt hatte. Auch hatte der 77-Jährige mit UN-Vertretern über Folter und mangelhafte medizinische Versorgung in der Haft gesprochen.

Die Junta scheint all das nicht zu interessieren. Sie hat jeden direkten Kontakt zur Bevölkerung aufgegeben und ließ sich im einsamen Gebirgsort Naypyidaw einen neuen Regierungssitz bauen, der für Zivilisten und Ausländer gesperrt ist. Anders als in der früheren Hauptstadt Rangun gibt es dort keine Demonstrationen und keine Journalisten, die unangenehme Fragen stellen. *Harald Gesterkamp* ■

US-Zeitungen in Verlustzonen

Rückgang des Anzeigengeschäfts kostet Journalistenjobs

Die US-Medien sind im Umbruch. Das Internet setzt den Verlagen zu – und tragfähige neue Geschäftsmodelle sind noch nicht in Sicht. Es herrscht Untergangsstimmung: Der amerikanische Medienprofessor Philip Meyer prophezeit, dass die letzte Zeitung im ersten Quartal des Jahres 2043 gedruckt wird. Und die Zeitschrift Economist titelt: „Who killed the newspaper?“

Fast alle Zeitungen in den USA verloren in den letzten Jahren kontinuierlich an Auflage. 2006 büßte die Washington Post 3,3 Prozent ein, die New York Times 3,5 Prozent, der Boston Globe 6,7 Prozent und die Los Angeles Times sogar 8 Prozent. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Auflage aller Zeitungen der USA um rund ein Drittel gesunken.

■ 250 Mitarbeiter weniger

Der Rückgang des Anzeigengeschäfts in den USA ist nicht nur auf Google, sondern auch auf Internet-Anzeigendienste wie Craigslist.com zurückzuführen, die einen guten Teil der Werbung ins Internet abziehen. Die größte Zeitungskette der USA, Gannett, verlor im ersten Quartal diesen Jahres 4,8 Prozent des Anzeigenumsatzes, die Tribune-Company 11 Prozent. Bei der New York Times sanken die Gewinne voriges Jahr um ein Viertel. Erst vor wenigen Wochen zwangen scharfe Einbrüche im Anzeigenmarkt den San Francisco Chronicle über hundert Journalistenstellen zu streichen. Die Verluste hatten zuletzt jede Woche 1 Mio. US-Dollar betragen. Anzeigen aus dem Online-Geschäft der dazu gehörenden Website sfgate.com reichten nicht aus, um die Verluste zu kompensieren. Ähnliches soll nun auch der San Jose Mercury News drohen. Sparmaßnahmen und Kündigungen sind selbst in Qualitätszeitungen wie der New York Times keine Seltenheit mehr. Die New York Times reduzierte ihre Redaktion im letzten Jahr um 250 Mitarbeiter.

Der amerikanische Journalistenausbilder Neil Henry warnt eindringlich vor einer schlechteren Versorgung der Öffentlichkeit mit relevanten Nachrichten. Blogs könnten aufgrund mangelnder journalis-

tischer Professionalität die Lücke nicht schließen. Weil Googles Anzeigengeschäft teilweise für den Niedergang der traditionellen Medien verantwortlich sei, müsse man Google nun in die Pflicht nehmen, sich selbst mehr für den Journalismus einzusetzen.

Dan Gillmore, ein bekannter Befürworter des Bürgerjournalismus, zeigt sich ebenfalls alarmiert: „Wer wird noch investigativen Journalismus betreiben und traditionelle Watchdog-Funktionen übernehmen?“ Er hofft, dass der nicht-kommerzielle Sektor in Zukunft den investigativen Journalismus aktiver unterstützen wird. Gillmore setzt aber auch auf den Bürgerreporter, der künftig eine immer wichtigere Rolle spielen werde. Deshalb müssten journalistische Prinzipien wie Genauigkeit, Gründlichkeit, Fairness, Unabhängigkeit und Transparenz nicht nur Journalisten in Ausbildung, sondern jedermann vermittelt werden. Um die saubere Trennung von Informationen nach Fakten und Werbung sorgt sich Gillmore hingegen weniger. Diese Aufgabe könne auch von neuen Intelligence-Werkzeugen übernommen werden.

■ Dramatischer Strukturwandel durch das Internet

Wie die Medienbranche in wenigen Jahren aussehen wird, kann heute niemand voraussagen. Sie durchlebt gerade den dramatischsten Strukturwandel ihrer Geschichte – durch das Internet. Ein klares Feindbild gibt es bereits – wie neulich einem Editorial der verkauften L.A. Times zu entnehmen war: „Viele Verleger betrachten das Internet, insbesondere Google, als größere Bedrohung ihres Lebensunterhalts als Osama bin Laden.“ Auch in deutschen Verlagshäusern ist man dem Suchmaschinenkonzern wenig gesonnen. Der Kölner Verleger Christian DuMont Schütte schimpfte kürzlich in der FAZ: „Es kann nicht sein, dass die Medienhäuser in Deutschland grob geschätzt neun Milliarden Euro für Nachrichteninhalte ausgeben, die sie dann kostenlos ins Internet stellen. Wir bezahlen Suchmaschinen sogar dafür, dass sie uns oben listen. Bei

uns bröckeln Auflage wie Anzeigen, und Google schöpft mit unserer Hilfe den Werbemarkt ab.“

Tatsächlich kündigte Google erst jüngst die neueste Attacke auf den Anzeigenmarkt an: Google AdWords Print Ads. Damit lassen sich Anzeigen in Zeitschriften und Zeitungen platzieren. Das Programm umfasst in den USA 225 Zeitungen und Verlage, unter anderem Hearst Newspapers, GateHouse Media, Gannett, Tribune Publishing, die New York Times und die Washington Post. Zwar profitieren damit die Verlage direkt von den Google-Anzeigen, doch Google als Anzeigenmakler streicht ebenfalls einen Anteil ein.

■ Zeitungen mit Videos im Netz

Es ist aber nicht so, dass die amerikanischen Verlage sich nicht auf das Internet eingelassen hätten: Die kürzlich vorgestellte Studie „American Newspapers and the Internet; Threat or Opportunity?“ untersuchte die Websites der hundert am meisten verkauften amerikanischen Zeitungen. Demnach bieten 96 Zeitungen RSS-Feeds an, nur drei jedoch einen Volltext-Feed. Die Feeds nutzen im Vorjahresvergleich 21 Prozent mehr Leser. 92 Prozent der Zeitungen zeigen Videobeiträge auf ihren Websites – im Vorjahr waren es nur 61 Prozent gewesen. Immerhin 39 Zeitungen bieten eigene Inhalte an, 26 nutzen AP-Videostreams, 13 griffen auf Inhalte lokaler Nachrichtenredaktionen zurück. Dabei verwenden mehrere Redaktionen verschiedene Quellen für ihre Videoinhalte. 95 Zeitungen integrieren 2007 mindestens ein Reporter-Blog auf ihrer Website. Ein Drittel der Zeitungen erlaubt den Lesern, die Artikel direkt zu kommentieren. Allerdings fordern sechs Prozent Zeitungen mehr als im Vorjahr eine Registrierung für den Zugriff auf alle Bereiche der Website. Nur drei verlangen dafür eine Abogebühr.

Der amerikanische Verlagsexperte Scott Karp glaubt, dass Leser noch nie für die Inhalte, aber schon immer für die Distribution bezahlt haben, also für den Service, die mit allerlei Zusatzinformationen garnierte Nachricht am richtigen Ort pünktlich zu erhalten. Im Internet seien es heute die Provider und die Geräteindustrie, die den Obolus der Leser entgegennehmen. Dagegen seien es schon immer die Anzeigen gewesen, die die Inhalte finanzierten. Insofern scheint es nur konsequent zu sein, dass in den USA nun auch die letzten Paid-Content-Bastionen fallen: Die New York Times und, wenn man Rupert Murdochs Überlegungen glauben mag, bald auch das Wall Street Journal. Das Kalkül: Mehr Anzeigenkunden durch mehr Besucher.

In seinem Artikel „Who killed the newspaper?“ sieht der „Economist“ die Zeitungen in der Mitte untergehen. Im oberen und unteren Bereich hingegen sieht er noch Perspektiven: Luxusausgaben und Gratiszeitungen – oder wie der Herausgeber des österreichischen „Standard“, Oscar Bronner, formulierte: „In nicht saturierten Märkten werden erstaunlich viele Zeitungen gegründet und vom Markt akzeptiert werden, obwohl es auch

dort bereits eine hohe Durchdringung des Internets gibt.“

Für neue Experimente sind jedoch die Verlagserben der dritten oder vierten Generation nicht mehr zu haben. Sie verkauften Dow Jones mit dem „Wall Street Journal“ an Rupert Murdoch. Sie verkauften ihre Pulitzer-Blätter wie die Tribune-Gruppe mit der Los Angeles Times und der Chicago Tribune. Auch Knight Ridder, die zweitgrößte Zeitungsgruppe der USA,

wechselte den Eigentümer. Ähnliches ist in Deutschland zu sehen: David Montgomerys Mecom-Finanzgruppe kaufte neben der Berliner Zeitung, den Berliner Kurier und die Hamburger Morgenpost. Und die Eigentümer der Süddeutschen Zeitung wollen jetzt ebenfalls, nach einer kurzen und erfolgreichen Sanierungsphase, ihre Zeitung so schnell wie möglich loswerden – in Zeiten des Umbruchs.

Christiane Schulzki-Haddouti ■



Foto: Christian von Polenz / transit

Mahnwache vor der russischen Botschaft in Berlin

gen von Politik, Geheimdienst und Polizei dürfen dabei kein Hindernis sein“, heißt es in einer Presseerklärung.

Die russische Staatsanwaltschaft gehe davon aus, dass eine Gruppe tschetschenischer Krimineller mit Unterstützung von Mitarbeitern des russischen Geheimdienstes den Mord verübt habe. Der Auftraggeber solle von außerhalb Russlands agiert haben. Elf Personen sind nach offiziellen Angaben in Zusammenhang mit dem Mord festgenommen worden, unter ihnen der tschetschenische Politiker Shamil Burajev. Polizeibeamte und Angehörige des Innenministeriums hätten Informationen über Anna Politkowskaja zur Verfügung gestellt, heißt es. (www.reporter-ohne-grenzen.de)

■ **Mutige Artikel ausgezeichnet**

Vor fünf Jahren wurde den deutschen Moskauer Korrespondenten der Frankfurter Rundschau und der Süddeutschen Zeitung, Florian Hassel und Tomas Avenarius, der Wächterpreis zuerkannt. Sie waren ebenso wie Anna Politkowskaja inkognito in das gesperrte Kriegsgebiet gefahren. Ihre authentischen mit dem Wächterpreis ausgezeichneten Berichte und Interviews über die Reise; eine ausführliche Chronologie über Tschetschenien, Lebenswerk der Anna Politkowskaja; eine Zustandsskizze über die Pressefreiheit in Russland sowie eine Liste der getöteten und ermordeten Journalisten sind auf www.waechterpreis.de dokumentiert.

„Tschetscheniens vergessene Kinder“ heißt ein Buch von Andrea Jeska (Journalistin u. a. Die Zeit, FAZ, Freitag) und Musa Sadulajew (u. a. AP-Fotograf). Sie setzen mit diesem weltweit ersten Bildband über die Kinder des Tschetschenienkrieges die Arbeit von Anna Politkowskaja fort. Das Buch mit einem Vorwort von Thomas Roth erschien im Brendow Verlag, Moers (144 Seiten, 100 farbige Fotos, Texte: Deutsch, Englisch, Russisch). **wen** ■

Ermordet und nicht vergessen

Mord an Anna Politkowskaja – weitere Ermittlungen gefordert

Am 1. Todestag von Anna Politkowskaja, am 7. Oktober, fanden in verschiedenen deutschen Städten Gedenkveranstaltungen statt, so in Hamburg und Potsdam. In Berlin erinnerte Reporter ohne Grenzen (ROG) gemeinsam mit amnesty international (ai) mit einer Mahnwache vor der russischen Botschaft an die kritische Journalistin, die in Moskau erschossen wurde. Im Berliner ver.di-Haus fand eine Lesung mit anschließender Diskussion statt. In Paris wurde Anna Politkowskaja auf dem Platz der Menschenrechte gedacht. In Rom und im südfranzösischen Perpignan sind öffentliche Plätze nach ihr benannt worden.

Ein Jahr nach dem Mord an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja ist die Tat aus Sicht von Reporter ohne Grenzen (ROG) noch immer nicht aufgeklärt. Die bisher bekannt gewordenen Ermittlungsergebnisse überzeugen nicht. „Die russischen Behörden müssen den Prozess gegen die bisher Festgenommen so schnell wie möglich eröffnen und transparent führen“, fordert ROG. „Denn es ist bislang unklar, ob die wahren Täter und Hintermänner unter ihnen sind.“ Daher müsse auch parallel in alle Richtungen weiter ermittelt werden. „Der Mord muss lückenlos aufgeklärt werden. Mögliche Verstrickun-



Tariferhöhung und Mindestlohn

Schweden: Kompromiss in Fragen Urheberrecht

Schwedische Journalistinnen und Journalisten haben eine deutliche Lohnerhöhung von 10 Prozent und einen Mindestlohn erstritten. „Ein großer Erfolg“, meint der Journalistenverband SJF. Aber es gibt auch kritische Stimmen.

Ende August einigte sich der Verband Schwedischer Zeitungsverleger und der SJF über einen neuen Tarifvertrag. Betroffen sind 6.000 Journalistinnen und Journalisten bei Tageszeitungen. Sie werden ab September über mehrere Stufen in den nächsten drei Jahren eine Lohnerhöhung von insgesamt 10,2 Prozent bekommen. Neu ist, dass jeder mit mindestens 15 Berufsjahren bis 2008 einen Mindestlohn von 2.700 Euro erhalten soll.

„Ich bin sehr stolz, dass wir es geschafft haben, den Kolleginnen und Kollegen mit den niedrigsten Löhnen zu helfen“, sagt Agneta Lindblom-Hulthén, Vorsitzende der SJF. „Die mächtige IG Metall Schwedens und andere Gewerkschaften schafften das bisher so nicht“.

■ Vielfältige Streikaktionen

Allerdings haben die anderen Verbände den Arbeitgebern während der Tarifverhandlungen auch nicht mit so umfassenden „Guerilla-Aktionen“ gedroht wie die Journalistengewerkschaft. Mitte August schienen die laufenden Tarifverhandlungen für rund 5.500 Tageszeitungs- und Onlinejournalisten in Schweden zu scheitern. Daraufhin hatte der SJF zu Streikaktionen ausgerufen: Keine Arbeit nach 18 Uhr in vielen Redaktionen, überhaupt keine Arbeit in den Webredaktionen und keinerlei Befassung mit Anzeigen. Auch beim Layout sollte die Produktion der Zei-

tungen kräftig gestört werden. Die Arbeitgeber drohten ihrerseits mit Aussperrung der Journalisten in über 60 Zeitungsbetrieben. So weit kam es jedoch nicht. Nur wenige Stunden vor dem Inkrafttreten der Maßnahmen gab es am 30. August den neuen Tarifvertrag.

■ Abschlüsse vor Ort

„Der Vertrag bringt unsere Mitgliedsbetriebe in eine finanziell angespannte Lage“, sagt der Arbeitgebervertreter Björn Svensson in einer Pressemitteilung. „Wir mussten jedoch Schäden des Konfliktes vermeiden“.

In einer Frage waren die Parteien in dieser Tarifrunde besonders weit von einander entfernt: Wie soll die Bezahlung für die weitere Nutzung Texte, Bilder, Videos und Tonaufnahmen von Redakteurinnen und Redakteuren erfolgen? Die Arbeitgeber wollten nur eine Pauschale von 180 bis 200 Euro pro Jahr für die gesamte Werke-Nutzung im Internet bieten, aber sonst nichts. Dagegen wehrte sich die Gewerkschaft. Fast in letzter Minute kam es zum Kompromiss. „Wir überlassen es nun den einzelnen Betriebsleitungen mit der Gewerkschaft vor Ort einen Abschluss auf lokaler Ebene zu schließen. Dabei gibt es die Möglichkeit, sich auf einen höheren Betrag zu einigen“, sagt Agneta Lindblom-Hulthén.

Dazu gibt es natürlich kritische Stimmen in der Gewerkschaftsbasis. So besteht die Meinung, dass ein Erfolg in den Unternehmen nur dort erreicht werden kann, wo die Gewerkschaft sehr stark ist. Bei einer schwachen Gewerkschaftsvertretung haben die Arbeitgeber das Sagen. Am radikalsten sieht das der Journalist Christer

Lövkvist vom „Göteborgs-Posten“. Er meint, es wäre besser die Nutzungsrechte gleich vollständig zu verkaufen, aber dafür sehr hohe Löhne einzufordern. „In der Praxis haben wir ja bereits schon jetzt unser Urheberrecht verloren“, schreibt er in der SJF-Zeitung „Journalisten“. Lövkvist ist verärgert, weil den Journalisten in der Regel nur eine symbolische Summe bezahlt wird. Als Protest kündigt er sogar seinen Austritt aus der Gewerkschaft an.

„Ich sehe das ganz anders“, meint Agneta Lindblom-Hulthén. „Die Arbeitgeber wollten uns am liebsten keinen extra Cent geben. Deshalb bedeutet die Lösung mit lokalen Abschlüssen nicht nur eine gute Chance doch etwas rauszuholen, sondern auch die Erhaltung eines wichtigen Prinzips: extra Bezahlung für extra Nutzung. Insofern könnte der Abschluss sogar ein Signal setzen für die Tarifverhandlungen in anderen europäischen Ländern“.

Allerdings macht sich auch die Gewerkschaftsführerin Sorgen um zukünftige Tarifverträge. Der Grund: Der Arbeitsmarkt in Schweden stehe vor einer „Proletarisierung des Berufes“. Jedes Jahr verlassen etwa 1000 neu ausgebildete Journalisten die Schwedischen Universitäten und Hochschulen. Der Arbeitsmarkt kann aber höchstens die Hälfte verkraften. Die Schwedische Hochschulbehörde (HSV) gibt ihr Recht: „Der Zugang von Medienauszubildenden ist deutlich überdimensioniert“, heißt es in einer Auswertung der Journalistenausbildungen von 2006. „Die Zahl der Ausbildungsplätze müsse verringert werden“.

Die einzelnen Hochschulen tun sich dabei schwer. Wie zuvor stehen junge Menschen Schlange vor den Unis mit dem Wunsch „Irgendwas mit Medien“ zu werden. Die entsprechenden Ausbildungsgelder sind wichtige Einkommensquellen der Unis.

■ Hoher Organisationsgrad

„Wenn das so weiter geht, ist fraglich, ob wir zukünftig noch so gute Abschlüsse haben werden wie 2007“, meint Agneta Lindblom-Hulthén. „Die Proletarisierung wird im schlimmsten Fall dazu führen, dass junge Kollegen sich für den niedrigsten Lohn verkaufen, um überhaupt einen Job in den Medien zu bekommen“. Dabei baut die Journalistengewerkschaft auf den derzeitigen Organisationsgrad von fast 90 Prozent bei den derzeit tätigen Journalisten. Wer weiß, ob das bei den vielen Neulingen ebenso gelingen werde. „Der hohe Organisationsgrad ist jedoch eine absolute Voraussetzung für gute Tarifabschlüsse“, meint die Gewerkschaftschefin. Christoph Anderson ■

Journalismus aktuell

ABP, München. 26./27. November: Journalisten als Buchautoren – Von der Idee zum Marketing.

ABZV, Bonn. 19./20. November in Stuttgart: Journalisten als Erzähler.

ADB, München. 22. und 23. November: Rundfunk, Mobilfunk, Internet – Rechtlicher Rahmen für Content und Programmgestaltung.

AFP, Hamburg. 22./23. November: Berufsfeld Sachbuchautor. 6./7. Dezember: Schreibcoaching V. 8. Dezember: Literarisches für Profischreiber. 14. Dezember: Die große Form.

AKAD, Berlin. 6. Dezember: Beginn Online-Kurs „Erfolgreich als Autor: Buchidee – Expose – Veröffentlichung“.

APB, Tutzing. 12. bis 16. November: Alles, was recht ist – Medienrecht und Gerichtsberichterstattung. 26. bis 30. November: Zwischen Information und Unterhaltung – Perspektiven des Fernsehjournalismus.

BKB, Wolfenbüttel. 24. bis 26. November: Basiskurs Erzählen V – Dramaturgie und Spannung. 26. bis 28. November: Basiskurs Erzählen VI – Mit allen Sinnen schreiben.

BPB, Bonn. 18. November in Hattingen: Podcasts, Vlogs, Phlogs – Verändert neue Social Software die Mediennutzung? 3. Dezember in Eiterfeld (Hessen): Die ganze Welt auf einen Klick?

DGB, Hattingen. 11. bis 16. November: Gläsern im Internet. 11. bis 16. November: Typisch Frau – Typisch Mann. Männliche und weibliche Akteure in den Medien und gesellschaftliche Zuweisung v. Geschlechterrollen.

EMA, Berlin. 6. bis 8. Dezember: Recherchetraining.

IFP, München. 8. bis 10. Dezember in Augsburg: Auf verschlungenen Pfaden – Recherche intensiv.

JHB, Hagen. 26. bis 28. November: Spannend schreiben. 3. bis 5. Dezember: Newsdesk. 3. bis 6. Dezember: Workshop Feature.

JSR, Essen. 10. bis 14. Dezember: Politikberichterstattung.

KLARA, Berlin. 26./27. November: Special-Interest-Magazine. 3./4. Dezember: Web 2.0. 11./12. Dezember: Recherche im Web 2.0.

MAZ, Luzern. 3. bis 5. Dezember: JournalistInnen, Lobby und Politik.

MEZ, Berlin. Abendseminare: 28. November: Crossmediales Arbeiten. 29. November: Verwertung und Urheberrecht.

NA, Hamburg. 26./27. November in

München: Kreatives Texten. 29./30. November in Zürich: Schreib- und Redigierwerkstatt. 3./4. Dezember in Berlin: Reden schreiben. 4. Dezember in Köln: Kommunikation 2.0. 5. Dezember in Berlin: Journalistenknigge.

Journalistische Formen

ABP, München. 19. bis 23. November: Strategien und Psychologie der Interviewführung.

ABZV, Bonn. 10./11. Dezember in Stuttgart: Das Portrait. 12./13. Dezember in Stuttgart: Interviewtechnik.

AFP, Hamburg. 19. bis 21. November: Das Portrait. 3. bis 5. Dezember: Das Feature.

AM, Düsseldorf. 17./18. November: Das Portrait – Print-Workshop.

APB, Tutzing. 3. bis 7. Dezember: Web 2.0 – Kommunikation, Netzwerke und Social Software.

IFP, München. 19. bis 21. November in Augsburg: Der Mensch im Mittelpunkt – Portraits schreiben.

JSR, Essen. 3. bis 7. Dezember: Reportage.

MAZ, Luzern. 19. bis 21. November: Kommentar – Worte zu Taten.

MH, Hamburg. 1./2. Dezember: Kurzgeschichte.

Journalistische Themen

ABP, München. 28. bis 30. November: Europa als journalistisches Thema.

ABZV, Bonn. 26./27. November in Blaubeuren: Gerichtsberichte in der Tageszeitung. 5./6. Dezember in Blaubeuren: Der Haushalt der Gemeinde.

BPB, Bonn. 19. bis 23. November in Augsburg: Migration – die ungenutzte Chance fürs Lokale.

FAZ, Frankfurt. 19. November: Bilanzen verstehen und richtig interpretieren.

MH, Hamburg. 14. bis 16. Dezember: Grundkurs Reisejournalismus.

NA, Hamburg. 30. November in München: Grundlagen der Finanzkommunikation.

Volontäre

ABP, München. 19. bis 30. November: Grundkurs I – Zeitschrift. 19. bis 30. November in Kulmbach: Grundkurs II – Zeitung. 3. bis 14. Dezember: Grundkurs II – Zeitschrift.

AFP, Hamburg. 19. November bis 14. Dezember: Kompaktkurs Fernsehen.

DHA, Oberhausen. 26. November

bis 7. Dezember: Grundkurs für Radiovolontäre – Modul I.

Journalismus online

AKAD, Berlin. 22. November: Beginn Online-Kurs „Webgerecht Texten“.

22. November: Beginn Online-Kurs „Joomla! erweitern“.

KEP, Wetzlar. 23. November: Schreiben fürs Web.

MAZ, Luzern. 27. November: Web-Journalismus 2.0 – Modul I. 4. Dezember: Web-Journalismus 2.0 – Modul II. 5. Dezember: Schreiben für Web und Intranet.

NA, Hamburg. 19. November in Zürich: Texten fürs Internet.

29. November: Internet-Newsletter. 13. Dezember: Texten fürs Internet.

Fotografie

KLARA, Berlin. 3. bis 7. Dezember: Fortbildung zum Bildredakteur. 7./8. Dezember: Das informative Foto.

MAZ, Luzern. 26. bis 28. November: Architektur & Landschaft – Konzept & Farbe.

Layout / Infografik

ADB, München. 22./23. November: Kosten optimieren in der Herstellung.

JHB, Hagen. 19. bis 23. November: Programmtraining GoLive & Website-Gestaltung. 26. bis 29. November: Acrobat & Digitale Pressemappe.

MAC, München. 23. November bis 22. Dezember in Hamburg, 26. November bis 6. Dezember in Köln, 12. bis 22. Dezember in München (jeweils 10-tägig): Desktop Publishing. 10./11. Dezember in München und 10./11. Dezember: Stuttgart: Acrobat Print Professionell.

23. November bis 1. Dezember in Hamburg, 26. bis 29. November in Köln, 12. bis 15. Dezember in München: Photoshop Grundkurs.

30. November/1. Dezember in Köln, 7./8. Dezember in Hamburg: Photoshop Aufbaukurs. 3. bis 5. Dezember in Köln: Photoshop Spezialkurs II – Virtuelle Schönheitsfarm.

6./7. Dezember in Köln: Photoshop – Image Ready.

30. November/1. Dezember in Köln, 30. November/1. Dezember in Hamburg: Freehand.

30. November/1. Dezember in Köln, 7./8. Dezember in Hamburg: Adobe Illustrator.

10./11. Dezember in München: Infografiken erstellen.

28./29. November in Stuttgart:

28./29. November in München, 7./8. Dezember in Köln: InDesign für Umsteiger.

3. bis 6. Dezember in Köln, 14. bis 22. Dezember in München: InDesign.

3. bis 6. Dezember in Köln, 14. bis 22. Dezember in Hamburg: QuarkXPress.

Hörfunk

ABP, München. 3. bis 5. Dezember: Interview – Hörfunk und Fernsehen.

AM, Düsseldorf. 30. November/1. Dezember: Kino im Kopf – Das Radio-Minifeature (Rundfunkjournalismus Spezialkurs).

DHA, Oberhausen. 17./18. November: Workshop Wort – Themen, Handwerk und Recherche. 19. bis 23. November: Grundkurs Moderation.

24. November: Aircheck. 8. Dezember: Workshop Wort – Schreiben fürs Hören. 10./11. Dezember: Workshop Moderation – Redaktionelle und innovative Moderation. 14. Dezember: Podcasting – Das neue Radio.

EMA, Berlin. 22./23. November: Feedback zum Hörfunk-Feature.

IFP, München. 18. bis 21. November in Ludwigshafen: Grundkurs Sprechen für Hörfunk und Fernsehen.

KLARA, Berlin. 6./7. Dezember: Was Texte zum Klingen bringt.

MAZ, Luzern. 26./27. November: Die Radioreportage – Mit allen Sinnen genießen. 3./4. Dezember: Musik, Mix, Moderation – Bring Drive in deine Sendung.

MEZ, Berlin. Abendseminare: 19. November: Podcast. 20./21. November: Nachrichten. 23. und 30. November: Sprechtechnik. 26. November und 3. Dezember: Sprechen und Moderieren. Tagesseminar: 8./9. Dezember: Hörbuch.

MH, Hamburg. 7. bis 9. Dezember: Radio-Comedy.

MR, Köln. 23. November in Wuppertal: Air-Check. 8./9. Dezember im Rhein-Erft-Kreis: Der rote Faden – Tipps für eine gute Moderation.

NA, Hamburg. 7. Dezember: Podcasts in der Kommunikation.

PFA, Frankfurt. 24. November: Radiopannen – Wenn beim Radio alles schief läuft. 8. Dezember: Moderation im Privatradio.

Film & TV

AM, Düsseldorf. 6. bis 8. Dezember: Als Videoreporter digital und effizient produzieren (Rundfunkjournalismus Kurs 10).

BKB, Wolfenbüttel. 18. bis 20. November: Humor ist, wenn man trotz-

dem Licht – die dramatische Comedy (Autorenarbeit für den TV-Markt).
DWH, Hamburg. 17. und 24. November: Aufbaukurs II – Von der Idee zum Exposé.
FHB, Hamburg / Berlin. 24./25. November: Für TV-Serien schreiben.
 30. November bis 2. Dezember: Einführung Drehbuchschreiben.
FM, Münster. 23. bis 25. November: Kameraassistenten. 8. bis 14. Dezember: Masterschool Dokumentarfilm – Modul III. 7. bis 9. Dezember: Schnittseminar 16mm.
IP, Stuttgart. 17./18. November: Schreiben für Kino und TV – 8-Sequenz-Modell. 13. Dezember: Senderprofile. 14. Dezember: Formatkunde – Drehbuch.
KFH, Köln. 24./25. November: Produktionsleitung. 8./9. Dezember: Werbefilmproduktion. 6. bis 9. Dezember: Frauen hinter der Kamera. 8./9. Dezember: Meister des Lichts und der Bewegung.
KLARA, Berlin. 20. bis 23. November: Videoreporter. 28./29. November: Drehbuch schreiben.
RTL, Köln. 20. bis 22. November: Re-enactment – Bilder schaffen, wo keine Bilder sind. 26. bis 30. November: TV-Kompaktkurs Video-Journa-

lismus. 10. bis 12. Dezember: Umsetzung bildschwacher Themen. 13./14. Dezember: Journalistische Kreativität II – Kreative Bildsprache im Fernsehen.
VSM, München. 8. Dezember: Faszination von Licht und Farben – Praxis-Seminar Weihnachtsmarkt.

Film- & TV-Technik

BET, Hamburg. 19. bis 22. November in Köln: Videotechnik Operating. 23. bis 25. November in Köln: Videotechnik Spezial HD. 30. November: Videotechnik Editing HD. 3. bis 5. Dezember: Videotechnik Spezial HD.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 26. bis 28. November: Moderation und Diskussionsleitung für Führungskräfte. 29./30. November: Kreatives Schreiben – PR-Aufbauseminar. 3. bis 7. Dezember: Public Relations für Non-Profit-Organisationen. 10. bis 12. Dezember: Moderieren von Veranstaltungen, Diskussionsforen und auf Messen. 10. bis 14. Dezember in Kulmbach: Public Relations. 13. bis 15. Dezember: MiR – Krisen-, Konfliktmanagement und

redaktionelles Arbeitsrecht.
ABZV, Bonn. 26./27. November: Selbstmarketing und Präsentation.
ADB, München. 5. November: Fachverlagskonferenz „Go to Market! – innovatives Marketing- und Vertriebsstrategien im Fachinformationsmarkt“. 5. November: Kinder- und Jugendmarktkonferenz „Manga, Magier, Avatare – Parallelwelten von Kindern und Jugendlichen“. 19./20. November: Change Management. 30. November: Themenmanagement für Fachzeitschriften. 21. November: CP in der Praxis – Journalistisch und Kunden orientiert schreiben. 26./27. November: Community Communication im CP. 3./4. Dezember: Neue Fachzeitschriften entwickeln – Von der Strategie zur Innovation. 10. Dezember: Markenführung durch journalistische Kommunikation.
AFP, Hamburg. 26./27. November: Die Mitarbeiterzeitschrift.
AM, Düsseldorf. 21./22. November: Softskills für Medienmenschen – Kommunikationstraining. 29./30. November: Überzeugend vor Publikum – Training „Sprecher-Persönlichkeit“. 7. Dezember: Brillant präsentieren – Techniken erfolgreicher Information.
AR, Remscheid. 21. bis 23. Novem-

ber: Fachtagung PR-Update.
COP, Köln. 23./24. November in Hamburg: Durch gefördertes Einzel-Coaching zu Bestleistungen! 24./25. November in Hamburg: Orientierung für Medienschaffende – Marktstärke aus Leidenschaft. 10./11. Dezember: Sinnstiftende Karrieren – Aus Überzeugung erfolgreich. Weitere Coaching- und Karriereseminare unter: www.cop-morrien.de.
EMA, Berlin. 23. November in Stuttgart: 3. Forum Öffentlichkeitsarbeit. 3./4. Dezember: Mit professioneller Gelassenheit – Umgang mit den Medien.
FAZ, Frankfurt. 20./21. November: Crashkurs Rhetorik. 21./22. November: Vertragsrecht für Nicht-Juristen. 22./23. November: Führungstools für schwierige Situationen. 27./28. November: Rhetorik für Fortgeschrittene. 27./28. November: Interviewtraining. 29./30. November: Stressmanagement – So bleiben Sie leistungsfähig. 4. Dezember: Change Management. 4./5. Dezember: Überzeugend präsentieren.
FES, Bonn. 30. November bis 2. Dezember in Bad Münstereifel: Projektteams und Gruppenprozesse leiten. 10. bis 14. Dezember in Würzburg: Rhetorik – Basis.
IFP, München. 30. November bis 2. Dezember in Ludwigshafen: Profil zeigen – Vermarktungsstrategien und Organisation für freie Journalisten.
ISFF, Berlin. 17. November: Marketing für die eigene Karriere.
JA, München. 30. November bis 2. Dezember: Die Kundenzeitschrift – Vom Konzept zum fertigen Heft (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 3. bis 7. Dezember: Grundlagen Pressearbeit.
KLARA, Berlin. 10. bis 14. Dezember: Fortbildung zum Pressesprecher.
MEZ, Berlin. 4. bis 6. Dezember: Website selbst gemacht.
MH, Hamburg. 23. bis 25. November: Grundkurs Pressearbeit. 1./2. Dezember: Moderationstraining.
NA, Hamburg. 19./20. November: PR-Konzeption für Einsteiger. 22./23. November: Pressearbeit für Einsteiger. 28./29. November in München: Veranstaltungen professionell moderieren. 3./4. Dezember: Kreativität und Präsentationsstärke in Projekten. 5. Dezember: Präsentationstraining für Einsteiger. 5./6. Dezember in Köln: Pressearbeit mit Fernsehsendern. 10./11. Dezember: Kommunikative Kompetenz im Kundenkontakt. 14. Dezember: Moderationstraining für Führungskräfte.

➤ Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind abrufbar bei: http://mmm.verdi.de/adressen_seminare

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de
AFP Fon 040 / 41 47 96 – 0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de
AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de
APB Fon: 081 58 / 256 – 0, www.apb-tutzing.de
AR Fon: 0 21 91 / 794 – 0, www.akademieremscheid.de
BET Fon 040 / 4 10 84 – 0, <http://bet.de>
BKB Fon 053 31 / 808 – 418, www.bundesakademie.de
BPB Fon: 018 88 / 51 55 58, E-Mail: floeper@bpb.de
COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.cop-morrien.de
DHA Fon 02 08 / 62 13 50, www.hoerfunkakademie.de

DGB Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
DWH Fon 040 / 39 03 722, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de
EMA Fon 030 / 310 01 – 417, www.evangelische-medienakademie.de
FAZ Fon 069 / 75 91 – 20 76, www.seminare-faz-institut.de
FES Fon 02 28 / 883 – 0, www.fes.de
FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
FM Fon 02 51 / 230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de
IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
IP Fon 0711 / 997 86 91, www.interspherial.com
ISFF Fon 030 / 20 09 27 442, www.isff-berlin.eu
JA Fon 089 / 16 751 – 06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de

KEP Fon 064 41 / 91 51 66, www.cma-medienakademie.de
KFH Fon 02 21 / 222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.klaraberlin.de
MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
MR Fon 02 21 / 16 42- 36 38, www.erzbistum-koeln.de/medien/rundfunk
NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
PFA Fon 069 / 92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
RTL Fon 02 21 / 82 02- 0, www.rtl-journalistenschule.de
VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de

termine

Journalismus

Andere Zeiten

HAMBURG. „Weihnachten“ lautet das Thema des Andere-Zeiten-Journalistenpreises 2008. Wie kann heute – angesichts einer wachsenden Sehnsucht nach Spiritualität und Meditation – Weihnachten jenseits von Kommerzialisierung und Geschenkewahn begangen werden? Beiträge dazu müssen zwischen dem 1. Dezember 2007 und dem 12. Januar 2008 veröffentlicht werden. Der Preis ist mit insgesamt 6.000 Euro dotiert, teilnahmeberechtigt sind alle JournalistInnen deutschsprachiger Zeitungen, Zeitschriften und des Hörfunks. Einsendeschluss: 4. Februar 2008. Der Preis ist mit insgesamt 6.000 Euro dotiert. Infos: Iris Macke, Andere Zeiten e.V., Fon: 040 / 47 11 27 50, E-Mail: macke@anderezeiten.de, www.anderezeiten.de

Reuters Fellowships

OXFORD. Das Reuters Institute der Oxford-University bietet Stipendien für etablierte Journalisten in der Karrieremitte. Sie erhalten die Möglichkeit, drei bis neun Monate in Oxford zu studieren und Themen intensiver zu bearbeiten, als es im Redaktionsalltag möglich ist. Jeweils 25 Journalisten aus der ganzen Welt studieren maximal drei Semester an der Oxford-University; Studienbeginn ist im Oktober, Januar oder April. Die Stipendiaten nehmen an Seminaren teil und verfassen Texte, die akademische Standards erfüllen. Jedem Teilnehmer wird als Tutor ein Experte für das gewählte Spezialthema vermittelt, das Spektrum ist weit gefächert. Das Stipendium umfasst die Kosten für Reise, Unterbringung und Lebensunterhalt. Bewerbungsschluss für 2008/2009: 30. Januar. Informationen: The Reuters Institute for the Study of Journalism, Fon: +44 (0)1865 611090, E-Mail: reuters.institute@politics.ox.ac.uk, http://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/fellowships/reuters_foundation_fellowships.html.

KAS-Stipendium

Ausbildung zum Journalisten parallel zum Studium? Möglich macht dies ein Stipendium der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Bewerben können sich Abitu-

rianten und Studienanfänger aller Fachrichtungen mit Berufsziel „Journalismus“. Die Ausbildung bietet mehrwöchige Seminare zum Print-, Radio-, Fernseh- und Online-Journalismus, Praktika bereiten auf den Berufseinstieg vor. Am Ende bescheinigt ein Zertifikat einen volontariatsadäquaten Abschluss. Von den Bewerbern werden erste journalistische Erfahrungen, überdurchschnittliche Schul- bzw. Hochschulleistungen sowie gesellschaftliches Engagement erwartet. Die finanzielle Förderung erfolgt angelehnt an die BAföG-Richtlinien, dazu gibt es ein monatliches Büchergeld von 80 Euro. Bewerbungsfrist für das nächste Ausbildungsprogramm: 15. Januar 2008. Infos: Marcus Nicolini, KAS, Fon: 0 22 41 / 246 22 89, E-Mail: Marcus.Nicolini@kas.de, www.journalisten-akademie.com.

Film

Frauenfilmfestival

DORTMUND / KÖLN. Vom 23. bis 27. April 2008 läuft in Köln das Internationale Frauenfilmfestival. Im Länderfokus stehen die tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen in China. Im internationalen Wettbewerb für Debüt-Spielfilme von Nachwuchs-Regisseurinnen wird ein mit 10.000 Euro dotierter Preis vergeben. In der Sektion „Panorama“ werden inhaltlich und formal mutige und innovative Filmproduktionen der Jahre 2006/2007 von Regisseurinnen aus aller Welt vorgestellt; die Produktionen reichen vom Experimentalfilm bis zum abendfüllenden Spielfilm. Die Sektion „Quer Blick“ bietet einen breiten Überblick über die aktuellen Lesben- und Transgenderfilme der beiden letzten Jahre. Einreichschluss (alle Sektionen): 30. November. Infos: Stefanie Götz, c/o Kulturbuero Dortmund, Fon: 02 31 / 50 – 254 80, www.frauenfilmfestival.eu.

Trickfilmfestival

STUTT GART. Das Internationale Trickfilm-Festival vom 1. bis 6. Mai 2008 zeigt Animationsfilme aller Art. Filme, die Ende 2006 oder im Jahr 2007 produziert wurden, können für eine der folgenden Wettbewerbskategorien eingereicht werden: Internationaler Wettbewerb, Young Animation (Studentenfilm-Wettbewerb), Tricks for Kids (Kinderfilm-Wettbewerb), AniMovie (Langfilm-Wettbewerb), Animated Series sowie Under Commission (Wettbewerb für Auftragsfil-

me). Erstmals können Filme im hoch auflösenden DCP-Format vorgeführt werden. Die Wettbewerbe sind mit über 50.000 Euro dotiert. Einreichschluss: 1. Dezember. Infos: Internationales Trickfilm-Festival Stuttgart, Andrea Bauer, Fon: 07 11 / 925 46 – 0, E-Mail: bauer@festival-gmbh.de, www.itfs.de.

Rundfunk

Frankfurter Hörfunkgespräche

FRANKFURT. Unter dem Motto „Networks, Kooperationen, Koproduktionen – Vielfalt im Radio durch Synergien?“ diskutieren am 21. November Verantwortliche und Radiomacher: Funkhäuser kaufen zunehmend nicht nur Korrespondentenberichte für die Nachrichten, sondern ganze Sendestrecken ein. Der Gesetzgeber ist auf den Erhalt der Vielfalt bedacht, was bei den Privaten durch Lizenzverfahren, Kooperationen und Übernahmen beschränkt ist. Private Radiomacher beklagen diese Benachteiligung gegenüber den ARD-Anstalten, wo Austausch und Koproduktionen zum Alltag gehören. Wie können die Vorgaben der Landesmedienanstalten eingehalten und trotzdem Synergieeffekte erzielt werden? Und wie wirkt sich das auf das Radioangebot aus? Ort: Frankfurter Presse-Club e.V., Saalgasse 30, 60311 Frankfurt am Main, Informationen: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Claudia Cippitelli, Fon: 069 / 580 98 – 156, E-Mail: mbuechel@gep.de, www.gep.de.

LFK-Medienpreis

Baden-Württemberg

STUTT GART: Die Landesanstalt für Kommunikation vergibt den Medienpreis für besondere Leistungen im privaten Rundfunk. Bewerben können sich feste und freie Mitarbeiter sowie Volontäre aller in Baden-Württemberg lizenzierten privaten Rundfunkveranstalter, freie Produzenten und Autoren sowie Auszubildende bei den Lernradios, Hochschulen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen in elf Kategorien. Im Hörfunk werden die besten Beiträge in den Kategorien Information, Unterhaltung, Werbung und Promotion, Volontäre/Hochschulen/Ausbildungseinrichtungen sowie Nichtkommerzielle Veranstalter ausgezeichnet. Im Fernsehen werden Preise in den Kategorien Information, Regionale Wirtschaftsberichterstattung, Werbung und Promotion, Video-

journalist, Volontäre sowie Hochschulen/Ausbildungseinrichtungen vergeben. Der LFK-Medienpreis ist mit insgesamt Euro 33.000 dotiert. Einreichschluss: 3. Dezember. Informationen: Dr. Angela Frank, Fon 07 11 / 6 69 91 – 24, <http://www.lfk.de/ausschreibungen/medienpreis/main.html>.

Fotografie

Darmstädter Tage der Fotografie

DARMSTADT. Das Darmstädter Festival für Fotografie vom 18. bis 20. April 2008 steht unter dem Motto „Querdenker – vom Kopf an die Wand“. Neben der Hauptausstellung gibt es ein Rahmenprogramm an verschiedenen Ausstellungsorten der Stadt (Galerien, Museen, OFF-Places). Gesucht werden fotografische Arbeiten zum Jahresthema – von Autoren mit einem extrem eigenen Blick auf die Welt und das Leben. Aufgefordert sind Bildersucher, die nicht den Zeitgeist bedienen, sondern phantasievoll und originell quer denken. Bewerbungsschluss: 15. November. Kontakt: Darmstädter Tage der Fotografie e.V., Kittlestr. 34, 64289 Darmstadt, <http://www.dtdf.de>.

Fotobild-Berlin

BERLIN. Vom 8. bis 11. November will die Messe Fotobild-Berlin Fotografen mit denen in Kontakt bringen, die professionell Fotografie verkaufen, verwerten oder sammeln. Beim „Viewing“ haben Fotografen die Chance, ihre Werke mehr als 80 Experten der Fotokunstszene zu präsentieren. Die teilnehmenden FotografInnen erhalten ein qualifiziertes Feedback zu den vorgelegten Arbeiten sowie praktische Hinweise zur Weiterverfolgung eigener Projekte. Die Gespräche finden nach vorheriger Anmeldung statt. Anmeldeschluss: 28. Oktober. Ort: stilwerk, Kantstrasse 17, 19623 Berlin. Kontakt: Petra Prah, Fon: 030 / 42 01 92 03, E-Mail: p.prah@fotobild-berlin.de.

Ausstellung Polizeifotografie

MANNHEIM. Das Museum „Zephyr – Raum für Fotografie!“ präsentiert bis zum 6. Januar die Ausstellung „Spurensuche – Polizeifotografie in Mannheim 1946 – 1971“. Die Fotografen der Mannheimer Polizeidirektion wollten keine „schönen“ Bilder anfertigen. Vielmehr stand das Dokumentarische im Vordergrund: Die Bilder sollten es ermöglichen, die Gegebenheiten vor

Ort exakt zu definieren. Die Orte sind Tat- und Unfallorte, was oft nicht zu erkennen ist, Alltagsleben wird ungeschönt und direkt sichtbar. Dennoch entstanden historisch und soziologisch bedeutsame Aufnahmen mit künstlerischen Aspekten. Orte: Museum Weltkulturen der Reiss-Engelhorn-Museen D5 und Galerie PP Art im Polizeipräsidium Mannheim, L6.1. Informationen: ZEPHYR Raum für Fotografie!, Fon: 06 21 / 293 21 20, E-Mail: mail@zephyr-mannheim.de.

Gute Aussichten

Die Gewinner des Nachwuchsförderungs-Projektes „gute aussichten – junge deutsche fotografie 2007/2008“ stehen fest: 10 Arbeiten aus 83 Einsendungen von 11 jungen Fotograf(in)en mit ca. 200 Motiven, 4 Büchern, 2 DVDs, 2 Magazinen, 2 Rauminstallationen und 1 Zeitung. Die Auftakt-Ausstellung mit den Gewinnerfotos von „gute aussichten – junge deutsche fotografie 2007/2008“ beginnt am 26. Oktober ab 19 Uhr in Köln im Forum für Fotografie, Schönhauser Str. 8! Weitere Ausstellungstermine:

01–02/08: Hamburg, Haus der Photographie, Deichtorhallen, 03–05/08: Burghausen, Haus der Fotografie, 05-07/08: Berlin, Martin Gropius Bau (in Kooperation mit dem Museum für Fotografie). Die Gewinner-Liste zum Herunterladen und weitere Infos im Pressekit: www.guteaussichten.org/index.php?id=9

leute

Wolfgang Bergmann, Leiter des ZDF-Theaterkanals, übernimmt zusätzlich die Leitung der neuen Theaterakademie Baden-Württemberg in Ludwigsburg.

Wolfgang Bok, von 1994 bis 2006 Chefredakteur der Heilbronner Stimme, wurde Direktor bei der Kommunikationsagentur Scholz & Friends an den Standorten Stuttgart und Berlin.

Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur haben unter dem Eindruck der Bedrohung durch den internatio-

nen Terrorismus und seiner Abwehr einige Programmbereiche umstrukturiert. Die Abteilung „Hintergrund“ beim Deutschlandfunk wurde in die zwei Redaktionsbereiche Innenpolitik sowie Außenpolitik und Europa aufgeteilt. Erstere leitet **Peter Kapern**, zuvor Korrespondent des Deutschlandradios in Brüssel; die Leitung der zweiten Redaktion übernahm **Ursula Welter**, bisher Redakteurin in der Wirtschaftsredaktion. **Thilo Köbler**, zuletzt Leiter der Redaktion Europa, löste als Leiter der Abteilung „Hintergrund“ **Rolf Clement** ab, der seine journalistische Arbeit für beide Programme des Nationalen Hörfunks auf die Themen Militärpolitik sowie innere und äußere Sicherheit konzentriert. Aus Brüssel berichtet künftig **Doris Simon**, bisher Reporterin und Moderatorin im „Zeitfunk“ des Deutschlandfunks.

Karin Ecker-Spaniol, Photo Director bei Elle (Burda), folgt als stellv. Chefredakteurin der Zeitschrift auf **Franziska Dömges**, die zum 1. Januar '08 in gleicher Funktion den Bereich Elle Extensions (Online-Auftritt, die regionalen Städteausgaben Elle Plus, Specials) übernimmt.

Ilka Eßmüller, bisher Anchor von „RTL Aktuell Weekend“, übernimmt zum 1.1. 2008 die Hauptmoderation des „RTL-Nachtjournals“ von **Susanne Kronzucker**.

Astrid Frohloff, früher Korrespondentin im Nahen Osten, zuletzt Moderatorin des Magazins „N24 Wissen“ (N24), wechselte als Moderatorin der Talksendung „Im Palais“ zum RBB Fernsehen.

Ralf Geisenhanslüke, bislang stellv. Chefredakteur der Tageszeitung Die Glocke (Oelde/Westfalen), löst zum 1. Januar 2008 als Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung **Joachim Umbach** ab, der sich auf seine Aufgaben als Mediendirektor des Medienhauses Schwäbischer Verlag (Leutkirch) konzentrieren wird.

Dunja Hayali, bisher schon beim ZDF als Journalistin und Moderatorin tätig, löste in der Moderation des ZDF-„Morgenmagazins“ **Juliane Hielscher** ab.

Heike Hempel, derzeit Leiterin der Redaktionen Fernsehfilm II und Das kleine Fernsehspiel beim ZDF, folgt zum 1. Januar 2008 als Chefin der ZDF-Hauptredaktion Unterhaltung-

Wort auf **Claus Beling**. Er wird weiterhin die Reihe „Das Traumschiff“ redaktionell betreuen.

Betina Heyne, bisher Mitglied der Chefredaktion von InStyle (Burda), wird künftig nur noch beratend für den Titel tätig sein.

Sascha Hingst, zuletzt Moderator beim HR, folgt als Moderator der „Abendschau“ des RBB auf **Friedrich Moll**. Co-Moderatorin ist **Cathrin Böhme**.

Andrea Huss, zuletzt stellv. Chefredakteurin der im Mai eingestellten Zeitschrift Woman (G+J), löste als Redaktionsleiterin von **Brigitte de Sigurn Albert** ab, die ausschied.

Harald John, derzeit Ressortleiter City & Kultur sowie Region Hannover bei der Neuen Presse (Verlagsgruppe Madsack, Hannover), folgt als Chefredakteur des Blatts auf **Christoph Grote**, der zum 1. November Chefredakteur der Stuttgarter Nachrichten wird.

Seit 1. Oktober verstärkt **Thomas Jordan** die Textredaktion von FHM.

Dr. Volker Lilienthal, verantwortlicher Redakteur des Fachdienstes epd medien, wird im Wintersemester 2007/08 die von der Rudolf-Augstein-Stiftung neu geschaffene Professur für „Praxis des Qualitätsjournalismus“ am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft (IJK) der Universität Hamburg vertretungsweise übernehmen. Während seiner Lehrtätigkeit zeichnet die epd-Redakteurin **Diemut Roether** für epd medien verantwortlich.

Nina Maurischat, bislang Chefredakteurin der Zeitschrift Mädchen (AS Mediahouse), folgte als Chefredakteurin der Frauenzeitschrift bella (Bauer Verlagsgruppe) auf **Sven-Christian Güthlein**, der das Unternehmen verließ.

Gaby Milchers löste als Geschäftsführende Redakteurin in der Chefredaktion der Zeitschrift Zuhause Wohnen (Jahreszeiten Verlag) **Thomas H. Freund** ab, der in den Ruhestand trat.

Dieter Moor, Schauspieler und Moderator (u. a. „Kulturzeit“, 3sat), wird in der Nachfolge von **Caren Miosga** ab November die Kultursendung „tut – titel thesen temperament“ (ARD) präsentieren.

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank
Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030/69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung/
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030/69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30, 10969 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030/255 94 – 150
Fax: 030/255 94 – 190
E-Mail: blum@vorwaerts.de

Gültige Anzeigenpreisliste:

Nr. 12 gültig ab 1.1.2007

M im Internet

<http://mmm.verdi.de>

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171/343 88 10

Druck und Vertrieb:

alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:

36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711/700 15 30. Für Mitglieder
der Medien-Fachgruppen ist die Bezugs-
gebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten.
ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgrup-
pen zahlen 18 € – eine gesonderte Be-
stellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:

M 10.2007: 1.10.2007

M 11.2007: 1.11.2007

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Erhard Becker

(1. Juli 1912 – 19. September 2007)

Der Vollblutjournalist und hochgeachtete Nestor der ‚dritten Gewalt‘ im Rhein-Neckar-Raum ist am 19. September mit gut 95 Jahren für immer eingeschlafen. „Ede“, unüberhörbar Berliner, hatte schon als Student der Rechts- und Staatswissenschaft nach Hamburg, Berlin und Kiel an Rhein und Neckar Fuß gefasst und sich von Anfang an auch gesellschaftspolitisch etwa als Vorsitzender des Demokratischen Studentebundes (Heidelberg, 1932/33) engagiert. Nach Marine-Einsatz (Artillerist) und französischer Gefangenschaft entschloss er sich, als Publizist „frei“ zu bleiben anstatt die ihm zuerkannte „Befähigung zum Richteramt“ wahrzunehmen. Diesem Vorsatz blieb er zeitlebens treu: Freiheit!

Mit hoher Kompetenz schrieb er für die Süddeutsche Juristen-Zeitung ebenso wie für die damaligen Lokalblätter Mannheimer Morgen und Rhein-Neckar-Zeitung; schließlich aus seiner Wahlheimat Mannheim für die Stuttgarter Zeitung, Rechtliches für Handelsblatt, NZZ und viele andere. Ab 1955 etablierte er sich als Berichterstatter und Kommentator am Standort der höchsten deutschen Gerichte in Karlsruhe, indem er die wöchentliche SDR-Radiosendung „Aus der Residenz des Rechts“ als Autor und Sprecher zu (s)einem Markenzeichen entwickelte. Das brachte ihm 1985 auf dem Anwaltstag den Presse-Preis als „Anwalt des Rechts“ ein – bleibt nur noch zu ergänzen „... und der Demokratie“. Zuvor wurde er 1981 Leiter der SDR-Rechtsredaktion und kaum zu fassen: immer noch als „Freier“. Wie kaum anders zu erwarten war Erhard Becker 1977 Gründungsmitglied der Karlsruher Justizpressekonferenz, eines Tages dann deren Ehrenmitglied. Damit nicht genug: Gründungsmitglied auch bei der Gesellschaft zur Wahrung der Grundrechte Mannheim-Heidelberg.

Daneben, aber niemals nur nebenbei sein Einsatz für Berufsstand und Kollegen: es begann 1950 mit dem Vorsitz des Ortsverbandes Mannheim des Südwestdeutschen Journalistenverbandes (SWJV) und endete noch lange nicht mit der Ehrenmitgliedschaft des Deutschen Journalistenverbandes (1982). Dazwischen ungezählte Jahre Vertreter der Freien im Vorstand des SWJV, 1974/75 dessen Vorsitzender. Als der SWJV in der IG Medien aufging, hat Ede mit voller Kraft mitgezogen, sich dann aber allmählich aus der aktiven Berufspolitik zurückgezogen, ohne den Dialog mit seinen nachgefolgten Kollegen aus dem Auge zu verlieren.

Lutz Franke, Mannheim

Abb.: The Encyclopedia of Illustrations

Rüdiger Oppers, derzeit stellvertretender Chefredakteur der Neuen Ruhr/Rhein-Zeitung, löst zum 1. Dezember als Chefredakteur der NRZ **Richard Kiessler** ab, der außenpolitischer Chefkorrespondent der WAZ-Medien-gruppe wird.

Thorsten Peters, bisher einer der Moderatoren des HR-Fernsehmagazins „Herkules“, folgte als Leiter des Kasseler HR-Fernsehstudios auf **Jörg Rheinländer**, der Leiter der „Hessenschau“ in Frankfurt wird.

Johannes Röhrig, bislang Redakteur im Ressort Politik und Wirtschaft beim Stern, löste als Korrespondent in Brüssel **Tilman Müller** ab, der künftig für die Zeitschrift aus Paris berichtet.

Rouven Schellenberger, bisher Korrespondent im Berliner Büro der FR,

löste in der Chefredaktion des Blatts **Axel Bernatzki** ab und wird zusammen mit **Stephan Hebel** ressortübergreifend für die Tagesproduktion zuständig sein. Bernatzki, bislang stellv. Chefredakteur, übernahm eine Sonderaufgabe im Verlag DuMont Schauberg, dem Mehrheitsgesellschafter der FR: Er wurde Projektleiter für die Einführung eines neuen Redaktionssystems bei den Zeitungstiteln des Verlags.

Prof. **Michael Schmid-Ospach**, Geschäftsführer der Filmstiftung NRW, wurde zum stellv. Vorsitzenden des ZDF-Fernsehrats gewählt.

Stefanie Schneider, bisher Leiterin der Abteilung SWR4 Programm-Management, tritt als Leiterin von SWR4 Baden-Württemberg die Nachfolge von **Martin Bräuning** an, der im Juli starb.

Bernd Schwedhelm, zuletzt Leiter des Ressorts Medizin bei Bild am Sonntag und verantwortlich für die Medizinredaktion von Bild Gesundheit, wird zum 1. Januar 2008 stellv. Redaktionsdirektor des Wort & Bild Verlags (Baierbrunn).

Andreas Singler (Mainz), freier Journalist und wissenschaftlicher Autor mit Schwerpunkt Doping, wird für das neu gegründete Heidelberger Zentrum für Dopingprävention schwerpunktmäßig den Bereich wissenschaftliche Begleitung betreuen. Daneben ist er weiterhin freiberuflich für verschiedene Medien journalistisch tätig.

Thomas Spickhofen, zuletzt Referent in der WDR-Intendanz, übernahm deren Leitung von **Stefanie Frieling**, die künftig in der Fernseh-direktion für die Koordination Rechteerwerbsstrategie zuständig sein wird.

Uschi Strautmann, bisher als Reporterin, Moderatorin und Redakteurin für das SWR Fernsehen und die ARD tätig, löste als Leiterin der Fernseh-abteilung Baden-Württemberg Information beim SWR **Jörg Brüggemann** ab, der aus gesundheitlichen Gründen kürzer treten muss. Er wird zukünftig im Bereich Programmentwicklung in Teilzeit für den Sender tätig sein.

SZ-Personalien: **Oliver Meiler**, zuletzt Korrespondent des Tages-Anzeigers (Zürich) in Rom, berichtet künftig für die SZ aus Singapur über Südostasien. **Christoph Neidhart**, bisher bei der Weltwoche, wurde Korrespondent in Tokio. **Enver Robelli** löste als Bericht-erstatter in Zagreb **Bernhard Küppers** ab, der seine Tätigkeit als Korrespondent beendete. Die neuen Korrespondenten schreiben im Rahmen einer Kooperation auch für den Tages-Anzeiger.

Jürgen Thebrath, stellv. Chefredakteur des WDR, wurde zum Vorsitzenden des Fernsehbeirats der Deutschen Kinemathek gewählt; er vertritt in dem Gremium die ARD. Dem Fachbeirat, der das Museum für Film und Fernsehen berät, gehören u.a. an: **Hans Janke**, stellv. Programmdirektor des ZDF; **Thomas Kreyes**, RTL-Generalsekretär; **Hans Hege**, Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg; **Norbert Schneider**, Direktor der Landesanstalt für Medien NRW und Peter **Paul Kubitz**, Programmdirektor Fernsehen der Stiftung Deutsche Kinemathek.

Jörg Vins, bisher beim SWR Redakteur in der Fachredaktion Religion, Kirche und Gesellschaft, folgte als Leiter dieser Hörfunk- und Fernseh-abteilung auf Dr. **Johannes Weiß**, der Leiter des Kulturprogramms SWR2 wurde.

Michael Voigt, Chefredakteur der Zeitschrift Hifi Test TV Video (Michael E. Brieden Verlag GmbH), wurde zum Video Panel Manager der European Imaging And Sound Association (EISA) ernannt, in der über 50 Fachzeitschriften aus 19 europäischen Ländern jeweils mit ihrem Chefredakteur vertreten sind.

Bernhard Weissberg, bisher Chefredakteur der Gratiszeitung heute, folgt als Chefredakteur der Schweizer Boulevardzeitung Blick auf **Werner de Schepper**.

Hans-Jörg Wiedenhaus, bislang Stellv. des Chefredakteurs beim Hamburger Abendblatt, löste als Chefredakteur der Südwest Presse **Jörg Bischoff** ab, der in den Ruhestand trat.

preise

Der Filmregisseur **David Cronenberg** (Kanada) erhält den Douglas-Sirk-Preis 2007 des Hamburger Filmfests.

Deutscher Fernsehpreis 2007 – eine Auswahl der Preisträger. Fernsehfilm / Mehrteiler: „Rose“ (ARD / BR / SWR / ARTE) von **Alain Gsponer** (Regie) und **Alexander Buresch** (Buch); Schauspielerin: **Maria Furtwängler** („Tatort: Pauline“ und „Tatort: Das namenlose Mädchen“, ARD / NDR); Schauspieler: **Matthias Koeberlin** („Tornado – Der Zorn des Himmels“, ProSieben); Nebenrolle: **Gabriela Maria Schmeide** („Die Flucht“, ARD); Serie: „KDD – Kriminaldauer-dienst“ (ZDF); Sitcom: „Stromberg“ mit **Christoph Maria Herbst** (ProSieben); Regie: **Lars Kraume** für „Guten Morgen, Herr Grothe“ (ARD / WDR); Drehbuch: **Ralf Husmann** für „Stromberg“ und „Dr. Psycho“ (ProSieben); Informationssendung: „RTL Aktuell“; Moderation Information: **Reinhold Beckmann** für sein Interview mit dem Radprofi Bert Dietz (ARD / NDR); Unterhaltungssendung / Moderation Unterhaltung: „Schlag den Raab“ mit **Stefan Raab** und **Matthias Opdenhövel** (ProSieben);

Dokumentation: „Im Schatten der Blutrache“ von **Jana Matthes** und **Andrea Schramm** (ARD / SWR / WDR / ARTE); Reportage: „Menschen hautnah: Der Gotteskrieger und seine Frau“ von **Gert Monheim** (ARD / WDR); Sportsendung: „Blut und Spiele“ von **Petra Höfer**, **Freddie Röckenhaus** und **Francesca D’Amicis** (ARD / WDR); Comedy: **Urban Priol** und **Georg Schramm** für „Neues aus der Anstalt“ (ZDF); Kamera: **Philipp Sichler** („Sperling und die kalte Angst“, ZDF); Schnitt: **Florian Drechsler** („Sperling und die kalte Angst“, ZDF); Förderpreise (je 15.000 €): **Franz Dinda** („Blackout – Die Erinnerung ist tödlich“, SAT.1); **Randa Chahoud**, **Dennis Jacobsen** und **Oliver Jahn** („Ijon Tichy: Raumpilot“, ZDF). Ehrenpreis für sein Lebenswerk: **Götz George**.

Deutscher Sozialpreis / Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege 2007 – Print: **Andreas Bernard**, **Jonathan Fischer**, **Kerstin Greiner**, **Meredith Haaf** und **Johannes Waechter** für „Gefahrenzone“ (SZ Magazin); Hörfunk: **Martina Schulte** und **Andreas Becker** für „Anruf aus Deutschland. Geschichten aus dem Callshop“ (WDR); Fernsehen: **Jo Frühwirth** für „Wo die Liebe fehlt, wächst die Wut. Edeltraut Schmid und ihre Unverbesserlichen“ (SWR). Der Preis ist mit insgesamt 15.000 € dotiert.

Deutsch-Französischer Journalistenpreis – Printmedien (6.000 €): **Michael Kläsgen** für die Reportage „Zimmer ohne Aussicht“ (SZ); Fernsehen (6.000 €): das Magazin „L’Allemagne, la grande mutation?“ (France 2); Hörfunk (6.000 €): **Hélène Kohl** für die Live-Reportage „Le souvenir du ‚miracle de Berne‘ aujourd’hui en Allemagne“ (Privatsender Europe 1); Internet: **Harald Schultz** für das Weblog „Frankreich heute – Das Magazin für frankophile Internauten“; Nachwuchspreis (4.000 €): **Anne Funk** für „Zugbekanntschafte“ (Magazin Potato); Ehrenpreis: der Journalist und Autor **Michel Meyer** (Frankreich).

Filmpreise: Der Autor und Regisseur **Lorenz Knauer** (München) wurde für „Die Isar“ (BR) bei den Hugo Television Awards im Rahmen des Chicago International Film Festival mit einem Hauptpreis ausgezeichnet. Die Schauspieler **Andrea Sawatzki** gewann beim Festival des Films du Monde in Montreal für eine Hauptrolle in dem



MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Die Fachzeitschrift «M» hat eine Auflage von 57.000 Exemplaren und ist exklusiv, denn: «M» gibt es nicht am Kiosk! Das Jahresabonnement kostet 36,- Euro, ermäßigt 18,- Euro.

Probeheft und Abonnement: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann, Tel. 0711 / 700 15 30 oder per Formular bei: <http://mmm.verdi.de>

Film „Der andere Junge“ (NDR, Regie: Volker Einrauch, Buch: Lothar Kurzawa) den Darstellerinnen-Preis; **Jacob Berger** (Schweiz) erhielt für den Spielfilm „1 journée“ (ZDF / ARTE) den Preis für die beste Regie. Beim Internationalen Festival der Fernsehprogramme für Kinder und Jugendliche, „Prix Danube“, in Bratislava wurde in der Kategorie Fiktion die Literaturverfilmung „Hänsel und Gretel“ (Regie: **Anne Wild**, ZDF tivi) ausgezeichnet. Eine Folge der Doku-Reihe „Stark! – Kinder erzählen ihre Geschichte“ (ZDF tivi) erhielt von der Kinderjury eine lobende Erwähnung.

First Steps Award 2007 – Abendfüllende Spielfilme: **Sonja Heiss** (HFF München) für „Hotel Very Welcome“ (ZDF) und **Tom Zenker** (Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin) für „Der blinde Fleck“ (ZDF); Dokumentarfilm: **Eva Neymann** (Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin) für „Wege Gottes“; Kurzfilm: **Dirk Lütter** (Kunsthochschule für Medien Köln) für „Die unsichtbare Hand“; Werbefilm: **Tim Günther** (Filmakademie Baden-Württemberg) für „Schumanns Flucht“; Nachwuchsdarstellerin: **Luise Berndt** in „Jagdhunde“ von Ann-Kristin Reyels (HFF Babelsberg); Nachwuchsdarsteller: **Mehdi Nebbou** in „Teresas Zimmer“ von Constanz Knoche (HFF Babelsberg); Ehrenpreis: Helms Regierender Bürgermeister **Klaus Wowereit**.

Helmut-Schmidt-Journalistenpreis der ING-DiBa für kritischen Wirtschafts- und Verbraucherjournalismus – 1. Preis: **Gabor Steingart** für die Titelgeschichte „Weltkrieg um Wohlstand“ (Der Spiegel); 2. Preis: **Reto U. Schneider** für „Preiskampf in der Bückzone“ (NZZ Folio); 3. Preis: **Robert von Heusinger** für seinen

offenen Brief an den „Lieben Staat“ (Die Zeit).

Dem Journalisten und Buchautor **Seymour Hersh** (USA) wurde von der Zeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik der mit 5.000 € dotierte Demokratiepreis 2007 verliehen.

56. Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg 2007: Zum erstem Mal wurde der „Filmkunstpreis für Fernsehen in Deutschland“ vergeben, der jeweils an den verantwortlichen Redakteur des Films und den Regisseur geht. Die Preisträger: „Eine Stadt wird erpresst“ (ZDF / ARTE), Redaktion: **Caroline von Senden**; Regie: **Dominik Graf**. „Guten Morgen, Herr Grothe“ (ARD / WDR), Redaktion: Dr. **Barbara Buhl**; Regie: **Lars Kraume**. „Helen, Fred und Ted“ (BR / NDR), Redaktion: Dr. **Stephanie Heckner**, **Bettina Reitz**, **Daniela Mussgiller**; Regie: **Sherry Horman**. „Der Novembermann“ (WDR), Redaktion: **Michael Andre**; Regie: **Jobst Oetzmann**. „Peer Gynt“ (ZDF-Theaterkanal / ARTE), Redaktion: **Wolfgang Bergmann**, **Meike Klingenberg**; Regie: **Uwe Janson**. „Die Tote vom Deich“ (ZDF), Redaktion: **Daniel Blum**; Regie: **Matti Geschonneck**.

Der Journalistenpreis „Familie und Geld“ wird vom Verband der PSD Banken vergeben. Kategorie Radio / TV / Online – 1. Preis: **Stefan Schmid** für das Radio-Feature „Vom Schüler zum Schuldner – Geld ausgeben will gelernt sein“ (Bayern 2 Radio); 2. Preis: **Klaus Bardenhagen** für den TV-Beitrag „Sparerfreibetrag“ (NDR); 3. Preis: **Tilmann Büttner** und **Monika Buscher** für zwei Folgen der TV-Serie „Mona Monete“ („Die Wirt-

schaft“, SWR). Kategorie Print-Medien – 1. Preis: **Stefan Rullkötter** für die dreiteilige Serie „Steuersparmodell Familie“ (Euro / Finanzen); 2. Preis: **Nina Poelchau** für die Reportage „Familie mal andersrum“ (SZ Magazin); 3. Preis: **Volker Votsmeier** und **Henning Baethge** für die Titelgeschichte „Die verratene Mitte“ (Capital). Der Preis ist mit insgesamt 20.000 € dotiert.

Der Journalistenpreis „unendlich viel energie“ wird von der Informationskampagne für Erneuerbare Energien ausgeschrieben. Kategorie Print / Online: **Martina Wimmer** für die Reportage „Ein Dorf macht es vor“ (Greenpeace Magazin); Kategorie TV: **Stefan Judzikowski** und **Hans Koberstein** für das Feature „Volksgenerator“ („Frontal 21“, ZDF); Kategorie Foto: **Paul Langrock** für die Aufnahmen von Windkraftanlagen (Stern); Kategorie Hörfunk: **Sönke Gähke** für den Beitrag „Balance unter Hochspannung“ (Deutschlandfunk); Kategorie Lokales: **Achim Kälberer** für eine Artikelserie über Erneuerbare Energien (Freie Presse); Kategorie Nachwuchs: **Maries Uken** für die Reportage „Im Osten was Neues“ (Greenpeace Magazin). Die Preise sind mit je 3.000 € dotiert.

Der Katholische Medienpreis wird von der Deutschen Bischofskonferenz ausgeschrieben und ist mit insgesamt 10.000 € dotiert. Kategorie Printmedien: **Bastian Obermayer** für den Beitrag „Spiel mir das Lied vom Tod“ (SZ-Magazin); Kategorie Elektronische Medien: **Angela Graas** für die Dokumentation „Von wegen ewiger Ruhe – Geschichten auf dem Münchner Ostriedhof“ (BR Fernsehen).

Almuth Knigge, Landeskorrespondentin des Deutschlandradios Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, erhielt für ihren Beitrag „Glücksfall Ost? Stralsunds historisches Erbe“ den Medienpreis 2007 der Architektenkammer MV, der unter dem Motto „Moderne trifft Erbe“ stand.

LfM-Hörfunkpreis der Landesanstalt für Medien NRW für den privaten Hörfunk – Kommunale Berichterstattung: Redaktion von Radio Neanderthal; Anerkennungspreis: **Jörg Wehner** (Radio Köln 107,1). Information / Bildung / Beratung: **Thorsten Ortmann** (radio NRW). Unterhaltung / Comedy / Satire: Anerkennungspreis für **Sebastian Schulte** (Antenne Münster).

Projekte / Serien: **Sebastian Halm** (107.7 Radio Hagen); Anerkennungspreis: Redaktion von Hit Radio Vest. Service und Ratgeber: **Simone Kötter** (Antenne Münster). Sonderpreis der LfM für Sportsonderberichterstattung: „Das Lokalradio Handball WM 2007-Team“ unter der Leitung von **Thorsten Wagner** (Radio Lippe) sowie die Redakteure/Moderatoren **Ralf Bosse** (Radio WAF), **Carsten Dehne** (Radio Westfalica), **Frank Schröder** (Radio Lippe) und **Christian Spönemann** (Radio Lippe). Im Bereich Lokale Werbung wurden drei Auszeichnungen vergeben. Die Preise sind mit je 2.500 €, die Anerkennungspreise mit je 1.250 € dotiert.

Der Münchner Verein BISS („Bürger in sozialen Schwierigkeiten“), Herausgeber der gleichnamigen Zeitschrift, erhält den mit 10.000 € dotierten Regine-Hildebrandt-Preis der Stiftung Solidarität. Weiterer Preisträger ist **Hans-Jochen Vogel** (SPD).

Niedersächsischer FrauenMedienPreis 2007/ Juliane Bartel Preis – Kategorie Fernsehspiel / Serien: **Buket Alakus** für den Fernsehfilm „Eine andere Liga“ (ZDF / ARTE); Kategorie Information / Dokumentation / Moderation: **Birgit Schulz** für die Dokumentation „A Right to Live – Aids-Medikamente für Millionen“ (WDR / ARTE) und **Beatrice Sonhüter** für die Dokumentation „Frauen sind anders krank“ (BR / ARTE); Nachwuchsförderpreis: **Güner Y. Balci** für den Beitrag „Gewalt gegen Frauen“ („Frontal 21“, ZDF); Sonderpreis Kategorie Hörfunk: **Claudia Heissenberg** für den Beitrag „Agnes Pockels – Chemikerin“ (Reihe „Starke Frauen“, WDR). Die Preise werden vergeben vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit in Kooperation mit dem NDR, Radio Bremen und anderen. Sie sind mit insgesamt 12.000 € dotiert.

Der n-ost-Reportagepreis 2007 wurde vom Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e.V. (Berlin) in Kooperation mit der BMW Stiftung Herbert Quandt an junge Printjournalistinnen und -journalisten bis 35 Jahre verliehen. 1. Preis (2.500 €): **Jens Mühling**, Feuilletonredakteur beim Tagesspiegel, für „Ein Vater, ein Land, eine Liebe“; 2. Preis (1.000 €): **Michael Martens**, Balkan-Korrespondent der FAZ, für „Die Geräusche der anderen“; 3. Preis (500 €): **Gerald John**, Redakteur für Innenpolitik beim Standard, für „Der

Albtraum Europas“ (Stadtmagazin Falter, Wien). Eine lobende Erwähnung ging an **Katarina Bader** für ihren Beitrag „Herr Hronowski und ich“ (jetzt.de, SZ).

Der Rundfunk-Journalist **Gábor Paál**, u.a. Moderator („Thema heute“, „Weitwinkel“, „SWR2 Impuls“) und Freienvertreter beim SWR in Baden-Baden sowie Buchautor, erhielt für die Hörfunk-Features „Rohstoff Erde – Wie der Welthandel Lebensräume verändert“ und „Jäger und Sammler gegen Agrobusiness – Der verzweifelte Kampf der Indios im Gran Chaco“ (SWR2) den mit 3.000 € dotierten Medienpreis der Deutschen Geographie 2007, den die Deutsche Gesellschaft für Geographie (DGfG) vergibt.

Fritz Pleitgen, ehemaliger Intendant des WDR, wurde für sein „herausragendes kultur- und medienpolitisches Engagement“ mit dem Kulturroschen des Deutschen Kulturrates ausgezeichnet.

Anna Politkowskaja, letztes Jahr in Moskau ermordete Journalistin, erhält posthum für ihr Buch „Russisches Tagebuch“ den mit 10.000 € dotierten Geschwister-Scholl-Preis 2007, den die Stadt München und der bayerische Landesverband des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels vergeben.

Der „Preis der beleidigten Zuschauer“, der von dem Kölner Verleger **Augustus Hofmann** qua Internet-Abstimmung für „die herausragende Unverschämtheit eines Fernsehjahres“ vergeben wird, ging an das Organisationsbüro des Deutschen Fernsehpreises 2006. Es hatte zur Preisverleihung bezahlte Claqueure ankarren lassen.

Peter Prestel („Schliemanns Erben“, ZDF) erhält insbesondere für seinen Beitrag zu „Abenteuer Wissen: Tatort Fürstengrab – Mit Hightech Raubgräbern auf der Spur“ in der Kategorie Journalismus den Deutschen Preis für Denkmalschutz 2007, den das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz vergibt.

Reporter ohne Grenzen (ROG), der internationalen Menschenrechtsorganisation, wurde der mit 5.000 € dotierte Siebenpfeiffer-Preis zur Förderung des demokratischen Bewusstseins von der gleichnamigen Stiftung zuerkannt.

Die Sonderausgabe „Meckerossi – Besserwessi“ der Jugendzeitschrift „Spiesser“ (Dresden), die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur inhaltlich und finanziell unterstützt wurde, erhielt einen der Einheitspreise 2007 der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Gewinner des Kulturradio-Hörstückwettbewerbs „Innovationen“ stehen fest. Die mit je 1.000 Euro dotierten Hauptpreise gehen in der Kategorie Hörspiel an **Paul-Albert Wagemann** für „Süß-saure Lösung“ und in der Kategorie Feature an **Ralph Gerstenberg** für „Bürgergeld“. **Philipp Jusim** erhält den mit 750 Euro dotierten Innovationspreis für sein Kurzfeature „Schwarzmarkt

für Wissen“, **Gitta Böhm** den mit 500 Euro dotierten Sonderpreis für ihr Kurzhörspiel „Süßer Sarg“.

Maria von Welser, früher Moderatorin des ZDF-Frauenmagazins „ML Mona Lisa“, jetzt Leiterin des NDR-Landesfunkhauses Hamburg, erhält „für ihren lebensbejahenden Einsatz für Frauen“ den mit 10.000 € dotierte Elisabeth-Selbert-Preis 2007, den das hessische Sozialministerium vergibt.

Michael Winterbottom gewann mit „Ein mutiger Weg“ im Rahmen des Hessischen Filmpreises den mit 10.000 € dotierten Preis der Frankfurter Buchmesse für die beste internationale Literaturverfilmung.

21.

Journalistinnen- und Journalistentag 2007

der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) gemeinsam mit der Fachgruppe Medien in verdi

Samstag, den **24. November 2007**
in Berlin 10 bis 17 Uhr im Haus des ver.di-Bundesvorstandes, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Journalismus heute – Beruf im Spannungsfeld zwischen Produktivität und Qualität

Verbindliche Anmeldung bis 15. November 2006:
siehe unter http://dju.verdi.de/aktuell/termine/dju-journalistentag_2007



dju.

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union
Fachgruppe Medien

ver.di

Newsdesk und Newsroom krempeln Arbeitsstrukturen in Redaktionen um. Etwa jede dritte Tageszeitung tut's. Doch jede macht es etwas anders. Verlage als Nachrichtenhändler. Die einmal recherchierte Nachricht soll mehrfach genutzt werden. Gekürzt, umgeschrieben, geschnitten oder umgebaut passt sie für Print und Web, nordisch und Tabloid, aufs Handy und ins Ohr.

Und genauso im Rundfunk: Da gibt es einen Newsroom für alle Formate, für Radio, Fernsehen und Internet, oder aber einen Pool von Themen, Nachrichten und Angeboten, auf die alle Redaktionen zugreifen können – auch hier ganz unterschiedliche Modelle.

Bei allen stellen sich Fragen: Wie verändert sich der Platz der Journalisten im industrialisierten Arbeitsprozess und damit ihre Arbeit? Sind wir uns dieser Veränderungen bewusst? Tragen Arbeitsbedingungen, betrieblicher und tariflicher Rahmen diesen neuen Strukturen bereits Rechnung? Wo sind Regelungs- und Handlungsmöglichkeiten? Stoff genug für einen spannenden Tag im November.

Tagesmoderation: Kathrin Gerlof, Siegfried Heim

Programm

- 10.15 Uhr Begrüßung
- 10.30 Uhr **Martin Dieckmann, ver.di**
„Fest“ und „frei“ – Journalismus in der Content-Industrie – Neue Redaktionswelten und ihre Auswirkungen auf den Journalismus
Eine Einführung in Thema und Zusammenhänge
- 11.30 Uhr Anschließend ein erster Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen aus Zeitungs- und Rundfunk-Redaktionen
- 12.15 Uhr **Dr. Dietmar Schantin, ifra, Darmstadt**
Ifra-Newsplex – Training für medienkonvergenten Journalismus und crossmediale Redaktionspraxis
- 13.45 Uhr **Vorstellung der verschiedenen Modelle von Newsdesk, Newsroom, Newspools aus vier Redaktionen**
- **Main-Post, Folker Quack, Würzburg**
 - **Springer, Jürgen Fischer, Berlin**
 - **NDR, Georg Grommes, Hamburg**
 - **Saarländischer Rundfunk, Franz Jansen, Saarbrücken**
- 14.45 Uhr **Florian Schwinn, Frankfurt, Redaktion Cut, Freier Journalist**
Ohne die Freien geht hier gar nichts
- 15:30 Uhr **Produktivität – Qualität**
Gegensatz oder Chancen für den Journalismus?
N.N., Springer Redaktionen (angefragt)
Prof. Dr. Klaus Meier, Hochschule Darmstadt
Moderation: Kathrin Gerlof
- 16:00 Uhr Abschlussrunde (aus dem Kreis der Teilnehmer)
Interessengegensatz Produktivität – Qualität?
Was bleibt von der sozialen Kontrolle?
Wo sind Reglung- und Handlungsmöglichkeiten?

Für Übernachtung bei Anreise am Vorabend in Nähe des Veranstaltungsorts ist ein begrenztes Kontingent an Hotelzimmern reserviert – Buchung in Reihenfolge der Anmeldung. Die Hoteladresse wird mit der Anmeldebestätigung mitgeteilt. Das Hotel muss selbst bezahlt werden. Die dju gibt ver.di-Mitgliedern einen Hotelkostenzuschuss von 20 Euro gegen Nachweis der Hotelquittung auf dem Journalistentag – auch bei eigener Hotelbuchung. Ferner wird für ver.di-Mitglieder ein Fahrtkostenzuschuss von € 0,10 pro km Entfernung einfache Fahrt übernommen (unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel).

Veranstaltung am Vortag, gleicher Tagungsort
Rundfunkpolitik für die Zukunft – Fachtagung am 23. November
Mehr Informationen hierzu: siehe Seite 11 in dieser M-Ausgabe